

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 1,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. bei Post- und Fernabnahme 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestimmungs-Verordnungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilte Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifach 25 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine klerikale Infamie.

Aus Wien wird uns vom 4. Juni geschrieben:
 Am Morgen des gestrigen Montags ist die Leiche des seit Anfang Januar vermissten sozialdemokratischen Abgeordneten Franz Silberer auf dem Hundstein, einem Berge bei Zell am See in Salzburg, aufgefunden worden. . . In dieser tatsächlichen Mitteilung ist der Abschluß einer Verleumdungskampagne enthalten, die in ähnlicher Schustererei der Parteilichheit wohl noch nirgends gezeitigt hat. Und da die lumpige Verleumdung aus dem klerikalen Wiener Blatt, der „Reichspost“, ihren Weg auch in die reichsdeutsche Zentrums-Presse genommen — die Klerikalen bleiben sich unter allen Himmelsstrichen gleich —, so soll sie in ihrer abscheulichen Missetat nun auch hier geschildert werden.
 Der Genosse Silberer, der Obmann der Bäckergehilfen und bei den letzten Wahlen im Wiener dritten Bezirke in den Reichsrat gewählt, benützte eine Agitationsreise nach Kärnten und Krain, die er Anfangs Januar machte, um einen Skiausflug ins Gebirge zu unternehmen. Als er am 14. Januar, für welchen Tag er seine Rückkehr bestimmt hatte, nicht angelangt war, bemühtigte sich seiner Familie und seiner Freunde natürlich große Unruhe, zumal seine letzte Nachricht, von Zell am See, vom 6. Januar herrührte. Es wurde sofort eine Rettungsexpedition veranstaltet und acht Tage lang das ganze Gebiet, in das sich Silberer begeben hatte, aufs genaueste durchsucht. Der Weg, den er eingeschlagen, wurde mit aller Genauigkeit festgestellt, auch wo er die letzte Nacht verbracht, wann er ausgebrochen und die letzte Begegnung, die er gehabt, man konnte gleichsam die Spur verfolgen, bis sie sich in der menschenleeren Einsamkeit der schneebedeckten Berge verlor. Alles Suchen war vergebens, in keiner Almhütte, in keiner Schutzhütte, nicht im Tale wurde Silberer gefunden. So blieb kein Zweifel übrig, daß er den Tod in den Bergen gefunden habe, daß er irgendwo unter den gewaltigen Schneemassen, die damals niedergegangen waren, begraben lag. Die Versuche, die Leiche zu bergen, waren ganz aussichtslos; sie hätten jeden, der sie unternommen, in Lebensgefahr gebracht und dennoch zu keinem Ziele geführt. Man mußte sie bis zum Frühjahr vertagen, wo die Sonne den Schnee zum Abschmelzen bringen wird.
 Und da letzte nun jene klerikale Lumperei ein, die in ihrer Scheußlichkeit geradezu Entsetzen erregt. Die Christlich-sozialen beschloßen nämlich, die Tatsache, daß der Leichnam Silberers nicht geborgen werden konnte, dazu zu benutzen, dem im Gebirge Verunglückten als einen Deszendenten auszugeben, der sich um der Entdeckung seiner Diebereien zu entgehen, nach Amerika geflüchtet habe! Der entsetzliche Schurkenstreich wurde mit der größten Kaltblütigkeit, mit wahrhaft teuflischem Raffinement ins Werk gesetzt. Der Herd der Schustererei war die christlichsoziale „Reichspost“ — die, man merke sich das wohl, als Organ des Thronfolgers gilt und jedenfalls dessen Leibblatt ist! — und der eigentliche Erfinder und Leiter der gräßlichen Verleumdungskampagne ihr Herausgeber, der Dr. Friedrich Funder, den man auch an dieser Stelle nennen muß, weil sein Name auf allen Katholikentagen angutreffen ist. Um den scheinbaren Anlaß für den Feldzug zu gewinnen, fabrizierte die Fälscherbande vor allem eine anonyme mit vertellter Schrift geschriebene Strafanzeige, die ihnen zum „Anhaltspunkt“ für die weiteren Verleumdungen werden sollte. Tag für Tag wurde in dem frommen Schandblatt die „Affäre Silberer“ breitgetreten, auf dem unglücklichen Toten, der irgendwo im Gebirge im Todeschlaf lag, der klerikale Geißer gespiesen, mit einem frechen Grinsen der angebliche Verunglückte verhöhnt, der wehrlose Mann gemein beduelt. Alle Beweise nützen nichts; obwohl alles reist und lüdenlos aufgefärrt war und sich die „Arbeiterzeitung“ die Finger wund schrieb, um dem schamlosen Treiben der Verleumder Einhalt zu tun, ging das Schmähchen und Verhöhnchen, das Begeistern und Lästern ununterbrochen weiter. All die feilen Anspielungen über „Defraudationen“, die Silberer zur Flucht geziehen haben sollen, wurden sofort wiederlegt, durch eibliche Auslagen aller in Betracht kommenden Personen, durch die behördliche Untersuchung aller Klassen bis zu dem allerlehten Schein einer Möglichkeit widerlegt. Die insolge der anonymen Strafanzeige unternommene strafgerichtliche Untersuchung wurde vom Staatsanwalt mangels jedes erdenklichen Tatbestandes eingestellt. Der Koffer mit seinem Straßenzug, den Silberer, bevor er ins Gebirge ging, zurückgeschickt hatte, wurde im Wiener Bahnhof aufgefunden. Als eine zufällig in Wien anwesende Bäckerfrau aus New York im Familienkreise die harmlose Bemerkung machte, sie glaube, ihr Mann hätte ihr einmal gesagt, er habe Silberer in New York gesehen, wurde er von dem Schuttenblatt als der absolute Beweis von Silberers Flucht hingestellt. Es nützte nichts, daß der Mann sofort in Labelbesuchen den Irrtum richtig stellte und unter Eidesschwur angab, — wobei der Genosse Schütten von der „New Yorker Volkszeitung“ interviewte — seine Frau habe sich nur geirrt, er habe Silberer nie in New York gesehen, vielmehr von einem anderen österreichischen Bäcker, dem ehemaligen steiermärkischen Landtagsabgeordneten Jodlbauer, der seit Jahren in Amerika lebt, zu ihr gesprochen. Alle Widerlegungen und Klarstellungen, alle Beweise

nützen nichts; die Leiche war noch nicht geborgen, und so bestte das Schandblatt die Lüge Tag um Tag weiter. Und ihr eifertie das Christlichsoziale Preßgeschicht der ganzen Monarchie nach, und in allen christlichsozialen Versammlungen anlässlich der Gemeinderatswahlen war die „Affäre Silberer“ das beliebteste Thema und jede Erwähnung des verunglückten Silberer war dem klerikalen Spiekerpad das Stichwort zum viehischen Gelächter.
 Keine Schilderung vermochte die Gemeinheit dieser klerikalen Infamie vollständig wiederzugeben. Man muß die Schufte selber sprechen lassen und deshalb lese man, wie die „Reichspost“ über den zweifellos verunglückten und toten Sozialdemokraten schwätzte:
 Der sozialdemokratische Abgeordnete Silberer, der im Jänner auf einer Skipartie am Hundstein „verunglückt“, ist wohlbehalten im „Jenseits“ aller Europamäden angekommen. . . Eines der neuen Mandate, die im Juni die Sozialdemokraten mit freifüriger Hilfe den Christlichsozialen abnahmen, ist von seinem ungetreuen Verwalter an Amerika ausgeliefert worden.
 Aus der versprochenen unbefchränkten Freischnfuhr aus Argentinien nach Wien ist eine Mandatsausfuhr nach Amerika geworden. . . Wenn die Wähler des Wahlkreises Landstraße heute ihren Wünschen und Anliegen im Hause der Gesetzgebung Gehör verschaffen wollen, dann mögen sie zunächst ihr Leben versichern lassen, viel Geld für eine Ozeanreise in ihren Benteil tun und dräßen ihr Glück mit ihrem Vertreter versuchen. . . Der Junisieger und Genossenschaftsführer Silberer hat also in den gastlichen Vereinigten Staaten, wo man noch viel immuner als im österreichischen Abgeordnetenhaus und vor Auslieferungen an die österreichische Justiz viel sicherer ist, Aufenthalt genommen, in Amerika, im „Jenseits“, an das auch der ungläubigste Sozialdemokrat glaubt. . . Silberers Mitwisser und Helfer haben seine Flucht über den Ozean durch die Erzählung eines mysteriösen Stunfalls der Dessenlichkeit gegenüber zu decken gesucht. . . Man hat den Flüchtling noch von dem Meile, das Wien seinem Verunglückten vorenthält, bestrahlen lassen wollen. Dieses Arrangement war ganz ungeheuerlich in seiner Strupellosigkeit und offenbart eine Gefühlslosigkeit der Urheber, die an die Nerven geht. . . Wir überlassen es den amtlichen Erhebungen, die Motive der Flucht des Junisiegere Silberer klarzustellen. Ohne gewichtige Gründe hat der Mann gewiß nicht den jüngsten Weltteil aufgesucht. . . Wenn die roten Führer wieder der Mittel überfallen sollte, ihre politische Glanz auf Strafshneiderlei zu stellen, so wünte ihnen aus dem „Jenseits“ der Geist des Junisiegere Silberers, der sie „wohl zu fahren heißt“ . . .
 Und in diesem schamlos gemeinen Tone ging es Tag für Tag fort. Noch am 29. Mai wiederholte man die entsetzliche Lüge: „Die ganze Hundsteingeschichte ist ein überflau erfundenes Märchen der Sozialdemokraten, um die Suche nach Silberer von der rechten Spur abzulenken; Silberer war nie auf dem Hundstein und kann darum dort auch nie gefunden werden“. Silberer „hat sich nach Amerika hinüber — aufgelöst und die ganze sozialdemokratische Parteileitung hat ihn dabei aus Wahlpolitik Mauer gemacht!“ Und noch am letzten Sonntag, einen Tag vor der Vergung der Leiche aus dem Schnee, wurde die Beschuldigung in gleicher Gemeinheit wiederholt: „Heute weiß bereits alle Welt, daß das angebliche Stunnglück am Hundstein eine Erfindung der sozialdemokratischen Führer war, die damit eine unangenehme Affäre verunsuchen wollten“. . . Und all das über einen wehrlosen Toten! All das über einen Mann, an dessen Leben nicht der geringste Makel haftete, an den sich auch, als er noch unter den Lebenden weilte, die Verleumdung nie gewagt, über einen Mann, dessen tragischer Tod in jedem fühlenden Herzen tiefstes Mitleid wecken mußte!
 Das sind die österreichischen Christen, die so die Majestät des Todes entweihen, die den toten Abgeordneten mit diesem Schurkenstreich übers Grab verfolgten. Einer solchen Schurkerei sind wohl nur klerikale fähig und so muß diese grenzenlose Infamie überall die Entschlossenheit stärken, die schwarze Brut bis zur letzten Ausrottung zu bekämpfen.

Wahlbezirk Landstraße aufgestellt, und bei der letzten Wahl gelang es ihm, dieses Mandat, das bis dahin ein hervorragender Christlichsozialer innegehabt hatte, der Sozialdemokratie zu erobern.
 Die Suche nach dem verunglückten Genossen war überaus zeitraubend und anstrengend. Seit dem Frühjahr sind mehrere große Expeditionen von Mitgliedern des Arbeiter-Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ausgerüstet worden. Nicht nur Salzburgerische, sondern auch Innsbrucker und Wiener Genossen nahmen daran teil. Die Genossen aus Zell am See und aus Saalfelden suchten an jedem Sonntag den Berg ab. Am letzten Sonntag ging wieder eine größere Zahl von ihnen auf die Suche. Sie lehrten schon sehr ermüdet zurück und das Glück war, daß einer so müde wurde, daß er eine Zeitlang rastete. Da sah er zwei Etier; weiter zu suchen hatte er nicht mehr die Kraft. Er ging ins Tal und beim Morgenrauen stiegen zwei andere Genossen auf, die in der Nähe der Etier den Leichnam fanden. Die Leiche wird nach Wien gebracht und am Donnerstag bestattet werden.
 Wien, 6. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“).
 Das Leichenbegängnis des Abgeordneten Silberer war eine gewaltige Demonstration in Wien. Selbst die Polizei zählte 30 000 Teilnehmer. Es waren Zehntausende, die dem Trauerzuge zusahen, voll von Sympathie für den verstorbenen Parteigenossen, um dessen Leiche sich die schmählichsten Verleumdungen der Christlichen gedreht hatten. 400 Kränze wurden der Leiche nachgeführt. Am Grab sprach Bernerstorfer in Vertretung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, ferner namens der sozialdemokratischen Parteivertretung und der sozialdemokratischen Abgeordneten. Dann sprach Beer für die Gewerkschaftskommission Zipper für die Bäckerorganisation und Kohriauer für die Naturfreunde.
 Das einzige Mittel.
 In der Presse der Großindustrie wird mit verstärktem Eifer für ein Zuchtengesetz Propaganda gemacht. Die gemaltige Mehrheit, die im Reichstag das Ansuchen der Konservativen abwies, scheidet die Scharfmacher nicht; steter Tropfen höhlt den Stein, sagen sie sich, und lassen nicht Ruhe, bis die Regierung selbst dem Drängen nachgibt. Ein Industrieller schreibt der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:
 „Der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern mag sich sperren und sträuben wie er will; er wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit eines verstärkten Arbeitwilligenschutzes auf dem Marische ist und Fortschritte macht. Die Erfahrungen, die der Ruhrstreik gebracht hat, haben wirklich allen, die etwa noch nicht lebend waren, die Augen öffnen müssen. Ganz abgesehen davon, daß die Entsendung von Militär in das Streikgebiet, die immer etwas Nihilisches hat, bei genügendem gesetzlichen Schutz der Arbeitwilligen voraussichtlich nicht erforderlich gewesen wäre, die wegen Streikvergehen verurteilten Strafen reden eine überaus ernste Sprache. Mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches ist der Arbeiter nicht vertraut. In vielen Fällen sind sich die Streikenden der Schwere ihrer Vergehen kaum bewußt gewesen. Ganz anders, wenn ein kurzes, allgemein verständliches Gesetz vorhanden ist, von seinem Dasein und seiner Bedeutung wird auch der einfachste Arbeiter Kenntnis haben können, und das allein wird zumeist genügen, die Arbeiter von Ausschreitungen abzuhalten, die ihnen die Streikleitung nahelegt oder gar anempfiehlt.
 Das ist so einleuchtend, daß man sich gar nicht wundern kann, wenn seitdem eine Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitwilligen beinahe als das einzige Mittel bewertet wird, das noch eine Besserung der gegenwärtigen unerträglichen Zustände zu bringen vermag. Eine so umfassende Bedeutung hat ein Arbeitwilligenschutzgesetz natürlich nicht, aber es muß doch zu denken geben, daß das preussische Herrenhaus erneut und dringlich den Erlaß eines solchen Gesetzes befristet hat, daß unter denen, die in der ersten Kammer des Landtags für einen verstärkten Schutz der Arbeitwilligen eingetreten sind, auch der Rektor der deutschen Volkswirtschaftslehre, der Begründer und erste Vertreter der wissenschaftlichen Lehre vom Staatssozialismus Prof. Adolf Wagner sich befindet. . .
 Die Christlichen Gewerkschaften der nationalen und der evangelischen Arbeitervereine stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitwilligen unerlässlich ist. . .
 Es handelt sich in diesem Schrei nach einem Zuchtengesetz um die Stimme eines einzelnen Scharfmachers, aber man darf die Gefahr trotzdem nicht unterschätzen. Es liegt System in dieser Propaganda, die ununterbrochen rege ist. Dazu kommt, daß sich Bethmann Hollweg seinerzeit selbst für „verstärkten Arbeitwilligenschutz“ ausgesprochen und daß das Zentrum sich diesmal im Reichstag nur deshalb gegen den konservativen Antrag wandte, weil er nicht sofort realisierbar erschien. Das Zentrum hütet sich umdigerweise Agitationsstoffe gegen sich zu häufen; wird die Frage des sogenannten Arbeitwilligenschutzes einmal brennend, wird niemand energischer die scharfmacherischen Pläne unterstützen als das Zentrum.
 Die Kieler Handelskammer will dagegen von einem besonderen Arbeitwilligengesetz nichts wissen; sie hat auf die Anregung des Deutschen Handelslages bei einer Anzahl größerer Betriebe Kiels angefragt, ob die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz der Arbeitwilligen genügen und gelangte auf Grund der Antworten zu der Ueberzeugung, daß die ichtigsten Be-

stimmungen ausdrücken, daß aber vielfach über einen ungenügenden polizeilichen Schutz geklagt werde. In den kleinen Orten lägen die Verhältnisse ziemlich einfach, dort lämen Ausschreitungen selten vor. In Kiel sei nur auf geschlossenen Arbeitsstätten ein Schutz der Arbeitswilligen durchführbar. Auf offenen Arbeitsstätten und auf den Wegen nach den Arbeitsstätten seien Vorkehrungen schwer zu vermeiden. — Da verlangt nun die Kieler Hausbesitzerkammer verächtlichen Polizeischutz. Ein Verlangen, das von recht wenig Einsicht zeugt, denn gerade durch die Einmischung der Polizei in wirtschaftliche Kämpfe wurden bisher die Unruhen und Zusammenstöße provoziert.

Ein Seitenstück zum Fall Düwell.

Unser Parteiblatt in Essen bringt in seinem Feldzuge gegen die dortige Polizei einen Artikel, der die polizeiliche Lockspiegelwirtschaft an den Pranger stellt, daneben aber auch noch um deswillen interessant ist, als dabei sich Begleitumstände ergeben haben, die die skandalöse Entrechtung des jungen Düwell in noch größerem Lichte erscheinen lassen. Es handelt sich um folgende Tatsachen:

Vor der Essener Strafkammer fand am letzten Freitag die Verhandlung gegen einen jungen Genossen wegen angeblicher Aufreizung zum militärischen Ungehorsam statt, die mit einer eklatanten Niederlage der Essener politischen Polizei endete. Dieser gehörte nämlich das Verdienst, die „antimilitaristische Propaganda“ auf dem Wege der Wespizelung entdeckt und die verfehlte Anklage veranlaßt zu haben. Der ausführende Geist dieser Verfehlung, Kriminalkommissar Leschnit, war selbst als Zeuge zugegen und mußte den Schmerz erleben, daß der Sünder freigesprochen wurde.

Herr Leschnit nannte in der Verhandlung seine Gewährleute, alias Spitzel, und zwar außer einem jungen Herrn Jansewig noch den Namen eines zweiten polizeilichen „Vertrauensmannes“, dessen Tätigkeit symptomatisch für die Methoden der Essener Polizei ist. Wie dieser Herr Max Sauerbrei, der inzwischen nach London abgereist ist, von dem Kommissar Leschnit für den heimlichen Polizeidienst gewonnen wurde, das ist ein Kapitel von besonderem Interesse.

Sauerbrei war im Konsumverein „Eintracht“ beschäftigt und zwar, da er ein intelligenter junger Mensch ist, an verhältnismäßig wichtiger Stelle. Das Organ der gelben Arbeiterzersetzungsbewegung in Rheinland-Westfalen, der „Wertverein“, brachte im vorigen Jahre allerlei giftige Ausfälle gegen den Konsumverein die aber in ihrem Grunde eine ganz bestimmte Kenntnis der Verhältnisse verteilte. Das führte auf die Spur des Herrn Sauerbrei, und wirklich — als dieser kündigunglos aus der „Eintracht“ entlassen wurde, da konnte der „Wertverein“ nur noch erlischen aus den Fingern geflogenen Tratsch veröffentlichten, bis er ganz schwieg.

Der Igl. Kriminalkommissar Leschnit fand es nicht unter seiner Würde, mit dem kaum 18jährigen Sauerbrei einen engen Freundschaftsbund zu schließen, der durch Duzbruderschaft geknüpft wurde. Unseren Essener Genossen lagen einige anscheinend nichtsagende Briefchen vor, die aber dennoch nicht uninteressant sind. Der erste ist vom 4. Juli 1911 datiert und lautet:

Lieber Freund!

Deine Nachricht vom 25. 6. habe ich erhalten. Verlegte meinen Urlaub auf den 10. 7. Falls Du Zeit hast, kannst Du mich heute Dienstag 9 Uhr abend treffen. Gruß Müller.

Zwei andere Briefchen sagen nur dies:

E. 2. 8.

Lieber Freund!

Ich erwarte Dich heute um 9.30 abends. Gruß Müller.

E. 10. 8. 11.

Lieber Freund!

Ich erwarte Dich heute nach dem Unterricht. Gruß Müller.

„Müller“ ist natürlich Leschnit, und seine Einladungen lauten auf — solenne Kneipereien, wobei es offenkundig nicht darauf abgesehen war, den jungen Sauerbrei zu möglicher Mäßigkeit anzubahnen. Herr Sauerbrei erklärte unseren Essener Parteigenossen selbst, daß bei diesen Gelegenheiten ziemlich viel Bier getrunken und — vom Herrn Leschnit viel gefragt wurde. Die Zusammenkünfte waren diesem so wertvoll und anregend, daß er stets anstandslos die Besuche bezahlte. Aber auch bar Geld händigte er dem jungen Manne ein.

Die Polizei hat natürlich auch noch andere Dinge an die Leute zu vergeben, die ihr gefällig sind, oder von denen sie Befälligkeiten wie die Wespizelung der Arbeiterbewegung erhofft. Herr Sauerbrei hatte die Absicht, sich zur Ableistung des Einjährig-Freiwilligen-Ezemens zu melden. Um zugelassen zu werden, bedurfte er eines polizeilichen Führungszeugnisses, das ihm auch anstandslos ausgestellt wurde. Es hat folgenden Wortlaut:

Der Polizeipräsident.

J. Nr. VIIb 3888.

Essen, den 5. August 1911.

Führungszeugnis.

Dem Herrn Max Sauerbrei, am 16. Juni 1893 zu Schmiedefeld geboren, wird zwecks Vortrage bei der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige in Düsseldorf hierdurch amtlich bescheinigt, daß über seine Führung während des hiesigen Aufenthalts . . . bis jetzt nichts Nachteiliges bekannt geworden ist. (L. S.) Im Auftrage: G. a. d. C.

Dazu ist zu bemerken, daß der Polizeibehörde selbstverständlich die Teilnahme des Empfängers dieses Zeugnisses an der freien Jugendbewegung bekannt war. Hat doch Herr Leschnit selbst in einer öffentlichen Protestversammlung des Konsumvereins „Eintracht“ im Städtischen Saalbau zu ihm gesagt: er verstehe nicht, wie Sauerbrei als Handlungsgehilfe Sozialdemokrat und Anhänger der freien Jugendbewegung sein könne! Dies bildete übrigens den Ausgangspunkt der Freundschaft zwischen Leschnit und Sauerbrei!

Das Grabverleumdung ist aber, daß Sauerbrei tatsächlich vor Ausstellung des Führungszeugnisses wegen Verleumdung des Herrn Leschnit durch einen Zeitungsartikel von der Strafkammer zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, was im Anschluß an die Teilnahme des S. an einem vom Genossen Kühle abgehaltenen Bildungskursus geschah!

Der Ausstellungstermin des Führungszeugnisses fällt in die Zeit des Duzverkehrs zwischen Leschnit und Sauerbrei!

Man sieht aus alle dem, daß die so korrekte königlich preussische Polizeibehörde einen Menschen für würdig hält, als Einjährig-Freiwilliger zu dienen, der das erbärmliche und ehrlose Gewerbe eines Lockspiegels ausübt. Ein solcher Mensch erscheint der Polizei auch als „unbescholtene“, selbst wenn er auf Grund des Strafgesetzbuches verurteilt worden ist.

Man vergleiche dagegen das Verhalten der Behörden im Fall Düwell!

Ueber diesen schreibt jetzt die „Hilfe“:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, heißt es in der preussischen Verfassung. Einen Fall von anscheinend unerhörter Verletzung dieses Grundrechtes haben die Sozialdemokraten in der letzten Sitzung des Reichstags zur Sprache gebracht. Der Sohn des Vortwärtsredakteurs Düwell hat als Kaufmannslehrling einen Jugendverein mit angeblich — aber nicht ausgesprochen oder zugestanden — sozialdemokratischer Tendenz begründet. Er hat den Verein

nicht angemeldet, weil ein unpolitischer Verein dem Anmeldezwang nicht unterliegt. Man hat aber den unpolitischen Charakter nicht anerkannt. Und so ist denn der sonst unbestrafte und unbescholtene junge Mann wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 6 M. Geldstrafe verurteilt worden. Diese geringfügige Bestrafung hat nun die ungeheuerlichsten Folgen nach sich gezogen. Düwell studiert zurzeit an der Berliner Handelshochschule. Refrakter hat er sich, da er nur das Einjährigenzeugnis besitzt, privatim für die Reifeprüfung fortgebildet. Seine Verwendung um Zulassung zur Prüfung ist ihm aber abschlägig beschieden worden, weil er — durch jene Nichtanmeldung — die Staatsgesetze absichtlich übertreten, dabei die Wahrhaftigkeit habe vernichten lassen und dadurch einen Mangel an moralischer Reife bekundet habe. — Wie das zur Vermeidung einer Unterbrechung des Studiums allgemein üblich ist, hat Düwell die Ausübung seines Berechtigungsrechtes für den einjährigen Militärdienst und, unter Verantwortung durch den Rektor, die Zurückstellung bis nach Beendigung seines Studiums beantragt. Beide Anträge sind von allen Instanzen abgelehnt worden, weil er wegen seiner Bestrafung nicht mehr die vorgeschriebene Unbescholtenheit besitze. Im Reichstage hat der Kriegsminister für die Entziehung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst die Verantwortung auf die Zivilbehörde abgewandt, die dem Düwell kein Unbescholtenheitszeugnis gegeben habe. Jetzt veröffentlicht aber der „Vorwärts“ den Wortlaut des polizeilichen Führungszeugnisses, in dem steht, daß außer jener Bestrafung nichts Nachteiliges über die Führung des Düwell bekannt geworden sei. — Also wegen einer geringfügigen Uebertretung des Vereinsgesetzes wird dem jungen Mann das Recht genommen, einjährig zu dienen, soll ihm sein Studium an der Handelshochschule zerrissen werden, wird ihm die Zulassung zur Reifeprüfung und damit die Zulassung zum Studium an einer Universität oder Technischen Hochschule verweigert. Das ist denn doch so ungeheuerlich, daß man sich verhußt fühlt, nach einem Grunde zu forschen, der hinter dem Vorwand steckt. Sollte wirklich die sozialdemokratische Stimmung oder gar die Tatsache, daß der Vater Redakteur am sozialdemokratischen Hauptorgan ist, Anlaß zu so viel Härte, Ungerechtigkeiten und — Dummheit der Behörden gegeben haben? Konrad Haußmann hatte ganz recht, als er bei Erörterung dieses Falles im Reichstage sagte, daß gerade, wenn man die Sozialdemokratie bekämpfen will, nichts wichtiger ist, als daß die strengste Gerechtigkeit und Berechtigung gegen alle gelobt wird, auch gegen die Sozialdemokratie.“

Die Ereignisse in Belgien.

Das Manifest des Parteivorstandes hat folgenden Wortlaut:

An die sozialistischen Arbeiter! Nicht ohne Ergreifung hat der Generalrat der Arbeiterpartei von den verschiedenen Protestkundgebungen Kenntnis genommen, die in den verschiedenen Landesstellen spontan veranstaltet worden sind. Tatsächlich konnte die Arbeiterklasse das Urteil des Mehrstimmigenwahlkörpers nicht ohne Empörung hinnehmen. Aber man darf sich nicht trüger Illusionen über den Wert mit Bezweifelungsansprüchen hingeben. Der zweite Juni, der für die Demokratie eine grausame Enttäuschung bedeutet, bleibt nicht desto weniger bei sorgfamer Prüfung sehr zufriedenstellend vom sozialistischen Standpunkt. Was das allgemeine Stimmrecht angeht, so erscheint es mehr denn je als das notwendige Abhilfsmittel gegen die Fälschungen und Ungerechtigkeiten, welche die Kombination des Mehrstimmensystems mit einer vorgetäuschten und unanständigen Verhältnisvertretung mit sich bringt.

Sobald bei Eröffnung der Kammer wird die sozialistische Kammerfraktion neue Anträge auf Verfassungsrevision einbringen. Für den 30. Juni wird ein außerordentlicher Parteitag einberufen, um über die wirksamsten Mittel zu beraten, damit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zum Siege verholfen werde.

Wir ersuchen Euch, zur Tagesordnung des Kongresses Stellung zu nehmen, damit in seinen Beschlüssen der einheitliche Wille der gesamten Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, und deren Durchführung mit allen Kräften und in strenger Disziplin erfolgen kann.

Es dahin laßt Euch Begeisterung nicht abkühlen, bereitet Euch darauf vor, Eure Vertreter im Parlament in ihrem Kampfe um die politische Gleichberechtigung mit allen Kräften zu unterstützen. Gleichseitig aber mahnen wir Euch im eigenen Interesse unserer guten Sache: Verliert nicht Euch Kaltblütigkeit, erinnert Euch an Bourbais; laßt Provokationen, sie mögen kommen, woher immer sie wollen, unbeachtet; hütet Euch, die Sache der Reaktion zu fördern, die nur zu gern unsere Bewegung im Blute erlösen möchte.

Der Wille der Majorität des Landes ist durch die Privilegierten des Pluralwahlrechts gefährdet worden. Wir schwören, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis wir das gleiche Wahlrecht errungen haben.

Der Generalrat der Arbeiterpartei.

Der Bürgermeister von Brüssel erteilt ausdrücklich ein Verbot aller Ansammlungen und Manifestationen auf der Straße, weil angeblich in zwei Vorstädten Attentate auf Kirchen verübt sein sollen. In Brüsseler Parteikreisen vermutet man, daß die Wallonen nicht ruhig bleiben werden, da in diesem Teil des Landes die Antiklerikalen Dreiviertel der Bevölkerung ausmachen.

Polizeibrutalitäten in Brüssel.

Brüssel, 6. Juni. Im Laufe der Nacht kam es trotz der umfassendsten polizeilichen Maßregeln und des Verbotes der Ansammlung auf offener Straße zu Zwischenfällen. Die Polizei ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor, besonders angezogen war die Stimmung in der Umgebung der Börse. Verschiedene Personen wurden hierbei verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch eine Dame, die eben einem Straßenbahnwagen entstieg, ein älterer Herr, der einen Säbelstich auf den Kopf erhielt, sowie ein zweiter Herr, der ebenfalls durch einen Säbelstich verletzt wurde, ohne daß er sich irgendwie an den Demonstrationen beteiligt hatte. Spät abends war das Gerücht verbreitet, daß das 9. Infanterie-Regiment gemeutert habe, was sich aber als unrichtig herausgestellt hat. Die Kundgebungen vor der Börse dauerten bis nach Mitternacht. Unter den Verwundeten zählt man zahlreiche Frauen und auch Kinder. Die Kaffeehäuser in der Börsegegend wurden geschlossen.

Generalstreik im Centre und Borinage.

Brüssel, 6. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die vom Parteivorstande in das Streikgebiet entsendeten Delegierten vermochten die empörte Volksmeinung nicht zur Arbeitsaufnahme umzustimmen. Die Redner wurden mit harten Rufen „Noch der Generalstreik!“ unterbrochen. Zur Stunde feiert das ganze Bassin des Centre. Truppen sind massenhaft aufgeboden, überall sind die strengsten Polizeimaßnahmen getroffen. Ueberall finden tiefste Manifestationen und Streikaffirmationen statt.

Auch im Borinage breitet sich der Streik weiter aus. Die Kohlen-, Glas- und Werkstättenarbeiter feiern in dieser Region, obwohl in einer Massenversammlung der Deputierte von Mons zur Ruhe und Arbeitsaufnahme gemahnt hatte. In Mons herrscht infolge des Eintreffens von Gendarmenverstärkungen große Erregung; es kam bereits zu Zusammenstößen. In Charleroi besteht trotz erbitterter Stimmung der Arbeiter die Tendenz zur Aufnahme der Arbeit. Der „Soir“ meldet für Lüttich 5000 Streikende, für Seraing 1200 streikende Bergarbeiter und 4000 Metallarbeiter, in den Gruben von Havre 1500, im ganzen 85000 Streikende. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen; auch der Berichterstatter unseres Brüsseler Parteiblattes „Peuple“ wurde verhaftet. Die Situation ist sehr ernst.

Die Situation in der Provinz

wird in den Meldungen bürgerlicher Nachrichtenbüros folgendermaßen geschildert:

In Verbiers ist die Arbeit in den meisten Fabriken wieder aufgenommen worden. In der Borinage nimmt die Streikbewegung dagegen weiter zu, der Zustand ist hier ziemlich allgemein. Die Meldung über den Beschluß des Generalrates, der sich gegen einen Generalstreik aussprach und die Arbeiter aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen, fand eine ziemlich schlechte Aufnahme. Ernstere Zwischenfälle haben bisher im Streikgebiet nicht stattgefunden. Im Zentralbecken hat der Zustand ebenfalls zugenommen, besondere Zwischenfälle sind aber auch hier nicht zu verzeichnen. Unter der Bürgerwehr in Charleroi kam es wiederholt zu Kundgebungen.

Zu den blutigen Vorgängen in Lüttich

meldet uns noch unser Korrespondent folgendes: Entgegen den Vorstellungen der kirchlichen Presse, die, um die Schieberei auf das sozialistische Volkshaus „La Populaire“ in Lüttich zu rechtfertigen, behauptet, daß von dort die ersten Schüsse gefallen sind, muß festgestellt werden, daß aus dem Volkshaus selbst nicht geschossen wurde und keine Provokation erfolgt ist. Die Strategie der Gendarmerie ging in nicht zu verkennender Absicht dahin, die demonstrierenden Arbeiter durch Abperrung der Straßen gegen das Volkshaus hindrängen, von dem sie wußte, daß es mit Menschen gefüllt war. Als dann aus einer anstoßenden Straße der erste verhängnisvolle Schuß fiel, fand die Gendarmerie nichts Besseres zu tun, als ihre durch nichts zu rechtfertigende Schießattende auf das Volkshaus zu eröffnen, also bewußterweise ihre geladenen Drownings und Mäusergewehre auf eine in geschlossenem Raume befindliche dicht gedrängte Menschenmasse zu richten. Das mag die kirchliche Presse, die nun die Gendarmerie als Märtyrer hinstellt, als Rot- oder Segenwehr charakterisieren, die Arbeiter, übrigens auch die Bürger, die Zeugen der blutigen Vorfälle waren, nennen das Mord und diese Auffassung der Sachlage wird der Regierung auch beim Kammerzusammentritt als Begründung mit allem Nachdruck entgegengehalten werden.

Die Scheiben des Lütticher Volkshauses sind wie ein Sieb von den Kugeln durchlöchert und man kann so darauf, die Schüsse zählen, die die Connets à poil, wie die Gendarmen im Volksmund heißen, abgefeuert haben. Aber während nun der kirchliche Geist der Ordnung wegen jeder zerbrochenen Kirchenscheibe Jeter und Nordio schreit, sind die kugelgeheilten Scheiben des sozialistischen Genossenschaftshauses für die kirchliche Prehmenie nur ein Beweis des Martyriums und der Gelassenheit der „Schüler der Ordnung“. Der Bürgermeister Lüttichs, abgesehen immerhin ein wenig auch gemäßigter Liberaler, der eigentlich Verantwortliche der Vorfälle, der ohne Not die Gendarmerie losließ, erntet natürlich das Lob der Kirchlichen, die offen in ihrer Presse bedauern, daß der Brüsseler Bürgermeister nicht zu denselben „energievollen“ Maßnahmen, das heißt zu einem kleinen Aberfaß schreitet, weil ein paar aufgeregte junge Leute einigen Pflanzern die Fenster einschlugen oder studentisch-kindische „Angriffe“ auf ein Kloster gymnasium und ähnliche Dinge inszenierten. Besonders das Organ des Regierungschefs, der übrigens hinter aller eleganten Gelassenheit den Knorpelsohlen und letzten Parteimann birgt, plädiert eifrig dafür, die Volksbewegung mit ihren gewiß beklagenswerten, im Augenblick freilich nur zu begreiflichen Ausschreitungen, durch eine etwas „energischere Haltung“, wie man diplomatisch diese Aberslässe wie in Lüttich nennt, „im Reine zu erstickern“. Als ironische Begleitung zu diesem Text läßt die Regierung verstanden, daß sie vom „Geist der Toleranz“ befeuert sei. Man sieht! Am liebsten möchten sie zu jedem Kloster ein Regiment und zu jeder Pflanzenschule eine Eskadron Gendarmerie hinstellen.

Bei dieser Gelegenheit soll erwähnt sein, daß die kirchliche Meute, die es nicht verhindern kann, daß auf städtischem Boden, just vis-à-vis einem Kirchengebäude — ganz wie auf dem Montmartre in Paris vor der Sacré-Coeur-Kirche — das Monument eines Opfers des kirchlichen Verfolgungsgeistes steht, das schöne Ferrermonument in der gemeinsamen Befudet hat. Eine anmutige Regung des idealistisch-romantischen Volksgelstes hat in diesen Tagen, da sich die kirchliche Reaktion neu erhob, den Sockel des Monuments mit schlichten Frühlingblumen geschmückt. Diese Aufmerksamkeit hat die kirchliche Jugend veranlaßt, das Denkmal mit einer pech- oder ölfarbenen Flüssigkeit zu beschmierern, die zu entfernen eine gründliche Steinreibe erfordert wird. Den ganzen Tag umherschauen nun Leute das Monument, die diese kirchliche Tat in zorniger Enttäuschung betrachten.

Gestern waren die Genossen Vanderelde, De Brouckere, Parteisekretär Vandermissen und der Deputierte Hubin als Delegierte des Generalrates der Partei in Lüttich, wo sie in Meeting die Menge zur Ruhe und Kaltblütigkeit beschworen und sie anriefen, nicht durch Unbesonnenheiten die Regierung zu weiteren Gewalttaten zu reizen.

Die Lütticher Föderation hat folgendes Dokument als Manifest an die Bevölkerung erlassen:

Sonntag, den 2. Juni, war die Gendarmerie, nachdem sie in den Angriffen in nicht zu rechtfertigender Weise die Menge „harniert“ hatte, allein auf der Place Verte (der Platz, auf dem das Volkshaus steht). Die Klatschen der „Populaire“ waren geschlossen. Zwei Abteilungen Gendarmerie haben sich vor unserem Lokal aufgestellt, von dem aus keinerlei Provokation erfolgt ist, und haben friedliche Menschen, die ohne Waffe in unserem Lokal versammelt waren, säfiliert.

Drei der Unseren sind den Kugeln erlegen. Zwanzig andere sind verwundet. Die Arbeiterklasse zählt neue Opfer. Würde die Verantwortung über das vergossene Blut auf jene zurückfallen, die die Häfiliere gerufen haben!

Genossen, Festigkeit und kaltes Blut! Weht nicht in die Schlingen, die Euch die Regierung reicht, die sich als Retter der Gesellschaft aufspielen möchte. Aus der gewissenhaften Organisation der Arbeiterklasse wird die neue Ordnung erstehen.

Festigkeit!

Kaltes Blut!

Im selben Sinne spricht der heutige Leitartikel des „Peuple“ Worte der Verhütung an die gesamte arbeitende Bevölkerung.

Der Krieg.

Die Ausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 6. Juni. Gestern Abend sind 700 Italiener mit dem Dampfer „Thalos“ abgereist. Morgen geht ein weiterer Dampfer ab. Bis gestern Abend sind 2000 Pässe für 5000 Personen verabschiedet worden.

Eine Kundgebung aus Tripolis.

Konstantinopel, 6. Juni. Der Deputierte von Dschebel Gharbi Sulaiman Elbaruni richtete an die türkische Kammer und die türkische Presse ein Telegramm, das aus Dehbat datiert ist. In diesem beschwören die Tripolitaner die Türken, sie nicht aufzugeben, da dies der Beginn zur Teilung der Türkei wäre und das Vertrauen der Islamwelt erschüttern würde. Selbst wenn die Türken Tripolis aufgaben, würden sie, die Tripolitaner, weiter kämpfen und den Feind vernichten oder zugrunde gehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni 1912.

Der Zwist in der nationalliberalen Partei.

In der nationalliberalen Partei dauern die Auseinandersetzungen zwischen Jung- und Altliberalen fort und nehmen an Heftigkeit zu. Jüngst hatte der nationalliberale Generalsekretär für Pomern, Herr Mittelmann den Altliberalen mit Recht erklärt, sie seien im Grunde genommen *conservative* und wollten die völlige Unterwerfung der nationalliberalen Partei unter konservatives Kommando. Darauf antwortet nun der Generalsekretär der Provinz Sachsen, Herr Calbow in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ folgendes:

„Ob der Artikelschreiber die Gründung des Altnationalliberalen Verbandes als berechtigt anerkennt oder nicht, ist schließlich irrelevant. Was aber die Altnationalliberalen sich nicht gefallen zu lassen brauchen, das ist die unerhörte Behauptung jenes Herrn, daß die westfälischen und holländischen Nationalliberalen die klare Forderung aufstellten, unsere Partei bedingungslos der konservativen Partei zu unterwerfen. Wenn uns Altnationalliberalen etwas Derartiges nachgesagt wird, so sind wir ja im allgemeinen gewohnt, derartige lächerliche Behauptungen zu einzuschätzen, wie sie es verdienen, und mit einem Achselzucken darüber zu quittieren. Wenn aber von einem Beamten unserer Partei, deren Stellung ihm von vornherein eine große Verantwortung auferlegt, eine so schwere und haltlose Verschuldung ausgesprochen wird, so bedeutet das einen unverantwortlichen Angriff auf die vielen Hunderte alt angelegener, erfahrener und erprobter Parteiführer und Mitglieder. Wenn der Artikelschreiber schließlich darauf hindeutet, daß bei so verschiedenen Anschauungen die Trennung der Partei unvermeidlich wäre, so brauchen wir wohl nicht erst darauf hinzuweisen, daß gerade das ganze Verhalten der rechtsstehenden Herren wohl den vollgültigen Beweis dafür erbracht hat, wie ernst es ihnen mit dem Wunsche der Erhaltung der Einheit der Partei gewesen ist. Wenn aber freilich von der linken Seite von neuem mit solchen Unterstellungen gearbeitet wird, wenn von vornherein alle diejenigen, die nicht auf dem linken Flügel der Partei stehen, als Nationalliberale zweiter Klasse, als innerlich schon längst konservative Menschen angesehen und hingestellt werden, dann liegt allerdings die Gefahr vor, daß sich auch die so unverantwortlich Angegriffenen auf das energischste ihrer Haut wehren.“

Das sind, wie man sieht, recht kräftige Worte. Und die Altliberalen oder Konservativen wissen ganz gut, daß ihre Sprache auf die pflichtbewußten Jungliberalen noch stets die gewünschte Wirkung hervorgebracht hat. Zuletzt haben sich die Jungliberalen noch stets gefügt und der Rückmarsch der Nationalliberalen ins blaue Schwarze Lager ist in Wirklichkeit ja schon eingeleitet, wie das Steuerkompromiß Wasser- mann-Erzberger beweist.

Der Zentrumstreit.

Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht die Zuschrift eines Geistlichen gegen die „Berliner Richtung“, die nach Rom geschlichen sei, um über die Köpfe der meisten deutschen Bischöfe hinweg ein obliegendes Urteil zu erlangen. Damit gibt sie auch die „Köln. Volksztg.“ also zu, daß die päpstliche Kundgebung einen Sieg der „Berliner“ über die „Köln.“ bedeutet. Dann fährt die Zuschrift fort:

„Das Vorgehen des Berliner Verbandes ist unter Berücksichtigung aller dieser Umstände ein wahrer Skandal, der allen Anforderungen treuer Kirchlichkeit Hohn spricht und wegen seiner Taktlosigkeit gegen die Bischöfe öffentlich gebrandmarkt zu werden verdient. Wir haben in München einen Rangius, aber daneben eine Anzahl Winkelunziaturen, die fortgesetzt in Betrieb sind. Der Berliner Verband bildet in Deutschland fast eine Kirche für sich, die autonom auch über die Bischöfe sich stellt. Kann das so weiter gehen?“

So! Und von dieser Brunnstätte der Verleumdungen und Intrigen sagt der Papst, daß er ihre Ziele billige, daß er ihre Bestrebungen auf das lebhafteste loben müsse. Die „Germania“ hat doch dann wirklich recht, wenn sie meint, daß die gebührende Ehrfurcht für den Papst dabei bedenklich zur kurz kommt.

Erkrankung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Wie uns ein Privattelegramm aus Poreck meldet, ist Präsident v. Erffa am Sonnabend von einem schweren Schlaganfall betroffen worden und liegt auf Schloss Bernburg bettlägerig da. Herr v. Erffa ist 68 Jahre alt und sein Zustand daher sehr bedenklich. Am 14. Januar wurde er als Nachfolger Herrn v. Arnders mit 347 Stimmen zum Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses gewählt.

Opfer der preussischen Ausweisungspolitik.

In Freiburg in Schlesien erschloß sich am Donnerstag voriger Woche der 60 Jahre alte Tischlergeselle Franz Pohl, der Österreicher war und den Ausweisungsbefehl erhalten hatte, trotzdem er über 85 Jahre in Freiburg gelebt und sich recht-schaffen durchs Leben geschlagen hatte. Am 25. April erhielt er die Ausweisung. Gesuche und Bitten um Angabe der Gründe zu dieser rigorosen Maßregel bezw. um Aufhebung des Ausweisungsbefehls blieben resultatlos. Vor wenigen Tagen erhielt Pohl den endgültigen Befehl, daß er den Polizeistaat Preußen bis zum 1. Juni ganz bestimmt zu verlassen habe. Die Kollegen hatten Pohl von dem Gang der Dinge in Kenntnis gesetzt, zugleich aber hinzugefügt, daß er Preußen nicht verlassen, sondern seinem Leben freiwillig ein Ende machen würde. Er ordnete vorher seine Verhältnisse, bestellte und bezahlte seinen Sarg und schrieb die Bestimmungen über sein Begräbnis nieder. Alsdann nahm er von seinen Freunden Abschied und jagte sich dann eine Kugel durch die Schläfe, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Auf einem hinterlassenen Zettel standen die Worte, daß ihm die letzte halbe Stunde seines Lebens außerordentlich schwer geworden sei.

Und der Grund zu der rigorosen Maßregel? Pohl war Mitglied der Partei und seiner Gewerkschaft, zog sich aber mit Rücksicht auf die Tatsache, daß er Ausländer war, vom Parteileben und Gewerkschaftsleben ganz zurück. Trotzdem aber hat er sich als „Ausländer lästig gemacht“, wie es in der polizeilichen Verfügung heißt. Die Genossen von Freiburg und Umgebung folgten in überaus großer Zahl der Forderung des Opfers preussischer Polizeiwillkür und demonstrierten damit gegen den preussisch-deutschen Polizeigeist in wirksamer Weise.

Ein anderes Opfer der Ausweisungspolitik ist der Arbeiter Karl Hansen in Apenrade. Er wurde im Herbst vorigen Jahres ausgewiesen, weil er trotz seiner Heimatlosigkeit geheiratet und seinen Wohnsitz in Apenrade genommen hatte. Die Behörden waren jedoch so gnädig, ihm eine Frist bis zum 1. April d. J. zu gewähren. Anfang April wurde Hansen wieder zum Verlassen des Landes aufgefordert. Da der vollständig Mittellose nicht wußte, wohin er sich mit seiner Familie wenden sollte, folgte er der Ausweisungsbefehl. Am Dienstag wurde der Heimatlose nach dem Landratsamt gerufen, wo ihm mitgeteilt wurde, daß er nunmehr das preussische Staatsgebiet binnen fünf Tagen zu verlassen habe. Leiste er dieser Ausweisung keine Folge, wisse er wohl, was ihm bevorstehe. Da Hansen noch immer nicht weiß, wohin er sich wenden soll, wird er bleiben, wo er ist. Die von dem Landrat angeordneten Maßnahmen werden dann zweifellos zur Anwendung kommen, und die nächste Zeit wird die preussische Behörde sich in ihrer nacktesten Brutalität zeigen. Man wird einen völlig unbescholtenen Mann ins Gefängnis werfen, nur weil er ein eigenes Heim gegründet hatte und bestrebt ist, sich mit seiner Familie redlich und schlicht durchs Leben zu schlagen.

Die „menschenfürchtigen“ Merkmalen.

Die in Koblenz erscheinende Halbmonatschrift „Ständeordnung“, deren geistiger Leiter der Vater Tillmanns ist, vertritt einen Standpunkt, wie er ursprünglich den Ultramontanen eigen war, wie er unzweifelhaft am konsequentesten dem Katholizismus entspricht und wie er beispielsweise noch in den älteren Schriften Huges zum Ausdruck kommt. Das Blatt will an Stelle des heutigen „Staatssozialismus“ und der sozialen Gesetzgebung die Selbsthilfe und die Charitas. Es erinnert in seiner neuesten Nummer daran, daß Windthorst „jeden einen vollendeten Sozialdemokraten genannt“ habe, der für das erste Versicherungsgesetz stimmen werde. Das Blatt hört „deutsch das Dröhnen der Schritte von 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Proletariern, die im Anmarsch sind zum Kampf gegen das heutige System, welches die arme Volksklasse so unglücklich gemacht hat“. Es sei längst kein Geheimnis mehr und die bisherigen Führer der Gesellschaft sprechen es unter sich offen aus: Ein Krieg, der die Aufmerksamkeit ablenkt und die Kräfte anderweitig in Anspruch nimmt, ist die einzige Rettung. Da sei es besser, statt der unaussprechlichen schrecklichen Erschütterungen, die die „heutige Erwerbsweise und Gesetzgebungswut“ bringen müsse, zu einer „wahrhaft christlich-katholischen Sozialreform“ zu schreiten.

Zu diesen Bemerkungen ist das Blatt veranlaßt worden durch eine Zuschrift des Pfarrers Dr. Nieborowsky (Reichthal), des Herausgebers der Oppersdorffschen Wochenchrift „Das katholische Deutschland“. Nieborowsky erklärt er „fürchte“, daß er sich „auch einmal von der Richtigkeit und Konsequenz des Standpunktes der „Ständeordnung“ überzeuge, was bis jetzt noch nicht ganz (1) der Fall ist.“

Die „Ständeordnung“ nennt den „Mut“ Nieborowskys, dies öffentlich zu erklären, „in unserer menschenfürchtigen Zeit doppelt wertvoll“, und sie schreibt weiter:

„Nicht nur mit den vorsichtigen Vorbehalten, die der hochw. Pfarrer Dr. N. gemacht hat, sondern ohne diese Vorbehalte hat eine ganze Reihe hervorragender und bekannter Theologen, Soziologen und Politiker das Programm der „Ständeordnung“ als das allein richtige und als das Ideal anerkannt, dem wir als Katholiken nachzustreben haben.“ ... Was die „St.-D.“ in sozialer Hinsicht erstrebt, ist ... nichts anderes, als was alle alten katholischen Philosophen und Soziologen gefordert haben: eine ständische Organisation, durchgeführt vom christlichen Geiste. ... Es ist darum tief bedauerlich, daß gerade die hervorragenden und bekannten Soziologen, auf deren Urteil solchen Wert legt, nur fast im Geheimen ihre Ansicht sagen und oft aus Menschenfurcht und Feigheit vor dem modernen Proletariat nicht wagen, offen aufzutreten.“

Unehrlichkeit des Zentrums.

Als im Jahre 1904 in Baden das Wahlrecht geändert und die Zahl der Mitglieder der Zweiten Kammer von 68 auf 78 erhöht wurde, nahm die Kammer einstimmig eine Resolution an, wonach vom Jahre 1912 ab die Zahl der Abgeordneten 74 betragen sollte. Vom genannten Zeitpunkt ab sollte die Stadt Mannheim, wie das die Regierungsvorlage schon vorgesehen hatte, anstatt fünf, ihrer Bevölkerungszahl entsprechend sechs Abgeordnete erhalten. Die Regierung hatte nun auch, dem damals gefaßten Beschlusse gemäß, eine entsprechende Vorlage eingebracht. In der Justizkommission, welcher die Vorlage zur Vorberatung überwiesen worden war, wurde diese am Mittwoch abgelehnt, weil die zu einer Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden war, indem Zentrum und Konservative dagegen stimmten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vorlage auch im Plenum fällt. Damit hat das Zentrum sein 1904 feierlich gegebenes Wort gebrochen. Männer wie Zehner, Fahrenbach, Schäler, Doffner, von denen die beiden Erstgenannten auch im Reichstagszentrum eine führende Stellung innehaben, scheuen vor dem Druck eines öffentlich abgegebenen Versprechens nicht zurück, wenn es sich darum handelt, die Arbeiterschaft zu schädigen. Die weitest größte Industriestadt des badischen Landes hatte gegenüber seiner Bevölkerungsziffer zu wenig Abgeordnete. Das Verhältnis wurde aber nicht nur durch die rapide Zunahme der Bevölkerung von Jahr zu Jahr ungünstiger, sondern es sind jetzt auch noch drei wichtige Orte mit zusammen rund 18 000 Einwohnern eingemeindet worden, die nach dem Wahlgesetz den Mannheimer Kreis zuzuzählen sind. Anstatt fünf müßte Mannheim seiner Einwohnerzahl von rechtswegen sieben Abgeordnete haben. Hätte das Zentrum nur einen Funken politischer Ehre, so wäre dieser perfide Wortbruch nicht möglich gewesen.

Der geborene Gesehgeber.

In reussischen Landtage hat nach der Verfassung des Fürstentums der jeweilige Inhaber des Lehens Recht, küßlich sich und Stimme. Da das Leben erblich ist, geht beim Tode des Lehensinhabers der Landtagssitz stets auf den ältesten Sohn über. Das Landtagswahlgesetz schreibt nun aber für die Abgeordneten ein Mindestalter von 25 Jahren vor. Dieses Lebensalter hat der gegenwärtige Lehensinhaber noch nicht erreicht und deshalb wählte, wie erinnerlich, die reussische Regierung im Landtage durchsetzen, daß für ihn ein Vertreter im Landtage und Stimme bekomme. Dieses Bestreben wurde durch die Obstruktion der Sozialdemokraten vereitelt und die Regierung hat nun erklärt, daß die Vorschrift über das Alter nur für die gewählten Abgeordneten Geltung habe, nicht aber für ein erbliches Mitglied des Parlaments. Hier genügt es, wenn dieses Mitglied mündig sei, und deshalb werde man den gegenwärtigen Fürsten von Reuß-Köstritz in den Landtag einberufen.

Ob der Fürst auch das nötige Verständnis für die Aufgaben hat, die im Landtage an ihn herantrittet, bleibt völlig außer Betracht, denn er ist geborener Gesehgeber, und die bürgerlichen Parteien empfinden es anscheinend schon als ein gewisses Entgegenkommen, daß die Regierung wenigstens an dem Erfordernis der Mündigkeit festhält.

Der Streik im Londoner Hafen.

London, 5. Juni. (Eig. Ber.) Der von der kapitalistischen Presse verbreitete Schwundel, der Londoner Hafenarbeiterstreik sei zusammengebrochen, ist durch die Ereignisse des gestrigen Tages glänzend widerlegt worden. Die Klopffechter des Kapitalismus scheuten sich nicht, gestern in langen Reiterartikeln tiefstimmige Betrachtungen über den „verlorenen Streik“ anzustellen. Heute müssen sie, wie sich der englische Volksmund ausdrückt, ihre eigenen Worte freissen; sie müssen zugeben, daß die Lage höchst kritisch geworden ist. Die Unternehmer haben der Regierung geantwortet, daß die Gründung eines allgemeinen Unternehmerverbandes für die Londoner Transportgewerbe, den die Regierung als die Vorbedingung eines allgemeinen Einigungsamtes anzusehen scheint, unausführbar ist. Dieselben Unternehmer, die geschlossen gegen die Arbeiterschaft kämpfen können, wollen die Welt glauben machen, daß sie nicht als eine Organisation mit der Arbeiterschaft verhandeln können. Ferner haben die Unternehmer der Regierung zu verstehen gegeben, daß sie keinen Vorschlag des Minister, so vernünftig er auch sein möge, annehmen werden, wenn nicht die Arbeiter im ganzen Hafen zuerst zur Arbeit zurückkehren. Auch wollen sie unter keinen Umständen die Mitgliedschaft des Transportarbeiterverbandes anerkennen noch über die Frage dieser Anerkennung diskutieren. Ehe noch die Antwort der Unternehmer bekannt war, unterbreitete die Streikleitung der Regierung folgende modifizierte Forderungen: „Dieses Londoner Streikkomitee des Nationalen Transportarbeiterverbandes nimmt den Bericht Sir Edward Clarke an wie auch den Vorschlag, ein gemeinschaftliches Amt zu errichten, in dem die verschiedenen Transportarbeiterinteressen der Themse und der Medway vertreten sind. Drittens verlangen wir, daß der Transportarbeiterverband als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt wird und daß alle Arbeiter in die Arbeitsstellen zurückkehren, die sie vor dem Ausbruch des Streiks einnahmen.“ Die nachmittags tagende Konferenz des Allgemeinen Rats des Transportarbeiterverbandes erklärte sich mit der Londoner Streikleitung solidarisch und faßte den Beschluß, sofort einen nationalen Streik der Transportarbeiter zu proklamieren, wenn es nicht unmittelbar auf Grundlage der obigen Forderungen zu einer Einigung kommen sollte.

Was den Kapitalisten im Magen liegt, ist die Haltung der Richterführer, die, sämtlich organisiert, stramm zu ihren schlechter entlohnerten Arbeitsbrüdern halten und ohne deren Hilfe alle Streikbrecher der Welt nichts ausrichten können. Die Londoner Richterführer haben eine äußerst starke Position inne: man kann sie nicht erlegen, ohne das Gesetz zu brechen. Sie werden nämlich durch den Freibrief einer der Citygilden beschützt. Die meisten der Gilden der Londoner City bestehen heute nur noch als gesellige Einrichtungen; ihre Mitglieder betreiben nur ausnahmsweise den Beruf, dem die Gilde gewidmet war. Aber mit der Gilde der Fährmänner und Richterführer verhält es sich anders. Ihre Mitglieder betreiben wirklich das Geschäft, das der Name der Vereinigung angibt, und wachen mit großer Eifersucht über die alten verbrieften Rechte. Der Freibrief der Gilde macht es ungleichlich, einen Arbeiter auf der Themse als Fährmann oder Richterführer zu beschäftigen, der nicht seine regelrechte Lehrzeit durchgemacht und von der Gilde die Konzession erhalten hat. Nun gibt zwar das Gesetz vom Jahre 1908 der Londoner Hafenbehörde das Recht, die Konzessionsbedingungen zu verändern; diese Behörde kann jedoch keinem Arbeiter die Konzession verleihen, der nicht wenigstens zwei Jahre auf einem Fahrzeug im Londoner Hafen gearbeitet hat. Wer hätte wohl daran gedacht, daß als mittelalterliche Zunftwesen in einem modernen Streik eine solche Bedeutung erlangen könnte.

Portugal.

Ministerkrise.

Lissabon, 6. Juni. Nachdem die Kammer der Regierung zweimal ihr Vertrauen ausgesprochen hatte, hat der Ministerpräsident dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts endgültig überreicht. Der Präsident der Republik hat die Kammerpräsidenten und die Führer der parlamentarischen Gruppen zu einer Beratung zusammenberufen.

Marokko.

Eine spanisch-französische Einigung.

Paris, 5. Juni. Aus Madrid wird gemeldet: Die spanisch-französischen Verhandlungen über die Gebietsaufteilung in Marokko können nunmehr als abgeschlossen angesehen werden. Die Teilnahme der Uergastämme an den Angriffen auf Fez hat die spanische Regierung davon überzeugt, daß sich Frankreich bei seinen Forderungen betreffs des Uergastals lediglich von Gründen der Sicherheit hat leiten lassen. Den Spaniern wurde der Uebergang über die Wüste im Norden des Uergastals bewilligt und damit ihrer Forderung nach einer direkten Verbindung zwischen Elkar und Alhucemas Rechnung getragen. Was die Internationalisierung Tangers anlangt, so ist beschlossen worden, nach Madrid eine Art internationaler Kommission einzuberufen, vor welcher die diplomatischen Vertreter der Mächte den Standpunkt ihrer Regierungen in dieser Frage darlegen würden.

Der Sultan auf der Reise nach Kaba.

Paris, 6. Juni. Aus Fez wird gemeldet: Am Morgen sind der Sultan und der Gesandte Regnaud abgereist. Generalsekretär Chautey gab ihnen einige Kilometer weit das Geleite.

Von dem rechten Ufer des Sebu werden neue Unruhen gemeldet.

Bis jetzt haben sich 765 Aslaris wieder anwerben lassen, 255 weigerten sich.

China.

Nationalistische Strömungen.

Peking, 6. Juni. Nach hier eingegangenen Konsularberichten nimmt die Opposition in den Provinzen gegen die ausländische Anleihe den Charakter einer fremdenfeindlichen Bewegung an. Vor allem in Szechuan werden mitschliche Reden gehalten und Tünze ausgeführt, gleich denen, die vor dem Bogeraufstand beobachtet wurden. Die Regierung erläßt, von den Vorgängen nichts zu wissen,

Gewerkschaftliches.

„Verwendung von Arbeitergroßen.“

Alljährlich zur Zeit der fauren Gurke bemüht sich irgend ein bürgerlicher Zeitungsdrucker vergeblich, die Abrechnung der Gewerkschaften zu veröffentlichen. Diesmal hat sich ansehnlich ein Beauftragter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie der für ihn nutzlosen Mühe unterzogen, die Abrechnung des Schneiderverbandes zu zergliedern. Er hat darin entdeckt, daß für einen Posten von 323 251 M. jeder Nachweis fehlt, und er hat diese exorbitant hohe Summe in bekannter Reichsverbandsmannier dann einfach als Verwaltungskosten (Bureaukosten, Gehälter der Verbandsangestellten und Speise) gebucht.

Natürlich ist, wie in allen solchen Fällen, auch in der Abrechnung des Schneiderverbandes der Nachweis für diesen Posten zu finden. In diesem Betrag sind zunächst 3146,67 Mark für Unterstüfung und 3514,17 M. für Rechtschutz. Der größte Teil — 171 345,29 M. — ist aber den 300 Ortsgruppen des Verbandes zur Verfügung geblieben. Es sind das die 20 Bros., die den Filialen zur Bestreitung ihrer örtlichen Ausgaben verbleiben, und die also an die Hauptkasse gar nicht abgeliefert werden. Dazu kommen noch 13 270,38 Mark, die als Bestand in den einzelnen Ortsvereinen vorhanden sind. Ferner sind in dieser Summe enthalten 39 500 Mark für den Druck der Fachzeitung.

Für Gehälter und Entschädigungen der im Hauptverband beschäftigten sieben Angestellten wurden insgesamt nur 18 907 ausgegeben, das macht im Durchschnitt pro Person 2700 M. Was dann noch für Agitation (einschließlich der Gehälter für fünf Gauleiter), Verwaltungsmaterial, Vorko, Delegationen, Beiträge an die Generalkommission usw. ausgegeben wurde, darüber gibt die Abrechnung hinreichend Auskunft.

Die Beweisführung über die kolossale Verschwendung von Arbeitergroßen durch die Gehälter der Gewerkschaftsangestellten ist weder neu noch für denkende Menschen irgendwie überzeugend, denn daß der Schneiderverband mit so wenig Angestellten nicht über 300 000 M. für Gehälter verausgabte, könnte selbst Karlchen Riesenid begreifen. Wenn trotzdem die bürgerliche Presse solche albernere Reichsverbandsnötigkeiten übernimmt, und nachdem eine Verächtlichmachung der Organisation ablehnt, wie das die „Hamburger Nachrichten“ getan haben, so beweist sie damit nur, daß bei ihr schülerhafte Dummheit mit journalistischer Unanständigkeit auf einem Holze wachsen.

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter! Die Firmen Siemens u. Halske und Siemens u. Schuckert stehen bei der Arbeiterschaft infolge des in den Betrieben gezüchteten gelben Vereins in sehr schlechtem Ruf. Arbeiter und Arbeiterinnen, die es unter ihrer Würde halten, gelb zu werden, meiden die Siemens-Betriebe. Infolgedessen leiden die Siemens-Werke unter großem Arbeitermangel und bemühen sich nun, durch Inserate in bürgerlichen Blättern vornehmlich gelehrte Arbeiter unter großen Versprechungen in die Betriebe zu locken.

Wer in den Siemens-Werken Arbeit nimmt, muß auf dem gelben Nachweis 50 Pf. an die Obergelben entrichten. In den Lohnbüros werden die Neueingestellten unter allen möglichen Manipulationen zur Mitgliedschaft beim gelben Verein, genannt Unterstützungsberein, veranlaßt. — Von frei organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt man bei der Einstellung die Abgabe der Mitgliedsbücher ihrer Gewerkschaft.

Nur durch unbeschränkte Überstunden erreichen die Arbeiter Verdienste, wie sie andernwärts bei normaler Arbeitszeit üblich sind. Diese Zustände bei der Weltfirma Siemens veranlassen uns, alle Metallarbeiter aufzufordern, unter solchen entehrenden Bedingungen keine Arbeit in den Siemens-Werken anzunehmen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Werkzeugmacher in den Schraubenfabriken beendet.

Am Mittwoch nahmen die in den Schraubenfabriken beschäftigten Werkzeugmacher, Werkzeugdraher und Reparaturschlosser den Bericht der Lohnkommission von den Verhandlungen mit den Unternehmern (Vereinigung der Berliner Schraubenfabriken) entgegen. Handelt es sich um die Verhandlungen, die sich sehr langwierig, da die Unternehmer sich durchaus nicht auf den geforderten Mindestlohn einlassen wollten und erst nach längerem Widerstande soweit entgegen kamen, daß sie sich mit einem Mindestlohn von 70 Pf. einverstanden erklärten, jedoch erst nach vierwöchiger Beschäftigung. Ebenso ablehnend fanden sie einer allgemeinen Lohnzulage gegenüber und es dauerte auch hier geraume Zeit, ehe sie sich zu den unten wiedergegebenen Zugeständnissen herbeiliessen. Die wesentlichen Forderungen hatten gelautet: als Mindestlohn ist 70 Pf. pro Stunde zu zahlen, des Weiteren ist eine allgemeine Zulage von 5 Pf. pro Stunde auf alle bestehenden Löhne zu gewähren. Das Resultat der Verhandlungen sind nun folgende Vorschläge, die von der Versammlung der Arbeitnehmer nach längerer Debatte angenommen wurden:

Werkzeugmacher erhalten nach vierwöchiger Beschäftigung 70 Pf. Stundenlohn; denselben Lohn erhalten Maschinenbauer, Werkzeugmacher, welche im Betriebe ihre Lehrzeit beendet haben, erhalten nach Beendigung der Lehrzeit im ersten halben Jahr einen Stundenlohn nach freier Vereinbarung; dieselben erhalten im zweiten halben Jahr einen Stundenlohn von 60 Pf.

Als Werkzeugmacher werden betrachtet Arbeiter, die mindestens eine der nachgenannten Arbeiten ausgeführt haben, wie: Herstellung von Schweiß- und Riebscheiben, von Bohrerz, Gewindebohrern, Passonhähnen, Fräsern, von Schnitten und Stangen. — Die Herstellung von Werkzeugdrahtarbeiten oder Drahtarbeiten an der Leispingelbank, welche zu Werkzeugen gehören.

Werkzeugmacher, deren Stundenlohn jetzt noch nicht 80 Pf. beträgt und die seit dem 1. März 1912 noch keine Zulage erhalten haben, bekommen eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Überstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt, Sonntagsarbeit, soweit solche zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist, mit 50 Proz. — Etwas bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen durch diese Vereinbarung nicht verschlechtert werden.

Diese Vereinbarungen sollen nunmehr auch den Nichtmitgliedern der oben genannten Vereinigung unterbreitet werden.

Von der Großen Berliner.

Bekanntlich ist die liebe „Große“ das umfangreichste Unternehmen aller Straßenbahnbetriebe; aber indessen auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse besahen leider bei dieser Millionengesellschaft nicht verbesserungsbedürftige Zustände. Unter diesen leiden nicht nur die Angestellten des Fahrpersonals, sondern in erster Linie die Handwerker und Arbeiter. Die Anfangslöhne für Handwerker betragen 42 1/2 Pf. und für ungeschulte Arbeiter 33 Pf. pro Stunde. Daß auf Grund dieser bescheidenen niedrigen Löhne die Situation im Betriebe groß ist, versteht sich am Bande. Da die Leute nun aber bei einer Arbeitszeit, welche 90 Stunden wöchentlich beträgt, nicht so viel verdienen, um damit eine Familie ernähren zu können, wird von Seiten einiger Kuffschloßbeamten das Überstundenwesen direkt künstlich eingeführt. Es würde begreiflich sein, wenn die Arbeiter, die sich in der Großen Berliner befinden, sich nicht über diese Zustände aufregen würden, wenn sie nicht durch die Presse über die Verhältnisse in der Großen Berliner unterrichtet wären. Die Arbeiter der Großen Berliner sind durch die Presse über die Verhältnisse in der Großen Berliner unterrichtet. Die Arbeiter der Großen Berliner sind durch die Presse über die Verhältnisse in der Großen Berliner unterrichtet.

erschienen, wenn solche bei wichtigen aus dem Verhältnissen heraus sich notwendig machenden Arbeiten zu leisten sind; aber zum Streichen von Häusern oder Richten der Masten brauchten wirklich keine Überstunden geleistet zu werden. Diese Arbeit kann in der so wie so schon so langen Arbeitszeit erledigt werden. Anders denkt jedoch der Herr Revisor Bollof. Derselbe erklärt: Wer auf Verlangen keine Überstunden macht, gleichviel, ob dieselben notwendig oder nicht, der fliegt. Notwendig sind sie nicht, das wurde in einer Betriebsbesprechung des Bahnhofs 16 an der Hand von Beispielen von dem Referenten Ortman nachgewiesen und von den Versammelten bestätigt. Die sonst so sparsame „Große“ scheint hier also mit dem Gelde der Aktionäre nicht gerade wirtschaftlich umzugehen.

Vielleicht sucht man hier einen andern Modus, die Handwerker und Arbeiter mehr verdienen zu lassen. Die beste Lösung dieser Frage wäre eine Erhöhung des miserablen Lohns.

Vielleicht interessieren sich die neugeborenen Direktoren für diese Angelegenheit? Es würde im Interesse der Gesellschaft sowie zum Nutzen der Beschäftigten sein, wenn den Herren Bollof und Genossen etwas mehr auf die Finger gesehen würde.

Der Streit der Sattler im Deutschen Offizierverein dauert entgegen den Erklärungen der Geschäftsleitung unabänderlich fort. Eine Vermittlung durch das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wurde von der Direktion mit der Begründung abgelehnt, daß die Sattler seit dem 27. April entlassen seien und da keiner von diesen wieder eingestellt würde, müßte man auf eine Vermittlung des Einigungsamtes verzichten. Trotz dieser Erklärung bemüht sich der Abteilungschef, Herr Knecht, durch Vermittlung eines Arbeitswilligen, verschiedene Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen; nur solle es nicht so aussehen, als wenn die Sache von der Geschäftsleitung ausgeht. Alle diese Versuche sind aber bisher gescheitert. Da es der Geschäftsleitung auch sonst nicht gelingt, genügenden Ersatz für die Streikenden zu finden, so ist das Prinzip der Eigenproduktion heute schon fast durchschlagsbereit. Denn wenn auch die paar Arbeitswilligen jetzt Gelegenheit haben, in unbeschränkter Arbeitszeit zu schaffen und außerdem noch Arbeit mit noch Pause zu nehmen, so genügt dies doch nicht, um den Bedarf der Firma annähernd zu decken. Wir ersuchen daher die Kollegen, Arbeitsangebote des Deutschen Offiziervereins nach wie vor streng zurückzuweisen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuille.

Deutsches Reich.

Der Straßenbahnerstreik in Königsberg.

Zwecks Bekämpfung von Streiks haben die Direktoren der Straßenbahnbetriebe und Elektrizitätswerke einen Ring geschlossen, der jetzt in Königsberg seine erste Kraftprobe ablegt. Hier versucht der Ring zu beweisen, was er zu leisten vermag, daher auch der hartnäckige Kampf im Betriebe der Straßenbahn. Noch nie hat ein Straßenbahnerstreik solange gedauert wie der Königsberger. Wie der Direktorenring vorgeht, erfährt man aus folgenden Zeilen: „Bricht der Streik aus, so sind alle Direktoren verpflichtet, das entbehrliche Personal sofort in das Streikgebiet zu senden.“

Um nicht Erregung unter den Straßenbahnern über die Abscheidung der Arbeitswilligen herbeizuführen, teilt man den Streikbrechern erst kurz vor der Abreise mit, zu welcher ehrender Mission sie auserwählt seien. Verjagt man aber dennoch, daß die Straßenbahner unruhig werden könnten, so schickt man nur Kontrolleure und Bureaupersonal in das Streikgebiet. Zur gleichen Zeit werden Hingebredler angeworben, die den Auftrag erhalten, die Depots zu schützen. Dazu sind sie ja leicht imstande, da sie alle mit Schießwaffen ausgerüstet sind.

Die auswärtigen Straßenbahner, Kontrolleure, Schreiber usw. haben im Streikgebiet vor allem die Aufgabe, die angeworbenen Arbeitswilligen, die man Aspiranten nennt, in die Führung der Wagen und als Schaffner auszubilden. Daneben lassen auch in anderen Städten die Direktoren Aspiranten ausbilden, um sie dann in den befreiten Betrieben zu senden. Die Hingebredler werden auch auf Lager gehalten, damit sie zur Ausbilde verwendet werden können, falls etwa die Arbeiter des Elektrizitätswerks in den Streik treten.

In Königsberg wird nach diesem Programm des Direktorenringes gearbeitet. Geld spielt gar keine Rolle. Hinter dem Kampf steht ja auch die A. E. G., der es auf einige hunderttausend Mark nicht ankommt, wenn Arbeiter niederknietelt und ihres Koalitionsrechtes beraubt werden. Daß die Verhandlungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, nur Komodie waren, hat man selbst in bürgerlichen Kreisen anerkannt. Die Direktoren kamen mit ganz unannehmbaren Bedingungen, nur damit eine Einigung nicht zustande kommen sollte. Das vom Direktorenring festgelegte Programm sollte eben erprobt werden, und deshalb durfte es zu einer Einigung nicht kommen. Hier sieht man so recht, wie der Großkapitalistenklingel immer frecher sein Haupt erhebt.

Mit den Hingebredlern kann die Direktion übrigens sehr wenig anfangen. Täglich gibt es zahlreiche Zusammenstöße der Straßenbahnwagen mit Fußwerkern. Am Mittwoch wurden zehn Hingebredler verhaftet, weil sie in der Nacht einen Drohbrief an den Arbeiter niederknietelt und in der schwersten Weise mißhandelt hatten. Am Montag fand eine von 6000 Personen besuchte Vollversammlung statt, die zum Ausdruck Stellung nahm und zum Ausdruck brachte, daß die gesamte Arbeiterschaft in diesem schweren Kampfe den Straßenbahnern den weitgehendsten Widerstand leisten werde.

Vom Hamburger Hafen.

Der mit dem Verband der Seiger und Maschinenisten für die Flugdrahtmaschinen abgeschlossene Tarif wird auch mit dem Transportarbeiterverband für die diesem angeschlossenen Arbeiter abgeschlossen werden.

Der Verein Hamburger Reederei hat den Vertretern der Seeleute die in Aussicht gestellten Erläuterungen zu der Erhöhung der Überstundenlöhne usw. nunmehr übermittelt. Im Anschluß daran ist bezüglich des Beschäftigungswesens eine bessere Auswähl der Räder und eine geregelte Kontrolle des Essens zugesichert. Endlich ist eine anderweitige Ordnung der Beschwerdeliste für das Anheuerungsweesen vorgezogen. Die Seeleute werden zu dieser Angelegenheit noch Stellung nehmen.

Es bedürfen jetzt einer Regelung nur noch die Forderungen der Deckleute und Motorführer und der Expeditionsarbeiter.

Die im Anschluß an die große Arbeiterbewegung entstandene Lohnbewegung der Werkschloßarbeiter der Amerika-Firma ist gleichfalls beendet; sie brachte eine Reihe materieller Verbesserungen nicht unwesentlichen Umfanges, mit denen sich die Arbeiter zufrieden erklärten.

Ausland.

Ende des Londoner Schneiderstreiks.

London, 5. Juni 1912. (Eig. Ber.) Der Londoner Schneiderstreik endete gestern nach einer Dauer von über 5 Wochen mit der Niederlage der Arbeiter. Zwar gewährten etwa 50 kleinere Geschäfte die Forderungen der Arbeiter im Laufe des Kampfes, aber die großen Firmen, meist Gesellschaften mit beschränkter Haftung, weigerten sich bis zuletzt, auch nur mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln. Was zur Niederlage führte, war namentlich die Zerspaltung der gewerkschaftlichen Kräfte und die Solidarität der oberen Lohnlaufbahn. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde von der Gewerkschaft der Londoner Schneider und Schneiderinnen, eine Abspaltung des Allgemeinen Schneiderverbandes, begonnen. Viele der Londoner Mitglieder des letzten Verbandes machten den Kampf mit, obwohl ihre Organisation den Streik mißbilligte und während des Kampfes gegen die Londoner Gewerkschaft polemisierte. Aber mehr noch als dieser innere Zwist wird die feindselige Haltung der feinen Welt zum Mißerfolg beigetragen haben. Die Geschäfte erklärten, daß sich ihre Kunden

gern bereit finden, mit der Ausführung von Aufträgen zu warten; einige Kunden gaben ihre Aufträge nur unter der Bedingung, daß die Geschäfte die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen dürften. Ein netter Kommentar zu den Beschwerden, die Arbeiterklasse zu heben und zufrieden zu stellen, die jetzt so teilnahmsvoll von der herrschenden Klasse Großbritanniens diskutiert werden!

Aus der Frauenbewegung.

Wahl einer Frau in den böhmischen Landtag.

In Jungbunzlau hat heute bei der Wahl in den böhmischen Landtag eine Frau, die Schriftstellerin Bozena Kunceticky, die meisten Stimmen erhalten, und nach der Verteilung der heute abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten ist es zweifellos, daß bei der entscheidenden Stichwahl die absolute Stimmenmehrheit auf sie entfallen wird. Zum erstenmal wird damit in Oesterreich bei der Wahl in eine zur Gesetzgebung berufene Körperschaft eine Frau gewählt. Frau Kunceticky dürfte den böhmischen Landtag vorläufig kaum betreten, da Statthalter Fürst Thun die Wahl einer Frau nach der geltenden böhmischen Landesordnung für ungesetzlich hält und das Wahlzertifikat verweigern will. Es wird jedoch, auch ohne daß Frau Kunceticky zur Ausübung des Mandats kommt, einen bleibenden Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen, daß die Mehrheit der männlichen Wähler eines großen städtischen Landtagswahlbezirkes in Böhmen die Vertretung ihrer Interessen einer Frau übergeben will. Die Kandidatur der Schriftstellerin Frau Kunceticky, die eine der Vorkämpferinnen der tschechischen Frauenbewegung ist und seit Jahren für das Wahlrecht der Frauen eintritt, war eine Demonstration zugunsten des Landtagswahlrechts der Frau. Bei den Verhandlungen über die neue Landtagswahlordnung, die im Zusammenhang mit dem nationalen Ausgleich in Böhmen geführt wurden, haben die tschechischen Parteien Anträge auf Erteilung des Stimmrechtes an die Frauen gestellt. Die Kandidatur und Wahl einer Frau in dem nächsten frei gemordenen Bezirke sollte der Forderung nach dem Frauenwahlrecht Nachdruck verleihen. Diese Demonstration für die tätige Teilnahme der Frau an dem wichtigsten politischen Rechte hat mit einem großen Erfolge geschlossen.

Bund zur Bekämpfung der Frauenemancipation.

Unter diesem Namen hat sich ein Verein gebildet, der in einem Aufruf den reaktionären Mätern veröffentlicht, seine Leitlinie festlegt. Sie lassen sich kurz dahin zusammenfassen:

1. Die schematische Gleichstellung von Mann und Frau ist widerwärtig.
2. Das aktive und passive Wahlrecht für Landesvertretungen, sowie für Gemeinden und kirchliche Körperschaften muß dem Mann vorbehalten bleiben.
3. Staatsverwaltung, geistliche und richterliche Ämter müssen, wie bisher, dem Mann belassen werden.
4. Frauen dürfen nur solche Studienzweige eröffnet werden, in denen sie ihre Eigenart zur Geltung bringen können; für diese weiblichen Studierenden sind besondere Akademien zu gründen.
5. Die Auswüchse der Mutterschaftsbewegung sind zu bekämpfen.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, an dessen Spitze ein Professor Dr. Sigismund-Weimar steht, sind in den weitesten Kreisen völlig unbekannt. Dem Aufruf haben sich u. a. angeschlossen Minister a. D. Rothbarth v. Köller und General Reim — zwei maßgebende Reaktionen.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Sechster Kreis. Die Genossinnen der 18. und 19. Abteilung veranstalten am Montag, den 10. Juni, im Restaurant von Schüller, „Schloßpark Niederhohenhausen“, ein Kaffeeloch. Treffpunkt 2 Uhr: Ringenallee Ecke Soldiner Straße. **Spanien.** Am Sonntag, den 9. Juni, findet ein von den organisierten Frauen veranstalteter Familienausflug nach Restaurant „Weinmeisterhorn“, an der Scharfen Bank, statt. Der Ebmarisch nach dort erfolgt nachmittags 2 Uhr vom Restaurant „Alois“, Büchelstraße 39, aus. Für Nachzügler Noterbootverbindungen ab Scharfe Lanke (Baldow), pro Person 10 Pf.

Letzte Nachrichten.

Der französische Senat über die Kriegsbereitschaft.

Paris, 6. Juni. Im Senat wurde heute die Interpellation betreffend die gesetzliche Organisation der nationalen Verteidigung, insbesondere die Frage der Regierungswahl in Frankreich während eines Krieges verhandelt. Die Konstitution von 1875 regelt diesen speziellen Punkt nicht. Kriegsminister Millerand erwiderte auf die Interpellation, es seien eine Reihe von Projekten seit längerer Zeit in Vorbereitung, um diese Frage zu regeln. Die gegenwärtige Regierung werde nichts verabsäumen, um allen künftigen Notwendigkeiten zu begegnen, und werde ihrer Pflicht volle kommen genügen für den Fall, daß unglücklicherweise ein Krieg ausbrechen sollte. Es sei unmöglich, Einzelheiten dieser Projekte anzugeben, aber alles werde dem einen Gedanken untergeordnet werden, Frankreich den Sieg um jeden Preis und mit allen Mitteln sicher zu stellen. Deshalb werde der militärischen Autorität uneingeschränkte Freiheit eingeräumt werden und jede andere werde demgegenüber verschwinden. (Lebhafter Beifall.) Die Diskussion wurde alsdann geschlossen und eine Tagesordnung angenommen, durch die die Erklärungen des Ministers gutgeheißen werden.

Eine lästige Gesellschaft.

Madrid, 6. Juni. (P. C.) Da die aus Portugal ausgewanderten Royalisten infolge ihrer Mittellosigkeit Spanien lästig fallen, so beschäftigte sich heute der Ministerrat mit der Frage, wie sie abzuschieben seien und beschloß sich dieserhalb mit der portugiesischen Regierung in Verbindung zu setzen.

Italienische Kriegsführung.

Bengasi, 6. Juni. (Meldung der Agencia Stefani.) Ein senkbares Luftschiff hat heute das feindliche Lager überflogen und mehrere Bomben hineingeschleudert, die alle im Lager selbst explodierten.

Tödlicher Absturz beim Probeflug.

Hamburg, 6. Juni. (B. L. Z.) Heute Abend stürzte auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel bei einem Probeflug für den übermorgen beginnenden Hamburger Flugwettbewerb der Flieger Gottlieb Rast ab und erlitt tödliche Verletzungen.

Durch Blitzschlag verunglückt.

Königsberg i. Pr., 6. Juni. (B. L. Z.) In dem Neubau des Krüppelheims schlug heute nachmittags der Blitz ein. Durch den Schlag wurde das Gerüst zertrümmert und drei Arbeiter stürzten zwei Stodwerke tief herab. Sie erlitten sämtlich schwere Verletzungen.

Sieg der streikenden „Lena“-Arbeiter.

Die gewaltigen Proteststreiks der russischen Arbeiter aus Anlaß der Megelei in den Lenagoldbergwerken sind nicht ergebnislos verlaufen. Sie haben nicht nur eine neue Epoche in der russischen Arbeiterbewegung eröffnet und die Arbeiterfrage wie einen Keil in das konterrevolutionäre Chaos hineingetrieben, sie haben auch den streikenden Arbeitern in der fernsten sibirischen Taiga zum Siege verholfen. Die Regierung und die herrschenden Parteien suchten allerdings durch den Hinweis auf die bevorstehende Senatorenrevision die unpopuläre Angelegenheit aus der Welt zu schaffen und das ramponierte Ansehen der Goldregierung vor der öffentlichen Meinung der Kulturwelt zu rehabilitieren. Aber die andauernden Proteststreiks im Reich, die fortgesetzte Arbeitsverweigerung der „Lena“-Arbeiter, die Nachrichten, die immerfort aus dem Streikgebiet einfließen und die ganze Atmosphäre der verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber der Arbeiterbewegung stehen die Angelegenheit nicht, wie die Regierungsleute und die Börsenwölfe es gewünscht hatten, auf den toten Strang schieben. Zwar versuchten die beamteten Kreaturen der Lenagoldgesellschaft, den lähmen Widerstand der streikenden Arbeiter durch Verschaltungen, Ermittlungen, Klaturteile und sonstige terroristische Maßnahmen zu brechen; zwar setzten die hohen Söhne dieser Ausbeutergesellschaft alle Hebel in Bewegung, um die Niederlage der Arbeiter schon in Petersburg vorzubereiten, — es gelang ihnen doch nicht, den Sieg der Streikenden aufzuhalten. Noch war das zum Revisor ernannte Reichsratsmitglied Manuchin nicht nach dem Streikgebiet abgereist, als die Direktion der Lenagoldgesellschaft, nach längeren Unterhandlungen mit dem Handelsminister Timaschow und den Vertretern des Bergdepartements fast sämtliche Forderungen der streikenden Arbeiter annahm. Die „Lena“-Arbeiter hatten durch den Bezirksbergingenieur Zulkhinski, der die Unterhandlungen mit ihnen führte, folgende Ultimatiforderungen gestellt: Erhöhung des Arbeitslohnes, Achtstundentag für die schwersten Arbeiten, Wieder-einstellung sämtlicher streikenden Arbeiter und anderes. Ferner verlangten sie das Versprechen, daß kein Arbeiter bis zur Beendigung der Senatorenrevision verhaftet werden würde. Die Direktion der Lenagoldgesellschaft akzeptierte die sämtlichen Forderungen mit Ausnahme der ersten betreffend die Lohnerrhöhung. Aber nach einem sanften Druck des Ministeriums, welches die Ablehnung dieser Forderung als nicht zutreffend betrachtete, erklärte sich die Direktion endlich bereit, die Löhne zu erhöhen, allerdings mit der Einschränkung, daß die Gesamterhöhung nicht mehr als 300 000 Rubel im Jahre betragen dürfe. Werden diese Beschlässe in Wirklichkeit umgesetzt und nicht durch irgendwelche Streiche der Kapitalisten durchkreuzt, so können die streikenden Arbeiter mit Genehmigung einen Erfolg ihres Kampfes verzeichnen. Das wird sie allerdings nicht davon abhalten, mit Unterstützung der Rechtsanwälte, die aus Petersburg, Moskau und Irkutsk nach dem Streikgebiet gereist sind, die Vorgänge, die zu der blutigen Megelei geführt haben, aufzudecken und ihre Forderungen für den Kontraktbruch der Direktion geltend zu machen.

Daß die volle Mäßigkeit über diese Vorgänge jetzt ans Licht kommen könnte, ist kaum anzunehmen. Zu stark ist die Interessengemeinschaft der Regierungsleute und der Großaktionäre der Goldgesellschaft, als daß alle dunklen Vorgänge, die zu der Nieder-mehrung von 500 Arbeitern geführt haben, aufgedeckt werden könnten. Indessen genügt auch schon, was bisher in der Presse bekannt geworden ist, um sich ein annäherndes Bild von dem wahnsinnigen verbrecherischen Spiel zu machen, das die Börsenwölfe im Einverständnis mit den Regierungsleuten mit der Gesundheit und dem Leben Tausender von Arbeitern getrieben haben. Einen wertvollen Beitrag hierzu liefert Bajan in der „Ruskoje Slowo“, welche als größtes bürgerliches Blatt Moskau von den Verleumdungen der Lenainteressenten sehr gut unterrichtet ist: „In der Lenaaffäre — schreibt er — ist der Grund in den Bankkreisen begraben. Wenn Senator Manuchin

sich für diese Kreise interessiert und die wichtigsten Jahresabschlüsse mit den Lenaktien prüft, so wird er sehen, daß das Steigen und das Fallen der Preise den Stürmen und den Strömungen in den Bankkreisen wie in der sibirischen Taiga entsprechen haben. ... Wendet man sich zu den Zahlen der letzten Jahresabrechnung, so sieht man, daß die Summe der ausgeteilten Dividende sich auf 4 238 000 Rubel belief und die Gesamtsumme der Arbeitslöhne, die 3 360 000 Rubel betragen, um ein Bedeutendes übersteigen, was in keiner Bilanz eines anderen Unternehmens zu finden ist. Bei einem solchen Verhältnis der genannten Zahlen ist es begreiflich, weshalb die Direktion sich gegen jede Lohnerrhöhung der Arbeiter gestäubt hat: jeder Rubel, der den Arbeitern gewährt wird, bedeutet einen Verlust für die Dividende und muß „auf den Preis der Aktien drücken“. Da an dieser Dividende nicht nur die russischen und die englischen Großaktionäre, sondern auch die höchsten Regierungsbeamten interessiert waren (derselbe Autor erzählt, daß die Beamten des Bergdepartements in Petersburg schon im Februar die Lenaktien veräußerten und ihre Bekannten vor neuen Ankäufen warnten), so war es absolut kein Wunder, daß die geringen Forderungen der bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiter erst nach den gewaltigsten Anstrengungen und mit den größten Opfern erkämpft werden mußten.

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, 5. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Frage des Uebertritts zum Deutschen Metallarbeiterverband währte auch heute noch den ganzen Tag und es kamen circa 50 Redner zum Wort. Aber nicht ein einziger sprach sich grundsätzlich als Gegner der Verschmelzung aus, sondern die Ansicht fast aller Redner ging dahin, daß die Frage reif zur Entscheidung sei. Die Streikfrage war nur, ob die Verschmelzung durch ein Votum der Generalversammlung oder durch eine Urabstimmung entschieden werden sollte. Die Vertreter beider Ansichten unter den 41 Delegierten hielten sich so ziemlich die Waage, deshalb brachte der erweiterte Vorstand folgende Resolution ein, die vom zweiten Vorsitzenden Kamps begründet wurde:

Die Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmieberei beschäftigten Personen empfiehlt den Mitgliedern, den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband unter den von diesem gewährten Bedingungen in einer Urabstimmung zu beschließen. Derselbe findet für alle Mitglieder gemeinsam am 13., 14. und 15. Juli statt, die Tagesstunden werden von den Verwaltungsstellen festgesetzt. Beschließen die Mitglieder in der Urabstimmung mit Stimmenmehrheit den Uebertritt, so hat derselbe am 1. Oktober 1912 zu erfolgen, die nähere Regelung des Uebertritts geschieht durch den Vorstand. Bei Mitgliedern, die nicht spätestens bis 31. Dezember 1912 übergetreten sind, kommen die Uebertrittsbedingungen nicht mehr in Frage. Wird die Verschmelzung von den Mitgliedern abgelehnt, so hat der Vorstand die Delegierten der 13. Generalversammlung erneut zu einer Generalversammlung zusammenzuberufen.

Kamps führte zur Begründung dieser Resolution aus, daß man, da die gestrige Diskussion ergeben, daß wohl die Hälfte der Delegierten außerordentlichen Wert auf die Urabstimmung lege, durch die Anwendung dieses weitgehendsten demokratischen Mittels die größtmögliche Einheitlichkeit unter den Mitgliedern herbeiführen wolle. Man gebe sich dann aber auch der Hoffnung hin, daß unter den Mitgliedern der demokratische Gedanke soweit Eingang gefunden hat, daß sie geschlossen das Votum der Urabstimmung anerkennen.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen neben 39 Delegierten auch die Vertreter des Metallarbeiterverbandes und der Vertreter der Generalkommission zu der Sache.

Schlichte vom Metallarbeiterverband führte zunächst aus, daß der Metallarbeiterverband allen Beamten, die übertreten, das weiteste Entgegenkommen zeigen werde. Alle Beamten würden untergebracht. Allerdings könne keine Garantie gegeben werden, die und die Beamten auf den voraus bestimmten Posten zu stellen. Das müsse sich nach den Eigenschaften und Fähigkeiten der betreffenden Beamten und nach den Erfordernissen der Agitation und Organisation richten. Es sei getadelt worden, daß die Zugewandten in bezug auf die Berufskonferenzen zu gering sind. Wir

schematisieren hier nicht. Wir hatten viele Berufskonferenzen ab, aber nicht schematisch, sondern nur, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt. Es ist die Frage gestellt worden, ob der Metallarbeiterverband die Garantie geben kann, daß die Schmiede innerhalb derselben nicht in dieselbe finanzielle Bedrängnis geraten, wie jetzt in ihrer Einzelorganisation. Nun, eine Garantie liegt schon darin, daß dann die Schmiede ein Teil der großen, allgemeinen Kampforganisation sind, mit der dann die Unternehmer des Schmiedewerkes in ganz anderer Weise rechnen müssen, als sie es jetzt mit dem Schmiedewerk tun. Außerdem ist der Metallarbeiterverband ein Industrieverband und es kommt kaum jemals die Situation, daß alle Gruppen des Verbandes zu gleicher Zeit im Feuer des Kampfes stehen. Daselbst ist auch in bezug auf die Krisen zu sagen; immer bleiben noch Gruppen frei, die dann für die anderen eintreten können. Die Befürchtung, daß auch der Metallarbeiterverband bald wieder seine Beiträge erhöhen muß, ist ebenfalls unbegründet. Wir haben den Verband jetzt so fundiert, daß er voraussichtlich mit seinen Mitteln auskommen kann. Ebenfalls ist die Ansicht nicht zutreffend, daß in der großen Organisation die Verhältnisse in den kleinen Betrieben nicht mehr so berücksichtigt würden. Das hängt einzig von dem Eifer und Ernst ab, mit dem die Schmiede sich betätigen innerhalb der großen Organisation. Der große Verband leuchtet genau so gut in die kleinen Betriebe hinein, als die Schmiedeorganisation das bis jetzt getan hat. Die Lokalkassenfonds, die die Schmiede als Beitragsmittel mitbringen, sollen ihnen sicher gestellt werden. Nicht möglich aber ist es, durch besondere Lokalkassenbeiträge den Schmieden besondere Unternehmenseinrichtungen zu ermöglichen. Aber so gut wie die Former und Gießereiarbeiter sich eingefügt haben in den Rahmen der gemeinsamen Organisation, so gut werden das auch die Schmiede verstehen. Der Redner zeichnete zum Schluß unter vielseitiger Zustimmung, wie die Entwicklung im Schmiedewerke zum Großbetrieb geht. Da müssen die Schmiede ihre Organisationsform so einrichten, daß sie ihre Frontstellung den Großbetrieben gegenüber nehmen können. Mit den Kleinen werden wir dann von selber fertig.

Die endgültige Entscheidung über die ganze Frage wurde auf Freitag vertagt. Am Donnerstag fallen die Verhandlungen aus.

Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München, 5. Juni.

Die Debatte über den Geschäftsbericht ist auch heute noch eine sehr lebhaft, doch wurde ein Antrag auf beschränkte Redezeit angenommen. Unter Zustimmung des Verbandstages wandte sich Pehold-Bürnberg scharf gegen die Uneinigkeit der Vorstandsmitglieder. Es müsse den Kollegen an der Spitze des Verbandes einmal deutlich gesagt werden, daß sie kein Recht haben, das Ansehen der Organisation durch ihr Verhalten herabzusetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Durch einen Schlußantrag wurde, nachdem noch mehrere Redner gesprochen, die aber neue Gesichtspunkte nicht mehr aufwiesen, die Debatte schließlich geschlossen.

Das unbesoldete Vorstandsmitglied Becker-Vorlin stellte fest, daß die Zwistigkeiten innerhalb des Vorstandes sich nicht darauf erweitert haben, wie es den Anschein habe. Betriebsfremde Personen habe der Verbandsvorstand schon seit Jahren angestellt. Gewiß seien im Verbands viele befähigte Kollegen — wenn sie sich nur um die Beamtenstellen melden würden. Das Material, das den Vorstand gezwungen habe, den Vorschlag zu machen, an Stelle von Hoch einen anderen Vorsitzenden zu wählen, werde der Vorstand dem Verbandstag noch vorlegen.

Genosse Kube-Vorlin wies die Angriffe auf die Generalkommission mit Nachdruck zurück. In der Frage der Grenzstreitigkeiten könne kaum etwas Neues mehr gesagt werden. Auf den früheren Verbandstagen der Gemeindearbeiter habe die Vertreter der Generalkommission deren Standpunkt ausführlich dargelegt. Daran habe sich bisher nichts geändert, was eine andere Stellungnahme bedingen würde. Kops und Dittmer haben ja in ihren Geschäftsberichten erklärt, daß mit den übrigen Gewerkschaften leiblich ausgekommen wurde. Es sei daher etwas unverständlich, daß diese Frage hier so scharf behandelt wurde. Bei Grenzstreitigkeiten müssen sich die Beteiligten Rücksichten auferlegen, dann wird es meist zu einer Verständigung kommen. Die Organisation müsse versuchen, den richtigen Weg zu finden, den man gehen kann. Der Redner weist den Vorwurf, daß die Generalkommission nicht das richtige Verständnis für die Verhältnisse und Bedürfnisse des Gemeindearbeiterverbandes habe, zurück. Man muß eben die Sache

Dieser reale, d. h. wirtschaftliche Standpunkt fand denn auch so viel Anklang, daß die von der Kommission für Wildschuß vorgeschlagenen Richtlinien angenommen wurden.

Die ersten Stunden im Gefängnis. Der frühere Gefängnisinspektor J. Schwel hat ein Buch „Hinter Schloß und Riegel“ (im Deutschen Verlagshaus Vita) erscheinen lassen, in dem er Erfahrungen und Beobachtungen aus dem Leben der Enterteten und Ausgesessenen aus dem Gefängnis mitteilt. Eines der bezeichnendsten und ergreifendsten Kapitel, das uns so recht den flüchtenden Abgrund zwischen dem Leben in Freiheit und im Gefängnis vor Augen führt, handelt von den ersten Stunden, in denen sich der Gefangene abfinden muß mit der neuen Umgebung. Zwar treten die meisten Bestraften, die sich bereits während der gerichtlichen Untersuchung mit dem Gedanken einer Freiheitsstrafe vertraut gemacht haben, mit einem gewissen Gleichmut in das Gefängnis ein. Doch gibt es auch viele Personen, „denen dieser Gang vielleicht schwerer fällt, als manchem Raubmörder der Weg zum Schafott.“

Erfährt der noch nicht das Benehmen der meisten Untersuchungsgefangenen, die ja vielfach unverhofft durch eine Festnahme aus ihren Verhältnissen herausgerissen werden. Während der Verhaftung, Vorführung, Vernehmung, Aufnahme in das Gefängnis haben sie wenig Zeit gehabt, über ihre traurige Lage nachzudenken; nun in der einsamen, engen Zelle erwachen sie aus ihrer Betäubung ihre Lage kommt ihnen mit allen Schrecken voll zum Bewußtsein und die Verzweiflung bricht mit aller Macht los. „Es ist vielfach etwas Furchtbares, die Unglücklichen jetzt (durch das kleine Beobachtungsfenster in der Tür) zu beobachten. Manche gebärden sich wie wilde Tiere. Wenn dieser Zustand hier und da falsch verstanden wird und zu Maßregelungen Veranlassung gibt, so ist das nur zu bedauern!“

Manche sitzen stundenlang wie versteinert da und starren in das Leere. Andere weinen und klagen sich heftig an. In den meisten Fällen wird aber die Unschuld beteuert. Andere denken wiederum in ihrer Verzweiflung nur an ihre Angehörigen, denen sie so viel Kummer, Schmerz und Sorgen bereitet haben. In der ersten Nacht, die für die Untersuchungsgefangenen die gräßlichsten Stunden bringt, wird wohl auch bei diesen Gefangenen Verzweiflung sich einstellen. Wärrer schreien wie wahnsinnig nach ihren Kindern.“ In der ersten Verzweiflung werden sogar Selbstmordversuche unternommen; daher müssen die Beamten zu Anfang besonders auf die Gefangenen achten. Bei solchen mit sich selbst und der Welt zerfallenen Menschen aber wirkt ein teilnehmendes Wort, mitunter aber auch nur ein stummer Händedruck Wunder, und neben der Anteilnahme des Inspektors und der Wärter erweist sich auch das Wort als ein wirksamer Tröster. Das Lesen ist vielen eine wahre Wohltat, auch in den Nachstunden, denen viele Untersuchungsgefangene mit besonderem Grame entgegensehen.

Das elektrische Begräbnis. An der Wende des Jahrhunderts wurde die Prophezeiung ausgesprochen, daß erst das 20. Jahrhundert das der Elektrizität sein und alles Vorangegangene sich nur als Anfang dazu erweisen werde. In der Tat erobert die Elektrizität ein Gebiet nach dem anderen, und man kann wohl sagen, daß das erste

Jahrzehnt jener Voraussage Genüge getan hat. Das neueste ist, daß man sich jetzt auch schon elektrisch begraben lassen kann, das heißt natürlich: verbrennen. Bisher wird in den Krematorien zum Einäschern der Leichen nur Gas oder stark erhitzte Luft benutzt, aber es ist gezeigt worden, daß auch hier die Einführung der Elektrizität erhebliche Verbesserungen mit sich bringen kann. Die Stellungnahme zu dieser Bestattungsart ist für jedermann verständlich, aber außer anderen Bedenken wird noch die Frage mitgesprochen, wie die Verbrennung vor sich geht. Da bietet nun die Elektrizität wie gewöhnlich den Vorteil einer unübertroffenen Reinlichkeit der Arbeit, und das dürfte gerade dabei besonders ins Gewicht fallen. Es entwickelt sich bei der elektrischen Verbrennung kein Rauch, und was an Resten überbleibt, hat wegen seiner Sauberkeit nichts Abstoßendes. Aber auch für die Verwaltung eines Krematoriums verdient die Elektrizität den Vorzug, weil die Temperatur sicherer geregelt und vor allem weil der Ofen jeden Augenblick in Bereitschaft gesetzt werden kann. Die Temperatur muß 1500—1800 Grad erreichen, und es ist sehr wichtig, daß sie auch nicht darüber steigt, da sonst ein unbedeutendes Ergebnis erzielt wird. Der „Elektrotechnische Anzeiger“ beschreibt einen elektrischen Verbrennungsofen von Siddings, bei dem die Luft durch elektrische Widerstände gerade bis auf den verlangten Grad erhitzt wird. Nach einer anderen Konstruktion werden statt der Widerstände offene elektrische Bogen benutzt, die sogar noch sicherer wirksam sein sollen.

Notizen.

— Ein Kolleg über die Stadt Berlin kündigt in dem neuen Vorlesungsberichte der Berliner Universität der Professor Hoepfl an. Er wolle darin Berlin in seinen volkswirtschaftlichen Beziehungen behandeln.

— Eine elektrotechnische Ausstellung für Haus, Gewerbe und Landwirtschaft wurde in Leipzig eröffnet.

— Festschule Jellerau. Das sächsische Ministerium des Innern hat der Bildungsanstalt Jacques-Dalozze in Dresden-Jellerau für ihre Schulfeste eine einmalige Beihilfe von 1000 M. gewährt.

— Ruhe im Grabe. Der von Prof. Froley aufgefundenen Schillerschädel wird der profane Reugier nicht länger ein Schauspiel bieten und hoffentlich auch nicht weiter zu Debatten Anlaß geben, ob er der allein echte ist. Er wird in dem Kaiser-gewölbe, das auf dem Weimarer Jakobfriedhof in aller Form wiederhergestellt werden soll, beigelegt werden.

— Ein Befähigungsnachweis der Frau. In Göttingen stellte sich bei der Preisverteilung, die die in Vorjahre gestellten Preisaufgaben der Universität heraus, daß nur einer einzigen Arbeit ein Preis zuerkannt werden konnte, nämlich der philosophischen Preisaufgabe: über die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Positivismus. Als Verfasser wurde bei Offnung des Kuverts eine Studentin festgestellt.

Kleines feuilleton

Die Ausrottung der kolonialen Tierwelt. In seiner Kolonialpolitik und -Wirtschaft läßt der moderne Kapitalismus in die Methoden seiner Anfänge zurück. Die Gewalttätigkeiten und Greuel, die endlose Zerstörung von Naturgütern, die roheste Ausplünderung von Holz und Land werden da wieder lebendig — wie in den Zeiten der ersten Raubzüge barbarischer Konquistadoren. Wir haben in Südostafrika die Vernichtung der Hereros mit ansehen müssen. Immer wieder bringen Berichte über die menschenmörderischen Praktiken des Hautschulhandels in die Öffentlichkeit. Und häufiger werden neuerdings auch die Klagen über die mutwillige Ausrottung der Tierwelt, die gemeinsten Gewinninteressen und karnibalistischen Schicksalgeisten geopfert wird.

Auf der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft, die in Hamburg tagt, ist auch der Wildschuß in unseren Kolonien behandelt worden. Dabei sind dann ganz unerträgliche Zustände ans Licht gekommen. Die Wildschußkommission, die ihren Bericht erstattete, hat es für dringend notwendig erachtet, daß ein wirksamer Wildschuß in unseren Kolonien Platz greife, um zu verhindern, daß weiter dort auf das Wild losgeschossen und der Wildstand vernichtet werde. Aus den Streifen der Anfleher wird aber ein heftiger Widerstand gegen stärkere Wildschußbestimmungen geltend gemacht. Reichstagsabgeordneter Paasche trat lebhaft für den Wildschuß ein, da es höchste Zeit sei, eine wirksame Wildschußpolitik zu treiben und zu verhindern, daß der Wildstand vernichtet werde. Es handle sich um ein Kapital für unsere Kolonien, das man sichern müsse; denn gerade in den tropischen Gebieten unserer Kolonien seien die Wildarten so zahlreich wie nirgends anderswo. Aber es ginge nicht an, daß jeder Weiße in den Kolonien das Wild als herrenloses Gut betrachte und ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und andere Gründe niederstoßen könne. Am Klimawald seien in den letzten Jahren etwa 30 000 Kaschurner niedergemetzelt worden. Tiere, die niemand etwas zuliebe tun. Der Nutzen aus diesen Tieren sei ein ganz minimaler.

Wichtig waren besonders die Ausführungen des bekannten Naturbilders Prof. Schilling. Er hat wegen seines Eintretens für die koloniale Tierwelt zahllose gewöhnliche und einflussreiche Schmähdbriefe erhalten. Wir könnten, meint er, von den Angehörigen, die uns in mancher Beziehung in der Kultur voraus sind, manches lernen. England hat den Paradiesvogel vollständig geschöpft. Deutschland dagegen bilanciert den Etat von Neuquinea mit den Steuererträgen aus der Paradiesvogeljagd! Wir ist sogar gemeldet worden, daß unsere Beamten, und selbst Missionare diese Jagd betreiben. Ich bitte, daß die Missionen das einstellen, denn es kann doch nicht in ihrem Sinne liegen, Naturwunder vernichtet zu sehen. Auch die letzten Gottesdienste für die Erhaltung der Natur eintreten. Nicht die Jäger, sondern die Händler rotten das Wild aus und die Regierung hat die Pflicht, die Händler zu überwachen. Damit treiben wir keine Schwärmererei, sondern vertreten einen sehr realen Standpunkt.

vom Standpunkt der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung ansehen, dann komme man zu einem anderen Urteil. Das Tun und Lassen der Generalkommission werde durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse bestimmt. Es sei unmöglich, den Gemeindeführern gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Die Grundlage der Gewerkschaften ist die Berufs- und in weiterem Verlauf die Industrieorganisation. An deren Stelle wollen nun die Gemeindeführer die Betriebsorganisation setzen. Was sein, das für die Gemeindeführer eine Betriebsorganisation vielleicht besser wäre; so lange aber die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu Recht bestehen, müssen sie respektiert werden. Hedmann habe ganz richtig gesagt, man dürfe die Förderung der Betriebsorganisation nicht für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung aufstellen. Wenn sich der Verbandstag auf diesen Standpunkt stelle, werde die Sache einfacher. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse müssen natürlich hochgehalten werden, doch wäre der Weg der Verständigung beschritten. Die Frage müsse in Zukunft viel kühler betrachtet und behandelt werden. Das Rekrutierungsgebiet für den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sei immer noch sehr groß und man brauche nicht auf andere Verufe zurückzugehen.

In seinem Schlusswort ging der Verbandsvorsitzende Mohs auf die gegen ihn gerichteten Angriffe ausführlich ein. In der Grenzstreitigkeitsfrage sei den Vorständen der übrigen Gewerkschaften der Standpunkt der Gemeindeführer genau bekannt; der Vorstand könne in den Vorstandskonferenzen nicht anders auftreten. Das beste sei, auf gutlichem Wege sich mit den anderen Gewerkschaften zu verständigen. Daß die Straßenbahner den Transportarbeitern überlassen wurden, damit müsse man sich abfinden. Dagegen lasse sich der Gemeindearbeiterverband die Depot- und Streckenarbeiter nicht nehmen. Gegenüber den übrigen Angriffen betonte Mohs, er sei immer mit Arbeiten stark überhäuft gewesen und habe viele Vertretungen — im Jahre 1910 12 Wochen lang — übernehmen müssen. Die Arbeiten im Verbandsbureau werden durch den starken Wechsel der Hilfskräfte beeinträchtigt; es müssen fortwährend neue Hilfskräfte ausgebildet werden. Die Anstellung eines Sekretärs sei dringend nötig. Mohs meint, die Arbeit sei ihm durch das Verhalten der übrigen Vorstandsmitglieder sehr erschwert worden; man habe ihm das Leben sauer gemacht. Die Verhältnisse im Verbandsbureau müssen anders werden, ob nun der Vorsitzende Wutzky oder Mohs heiße! (Starker Beifall.)

Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Bei Anstellung von Beamten sind in erster Linie Mitglieder unserer Organisation zu berücksichtigen. Erst wenn sich keine geeigneten Mitglieder unserer Organisation um die Stellen bewerben, kann der Vorstand Bewerber aus anderen Organisationen berücksichtigen.
2. Die alljährlichen Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes sind so zeitig herauszugeben, daß sie spätestens am 30. Juni des darauffolgenden Jahres in Händen der Filialleitungen sich befinden.
3. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, jedes Jahr einen Kollegen zum Besuch der Parteischule zu delegieren. Die Kosten trägt die Hauptkasse.
4. Der Verbandstag wolle beschließen, die zwischen dem 5. und 6. Verbandstage innerhalb der Filialen verloren gegangenen Beitragsmarken auf das Konto der Hauptkasse zu übernehmen.
5. Die Organisierung sämtlicher Arbeiter der militärischen Betriebe ohne Unterschied des etwaigen Berufes erfolgt zweckmäßigerweise durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Es liegt das nicht nur im Interesse der Militärarbeiter selbst, sondern es wird damit auch der bisherigen endlosen Zersplitterung und Vergeudung an Zeit und Geld ein Ende gesetzt. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, diesbezüglich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten.

Zustimmung findet auch ein vom Vorstand vorgelegtes Sachreglement.

Mit 48 gegen 34 Stimmen wurde beschlossen, den Sitz des Ausschusses von Hamburg nach Süddeutschland zu verlegen. — Dem Vorstand wurde eine Reihe von Anträgen, die Ausgestaltung des Verbandsorgans betreffend, zur Berücksichtigung überreicht.

Hierauf referierte Maroké-Frankfurt in kurzen Zügen über die Frage der

Organisierung des etatsmäßigen Personals.

Der Verbandstag stimmte folgender, von einer Kommission ausgearbeiteten Resolution einmütig zu. Sie lautet:

„Das Bestreben der Stadtverwaltungen geht in immer stärkerem Maße dahin, einen Teil der Arbeiter zu Beamten zu machen oder in beamtenähnliche Stellungen zu bringen, um sie dadurch von den organisierten Arbeitern zu trennen und ihren besonderen Zwecken dienstbar zu machen.“

Der Verbandstag ist sich dessen bewußt, daß die Interessen aller dieser Angestellten am besten durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wahrgenommen werden, da ihre Dienstverhältnisse in enger Verbindung mit denen der Arbeiter stehen und die durch die Organisation erreichten Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse auch auf die übrigen einwirken.“

Der Verbandstag betont ausdrücklich die Zuständigkeit unserer Organisation für diese Kategorien und fordert daher alle sich in solchen Stellungen befindlichen Kollegen auf, ihre Interessen durch die Mitgliedschaft beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wahrzunehmen.“

Donnerstag findet keine Sitzung statt.

Stadtverordneten-Verammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Juni 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Gassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Abteilungen haben vier Ausschüsse gewählt. In dem Ausschuss für die Vorbereitung des Ortstatuts über die Anstellung und die Befugnisse von Direktoren in der Verwaltung der Stadt Berlin ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtv. Grünwald, Weimann, Dr. Weyl und Wolderst, in demjenigen für die Vorlage wegen provisorischen Anschlusses des westlichen Tempelhofer Feldes an die Berliner Kanalisation durch Drescher, Kerfin, Koblenger, Mars und Pfannkuch vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht der Vorsteher-Stellvertreter Gassel den Dank der nach Wien entsandten Mitglieder der Verammlung für den überaus glänzenden, lebenswichtigen, freundschaftlichen und herzlichen Empfang, den die Besucher dort gefunden haben, aus. Man habe volle Veranlassung gehabt, die Schönheit der Stadt Wien zu bewundern und das Vorhandensein vorbildlicher städtischer Einrichtungen zu konstatieren; insbesondere habe man den

schönen Wald- und Wiesengürtel bewundert, der Wien umgibt, und der nicht bloß Eigentum der Stadt sei, sondern auch in ihrem Weichbilde liege und der Verwaltung und der Bevölkerung zur vollen freien Verfügung stehe. Unter dem Beifall der Verammlung schlägt der Vorsteher die Abstimmung eines Danktelegramms an den Wiener Gemeinderat vor.

Hierauf begrüßt der Vorsteher-Stellvertreter die auf der Tribüne des Sitzungssaales erschienenen

Vertreter der Schwedischen Städte Stockholm, Östergö und Malmö

im Namen der Verammlung und heißt sie unter lebhaftem Beifall willkommen. Die Verammlung hat sich zu Ehren der Gäste von den Plätzen erhoben.

Die Wahl des Beigeordneten Berndt-Mainz zum

besetzten Berliner Stadtrat

ist vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

Mit der Gemeinde Treptow hat der Magistrat einen Vertrag vereinbart, der die

Leistung von Anliegerbeiträgen

in Höhe von 259 702 M. zu den Kosten der Pflasterung usw. von Teilen der Parkstraße, Treptower Chaussee und Bauckstraße und die gegenseitige Verpflichtung zur Aufnahme von Schülern in die beiderseitigen höheren Lehranstalten ohne erhöhte Sätze stipuliert. Stadtv. Julius (A. L.) bemängelt, daß Berlin auf Kosten der Steuerzahler den besser situierten Treptowern mit dem Verzicht auf die Erhöhung der Schulgelder ein Geschenk von 5000 M. und mehr machen soll, und beantragt, diesen Teil der Vorlage abzulehnen.

Von dem Stadtrat Ramlau sowie von den Stadtv. Sachs (A. L.) und Rosenow (A. L.) wird diesem Antrage lebhaft widersprochen; es zeigt sich, daß Herr Julius mit dieser „Reinigungsstrammeri“ in der Verammlung allein steht.

Die Vorlage wird angenommen.

Für die städtische Desinfektionsanstalt I

wird für 1912 über den Etat hinaus eine Mehrbewilligung von 23 744 M. gefordert.

Stadtv. Koblenger (Soz.): Wir werden selbstverständlich für die Bewilligung dieses Nachtrages stimmen, denn die Desinfektionsanstalt muß möglichst gut ausgebaut werden. Wir freuen uns insbesondere, daß die Desinfektoren den Straßeneinigern in bezug auf Lohn gleichgestellt werden, und damit einem großen Mißstand endlich Abhilfe werden soll. Zu tabeln ist, daß die Verwaltung bei den

Desinfektionen der Schulen

öfter zu sparsam vorgeht; gegen die Verlegung der betr. Arbeiten auf den Sonntag haben wir auch Bedenken. Der Magistrat sollte erwägen, ob nicht auch dieser Zweig der Verwaltung einer Deputation angegliedert werden kann; zurzeit untersteht er einfach einem Dezernenten.

Die Summe wird bewilligt.

Der Neubau des Stadthauses, für den 6 973 800 M. bewilligt waren, hat 390 790 M. Mehrkosten verursacht. Die Neubauten der Gemeindedoppelschulen an der Gahler- und an der Scherendbergstraße haben gegenüber dem Anschlag von 988 300 M. und 789 000 M. Mehrkosten von 80 000 bzw. 4000 M. ergeben. Bei der Einrichtung des städtischen Kohlenplatzes am Stralauer Platz zu einem städtischen Kohlenplatz ist eine Uebererschreitung der Anschlagssumme von 295 000 M. um 57 550 M. zu erwarten. Für diese Anschlagüberschreitungen sucht der Magistrat die Zustimmung der Verammlung nach, indem er gleichzeitig mitteilt, daß bei 12 anderen städtischen Bauten sich Mindertkosten im Gesamtbetrage von 654 527 M. ergeben haben.

Auf Vorschlag des Stadtv. Gremer (A. L.), dem Stadtv. Volkshmidt (A. L.) beiträgt, wird die Vorlage einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Für im Oktober d. J. abzuhaltende Seefischkurse

soll ein Beitrag von 800 M. bewilligt werden. Die Kurse werden auf Anregung des Deutschen Seefischereivereins veranstaltet und sollen in 6 Schulklassen, je zwei hintereinander, für Mütter der Gemeindeforschüler abgehalten werden. Die Fische für die Kurse stellt der Verein unentgeltlich zur Verfügung.

Nachdem Stadtschulrat Fischer noch hervorgehoben hat, daß in Aussicht genommen ist, die sämtlichen Mädchen der ersten Klassen der betreffenden Schulen an den Kursen teilnehmen zu lassen, wird der Betrag bewilligt.

Zur Gewährung eines Ehrenpreises für die Auscheidungswettkämpfe der deutschen Schwimmer zu den Olympischen Spielen in Stockholm beantragt der Magistrat die Gewährung von 1000 M. Der Deutsche Schwimmverband hat diese Wettkämpfe am 2. Juni cr. im Seebad Mariendorf abgehalten. Die Vorlage lautet: Wiederholt ist geabelt worden, daß Vorlagen des Magistrats sehr spät an die Verammlung gebracht werden. Die heutige Vorlage kommt sogar zu spät. Es sollen hier Mittel bewilligt werden für einen Preis, der bereits erfüllt worden ist; das Wettswimmen hat schon am 2. Juni stattgefunden. Wir wünschen denn doch Aufklärung darüber, wie es möglich ist, daß eine derartige Vorlage erst an uns kommt, wo das Geld schon ausgegeben sein soll. Es liegt hier eine gewisse Nichtachtung der Verammlung gegenüber vor, wogegen wir Protest erheben müssen.

Stadtrat Ramlau: Das Geld ist bewilligt, vorbehaltlich der Zustimmung der Verammlung. Weshalb die Vorlage so spät kommt, kann ich nicht sagen. Die Sache presst, weil die Spiele schon im Juni stattfinden. Eine Mißachtung der Verammlung hat dem Magistrat fernzulegen.

Stadtv. Rosenfeld (Soz.): Diese Erklärung kann ich nicht als ausreichend ansehen. Mindestens hätte der jetzt erwähnte Vorbehalt in der Vorlage zum Ausdruck gebracht werden müssen. Ich beharre dabei, daß hier unsere Rechte verletzt worden sind.

Die Bewilligung wird aus gesprochen.

Das städtische Grundstück Seestraße 19 (jetzt 49), 2162 Quadratmeter, soll für 182 421 M., d. h. für 70,50 pro Quadratmeter an den Moonschen Blindenverein zur

Errichtung eines Blindenheims

mit Verammlungs-, Les- und Musiksaal verkauft werden. Stadtv. Pfannkuch (Soz.): Gegen die Veräußerung haben wir ebenso wenig wie gegen den Verkaufspreis etwas einzumenden. Der Magistrat hat bei diesem Vertrage alle die Vorkehrungsmassregeln getroffen, die wir sonst manchmal bei ihm vermiffen. So ist auch der Rückfall des Grundstücks an die Stadt zu demselben Preise vorgesehen, wenn es seinem Zwecke nicht mehr dienen sollte. Es fehlt aber eine Bestimmung darüber, daß dieser Vorbehalt auch grundbuchlich gesichert wird.

Stadtrat Rast: Es ist das hier vielleicht nur übersehen worden. Meines Wissens wird immer so verfahren, wie der Vorredner anreut.

Die Verammlung nimmt die Vorlage an.

Die Vorlage betreffend:

1. Die Absperrung eines Wohnungsgebietes für das Stadtgebiet

zu beiden Seiten der Müllerstraße

a) zwischen der Otavistraße und der Gemarkungsgrenze gegen die königliche Forst Tegel (Blod III und IV),

b) zwischen der Londoner Straße (nordöstlich der Müllerstraße) und der Gemarkungsgrenze gegen Reinickendorf (Blod II);

2. den Abschluß von Verträgen mit der Terrainaktiengesellschaft Müllerstraße und der Bodenaktiengesellschaft Berlin-Nord, wird auf Antrag des Stadtv. Vorkhoff (Fr. Fr.) einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen, der vom Vorstande sofort ernannt wird, und dem auch die sozialdemokratischen Stadtv. Leid, Erwald, Gottfried Schulz und Wolderst angehören.

Auch die Vorlage betreffend den Erwerb von Straßenland von dem Grundstück Alexanderstr. 25 wird ohne Debatte angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Landesparteitage.

Der Landesparteitag der Sozialdemokratie Bayerns findet am 3., 4. und 5. August in Landschut statt. Die vorläufige Tagesordnung enthält außer den Vorstands- und Organisationsberichten u. dergl. folgende Punkte:

Parlamentarischer Bericht der Landtagsfraktion.

a) Allgemeine Politik. Berichterstatter: Adolf Müller.

b) Steuerpolitik. Berichterstatter: Dr. v. Haller.

c) Sozialpolitik. Berichterstatter: Konrad Dorn.

Gemeindefortschrittsprogramm. Berichterstatter: M. Segitz und Dr. A. Sadelum.

Heimatrecht oder Unterfügungswohnsitz. Berichterstatter: Ed. Schmid.

Der Vollzug der Reichsversicherungsordnung in Bayern. Berichterstatter: J. Limm.

Die Sozialdemokratie Hessens hält ihre Landeskonferenz am 31. August und 1. September in Erbach i. D. ab. Außer den Berichten ist ein Referat des Genossen Busfeld über die Reichs- und Landtagswahlen und ein solches des Genossen Ulrich über den Parteitag in Chemnitz vorgesehen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wie unsere Gegner bestraft werden.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Kreisvereins Medlinghausen, Genosse Löneböhn, sollte nach einem Versammlungsbericht des dortigen Zentrumsorgans behauptet haben, ein Genodm habe eine 70-jährige Frau mit dem Karabinerkolben traktiert. Löneböhn schickte dem Blatt eine Verichtigung, an die die Redaktion die Bemerkung knüpfte, daß ihre Darstellung der Wahrheit entspreche. Anschließend hieran sprach das Blatt sogar von lägerischer Gefolgshaft, die sich erdreiste, feststehende Tatsachen abzustreiten. Als gegen den Redakteur Privatklage erhoben wurde, fiel dieser mit dem angebotenen Wahrheitsbeweis glatt ab. Das Gericht hielt aber nur eine Geldstrafe von 25 M. angebracht.

Ein anderes Beispiel: Als während der Reichstagswahl die Schauläden des „Vochumer Volksblatt“ wiederholt demoliert wurden, gelang es, einen erwachsenen Sprohling gut sitzierter Bürgerleute dabei zu ertappen. Urteil: Drei Mark Geldstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Ein Riesenunternehmen.

Schon mit der Kapitalerhöhung auf 100 Millionen Mark war die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft in die Reihe der deutschen Montanriesen eingetret, mit der neuen Kapitalerhöhung auf 130 Millionen Mark ist der Riese wieder um Haupteslänge gewachsen. Ob dieses schnelle Wachstum seiner Gesundheit zuträglich sein wird, muß die Zukunft lehren. Entstanden ist der Riese jedenfalls aus einem kranken Keim, der in der ersten Zeit mühsam herangezogen wurde, um dessen Weiterleben man ernstlich besorgt war. Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstand aus der Fusion der Differdinger Hochofen-Aktien-Gesellschaft in Differdingen (Großherzogtum Luxemburg) und der Aktien-Gesellschaft Joseph Dannenbaum in Vöckum die Aktien-Gesellschaft für Eisen- und Kohlenindustrie Differdingen-Dannenbaum. Die Gesellschaft, deren Sitz im Auslande lag, mußte die für ausländische Unternehmungen von unserer Reichsgewerbeordnung vorgeschriebene Geschäftsbetriebslaubnis erst nachsuchen und erhielt sie am 6. März 1900. Die Aktien wurden zum Handel an der Berliner Börse zugelassen, aber die Börse erlebte nicht viel Freude daran, die Gesellschaft wurde vielmehr eine ganze Zeitlang ihr Schmerzkind. Es wurde eine Sanierung vorgenommen, die sich aber als unzureichend erwies und der bald darauf eine neue Sanierung erfolgte. Aber das Unternehmen konnte sich nicht halten und mußte unter erheblichen Verlusten der Aktionäre und Gläubiger in Liquidation treten. Am 15. Juni 1901 wurde die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Vöckum errichtet. Das Kapital betrug bei der Gründung 1 000 000 M. Am 18. Juli 1901 schloß die neue Gesellschaft ein Uebernahmeabkommen mit der in der Auflösung begriffenen Aktien-Gesellschaft für Eisen- und Kohlenindustrie Differdingen-Dannenbaum. Am 19. Dezember desselben Jahres schon wurde das Kapital der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft zwecks Uebernahme des verfallenen Unternehmens um rund 24 Millionen Mark erhöht. Aber trotz der erheblichen Mittel hatte auch die neue Gesellschaft kein Glück. Die Generalversammlung vom 30. September 1904 mußte die Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 2:1 genehmigen. Zugleich wurde die Fusion mit der Bergbau-Aktien-Gesellschaft Friedländer Nachbar zu Linden a. Ruhr und die Erhöhung des Kapitals auf 20 Millionen Mark beschlossen. Von da an nimmt die Erweiterungspolitik der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft riesige Geschwindigkeiten an. Am 18. November 1905 wurde das Kapital auf 24 Mill. Mark erhöht, und zwar zum Zweck des Zusammenchlusses mit der Aktiengesellschaft Bergwerksverein Friedrich-Wilhelms-Hütte zu Walsheim a. Ruhr und zur Erwerbung der sämtlichen europäischen Gresh-Patente. Diese Gresh-Patente haben bekanntlich dem Stahlwerksverband bei den fürzlich beendeten Erneuerungsverhandlungen viel zu schaffen gemacht. Am 3. Oktober 1908 erfolgte schon wieder eine Kapitalerhöhung, und zwar diesmal gleich um 18 Millionen Mark zwecks Uebernahme der Aktien-Gesellschaft Dortmund Steinkohlenbergwerk Louise Tiefbau zu Vorop. Genau ein Jahr darauf wurde das Kapital auf 50 Millionen Mark erhöht und ungefähr ein halbes Jahr danach auf 63,5 Millionen Mark. Von dieser letzten Kapitalerhöhung dienten 3,5 Millionen Mark zum Anschluß des umfangreichen Erzfeldes der Gesellschaft und 10 Millionen Mark zum Erwerb des gleichen Nominalbetrages Aktien der Saar- und Mosel-Gesellschaft. Während bisher die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft hauptsächlich ihren Besitz im Ruhrgebiet ausgedehnt hatte, erwarb sie mit den Aktien der Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft in Saarlingen bestimmenden Einfluß auf die westlichste Kohlenlagernde und sicherte damit dem Differdinger Werk eine sehr wesentliche Frachtersparnis. Ganz kurze Zeit danach tat die Gesellschaft einen neuen großen Schritt in ihrer Entwicklung zum Montan-Triest. Sie gliederte sich die Union, Aktien-Gesellschaft für Verahau, Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund, an und setzte zwecks Durchführung der Fusion das Kapital um 36,5 Millionen Mark auf 100 Millionen Mark herauf. Man fragte sich damals ängstlich, was eigentlich die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft, die doch in Westfalen kaum genügend Kohle für ihren eigenen Bedarf habe, mit einem großen Hüttenwerke wolle, das ganz außer Verbindung zu dem Differdinger Werke steht. Man wollte zunächst wissen, daß der Zusammenschluß mit der Dortmund Union seinen Grund in privaten Vorteilen einzelner hätte. Wahrgenend für den Zusammenschluß war jedoch wohl die Tatsache, daß die Differdinger Eisenwerke wohl für den Export nach Frankreich, Belgien und übers Meer in Betracht kamen, der Konkurrenz der rheinisch-westfälischen Werke in Mittel- und Ostdeutschland jedoch nicht gewachsen waren. Dem Kohlenmangel in Westfalen suchte man nun durch die Aufnahme der Rechen Tremonia und Kaiser Friedrich abzuwehren. Da man mit der Saar- und Mosel-Gesellschaft eine breite Kohlenbasis im Westen erlangt hatte, konnte in diesem Gebiete des Unternehmens an eine Ausdehnung der Eisenproduktion gedacht werden, die durch Einbeziehung der Hochofen- und Stahlwerke Rümelingen und St. Ingbert in den Deutsch-Luxemburger Konzern vorgenommen wurde. Dieser riesige Besitz mußte nun betriebs- und verwaltungstechnisch ausgebaut und umgeändert werden. Der geistige Leiter, Hugo Stinnes, ging mit Eifer an diese Aufgabe. Das Ziel aller dieser Maßnahmen war, die Produktion an den einzelnen Orten möglichst zu vereinheitlichen. Differdingen wurde der Schwerpunkt der Trägerefabrikation, Dortmund der Mittelpunkt der Eisenbahnmaterialherstellung. Dabei war die treibende Kraft stets das Bestreben, die Herstellungskosten durch Frachtersparnisse und technische Vervollkommnungen herabzusetzen. Wie sehr dieser Gedanke Stinnes beherrschte, geht aus seinem Plane hervor, die untere Ruhr für seine Schiffe befahrbar zu machen, um für sein großes Mühlweier Giechereierwerk eine direkte Wasser Verbindung zu haben. Es heißt, daß das Rauprogramm jetzt einigermaßen abgeschlossen sei, aber man muß sich darauf gefaßt machen, daß Stinnes noch erhebliche neue Ausdehnungen vornehmen wird. Dabei kommt nicht nur die Eisenproduktion mit Hilfe zahlreicher Kohlengruben in Betracht, sondern Stinnes will auch anscheinend im Kohlenhandel eine bedeutende und maßgebende Macht werden. Dieses Bestreben hat sich ja schon an einer Reihe von Plänen, in Berlin, Königsberg, Riga und Petersburg fühlbar gemacht.

Soziales.

Welcher Tarif ist maßgebend?

Zwei Buchbinder klagten gestern vor dem hiesigen Gewerbegericht gegen die Kartonnfabrik Ed. Jacobson auf Zahlung des Lohns für drei Feiertage. Die Kläger stützten sich auf den Buchbinder-Tarif, welcher die Bezahlung der Feiertage vorschreibt. Die beklagte Firma verwies ihrerseits wieder auf den Kartonnarbeiter-Tarif, der im Gegensatz dazu die Bezahlung der Feiertage ausschließt. Neben etwa 400 Kartonnarbeitern beschäftigt die Firma noch 10-12 Buchbinder, welche in der Hauptsache auch mit Kartonnarbeiten beschäftigt werden und nur in seltenen Fällen zu einer vorwiegend reinen Buchbinderarbeit herangezogen werden. Den Kartonnarbeiter-Tarif hat die Firma anerkannt, mit dem Buchbinder-Tarif will sie nichts zu tun gehabt haben. Die Kläger gaben zu, in der Hauptsache Kartonnarbeiten gemacht zu haben, sie seien aber als Buchbinder eingestellt worden.

Die Kammer 8 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz wies die Kläger mit ihrer Klage ab. Es sei unbestritten, daß sie im wesentlichen mit Kartonnarbeiten beschäftigt worden seien, deshalb für sie der Kartonnarbeiter-Tarif maßgebend gewesen; nach diesem sind aber die Feiertage nicht zu bezahlen.

Zur Aufhebung des Hilfsklassengesetzes.

Das Hilfsklassengesetz ist seit dem 1. Juni d. J. aufgehoben. Bei manchen Mitgliedern dieser Klassen hat sich nun eine gewisse Verunsicherung eingestellt. Demgegenüber ist zu bemerken, daß an dem Fortbestehen der Hilfsklassen durch die Aufhebung des Gesetzes nichts geändert wird. Nach wie vor sind die Mitglieder derjenigen Hilfsklassen, welche eine nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes aufgestellte Bescheinigung besitzen, davon befreit, einer Zwangskasse beitreten zu müssen. Die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes hat in der Hauptsache zunächst nur die Wirkung, daß diejenigen Klassen, deren Geschäftsbetrieb sich über das Gebiet eines Bundesstaates hinaus erstreckt, nicht mehr der feierlichen Aufsichtsbehörde, sondern dem Reichs-Aufsichtsamt für Privatversicherung in Berlin unterstellt sind und daß statutarische Bestimmungen, welche etwa mit den jetzt für die „Eingetragenen Hilfsklassen“ — fernerhin „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ genannt — maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehen, ohne weiteres außer Wirksamkeit getreten sind. Im übrigen haben die Klassen ihre Statuten (Satzungen) bis zu einem bestimmten, jedenfalls aber noch ziemlich fernliegenden Termin den neuen Rechtsverhältnissen anzupassen.

Hinterbliebenenrente und Bedürftigkeit.

Bekanntlich bestimmt § 18 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, daß Verwandte aufsteigender Linie nur dann Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben, wenn ihr Lebensunterhalt ganz oder doch überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war, bis zum Wegfall der Bedürftigkeit. Die Berufsgenossenschaften verstehen es daher meisterhaft, immer die Frage des „Ernähmers“ zu verneinen und die Bedürftigkeit auch in Fällen zu bestritten, in denen es kaum möglich ist. Leider hilft unsere Rechtsprechung den Berufsgenossenschaften in jeder Weise, wie wieder nachstehender Fall beweisen wird.

Der 24 Jahre alte Schlosser Sch. wurde bei einem schweren Unfall in den Opelwerken zu Küsselsheim getötet. Seine Mutter machte nun bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik ihre Ansprüche geltend, weil ihr unehelicher Sohn ihr Ernährer gewesen sei. Laut Arztgutachten war die Mutter invalide und bezog eine Rente von 136 M. pro Jahr. Ihren weiteren Lebensunterhalt bestritt sie durch die laufende Unterstützung ihres Sohnes, der ihr alle Monat 30-40 M. gegeben habe. Sie besaß keinen Pfennig Privatvermögen und wurde von einer bekannten Familie aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen und bezog neben freier Station noch 10 M. Lohn pro Monat. Diesen Umstand benutzte die Berufsgenossenschaft und erklärte, daß unter diesen Umständen der Bestorbene gar nicht als Ernährer der Mutter betrachtet werden könne, die ja sich selbst ernähren konnte, auch könne „von einer Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes nicht die Rede sein“.

In der Berufung machte nun die arme Mutter geltend, daß sie seit dem Tode ihres Sohnes zu gar keiner Arbeit mehr fähig sei, bei Bekannten im Odenthal wohne und legte ein Zeugnis ihrer ehemaligen Herrschaft vor, nach welchem sie nur zu ganz leichten Hausarbeiten fähig war, keine Ausgänge infolge ihres Leidens befragen konnte, nur aus Mitleid und Dankbarkeit behalten wurde, weil sie mit der Rente von 136 M. pro Jahr nicht leben konnte, aus Dankbarkeit, weil sie den Vater der Dienstherrin bis zu seinem Tode gut versorgt hatte. Das Schiedsgericht erklärte jedoch, daß die Mutter folgende Einkünfte hatte:

Invalidentente 136 M., Lohn 120 M., Summe 256 M. pro Jahr.

Von einer Bedürftigkeit könne also keine Rede sein, sie müsse „hiernach entschieden verneint werden“. Auch das Reichs-Versicherungsamt geriet die letzte Hoffnung der armen Mutter, denn das Urteil erklärte ganz kaltblütig, daß „die eigenen Einnahmen der Klägerin zur Zeit des Unfalls jedenfalls höher oder doch zum mindesten gleich hoch waren wie die von ihrem verstorbenen Sohne G. gewährten Unterstützungen“. Der Sohn habe ihr im Monat höchstens 25 M. gegeben, das eigene Einkommen der Klägerin habe aber an Invalidentente 11,35 M. pro Monat und 10 M. an Vorlohn betragen. Dem Refus mußte also der Erfolg beschieden werden. Daß die arme Mutter nur aus Mitleid beschäftigt wurde und durch den schrecklichen Tod ihres Kindes jetzt gänzlich erwerbsunfähig ihren Verwandten zur Last fallen muß, wird vom Gesetz und Rechtsprechung nicht beachtet.

Regierung und Volksversicherung.

Die Vereinigung von Krankenkassen in Rheinland und Westfalen, die sich im höchsten Maße des „Vertrauens“ der Regierung erfreut, hielt in Essen ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf Wunsch der Regierung war auch die Frage der **Volksversicherung** auf die Tagesordnung gesetzt worden. Direktor Reber von der Vereinsversicherungsanstalt teilte mit, daß die Regierung eine Stellungnahme darüber wünsche, ob und wie eine Mitwirkung der öffentlichen Krankenkassen bei der Durchführung einer Volksversicherung möglich sei. Anscheinend sei eine Volksversicherung im Anschluß an die Krankenkassen im Wege der Gesetzgebung in Erwägung gezogen. In diesem Sinne sei auch bereits an die Regierung berichtet und darauf hingewiesen worden, daß es sehr wohl möglich sei, daß die Krankenkassen an der Durchführung der Volksversicherung mit geringen Kosten mitwirken. Im Anschluß daran machte der Direktor der im Jahre 1907 von Industriellen und Arbeitgeberverbänden gegründeten, angeblich gemeinnützigen Vereinsversicherungsanstalt in Düsseldorf Bekannte für diese Versicherungsanstalt. Wie der Redner weiter mitteilte, hat sich bereits die Aufsichtsbehörde damit einverstanden erklärt, daß die Krankenkassen mit der Vereinsversicherungsanstalt zusammen arbeiten. — Handelt es sich bei dem Vorhaben der Regierung um einen wohlüberlegten Schachzug gegen die von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossene Volksversicherung?

Vormundschaftsgericht und Landwirtschaft.

Bekanntlich strebt unsere „herrliche“ Fürsorgegesetzgebung in Preußen in erster Linie danach, der Landwirtschaft recht billige und auch „gefugige“ Arbeitskräfte zu verschaffen. Oft werden Kinder armer Leute für irgend einen dummen Streich oder zur Strafe ihrer Armut in Fürsorge genommen und dann einfach der Landwirtschaft als billige Arbeitskräfte zugetrieben. Was dann häufig die armen Kinder auf dem platten Lande auszuhalten haben, ist oft unbeschreiblich. Kein Wunder, wenn so viele junge Leute wieder davon laufen und dann vom Gendarm wieder zurückgebracht werden müssen.

Es gibt aber auch Vormundschaftsrichter, welche sogar die Mängel, die im freien Arbeitsvertrag ihr Brod rechtlich verdienen, gerne der Landwirtschaft zuführen möchten. Dafür ein Beispiel:

Ein Sattler im Alter von 20 Jahren steht unter Vormundschaft und verdiente seither in Frankfurt a. M. seinen Unterhalt. Er besitzt ein Vermögen von 5000 M., welches von seinem Vormund in Burgheim bei Fulda verwaltet wird. Der junge Mann wurde nun arbeitslos und schrieb seinem Vormund, daß er einen Betrag von seinem Vermögen für seinen Unterhalt benötige. Der Vormund sandte jedoch nur einen kleinen Betrag ein. Als auf weitere Bitten keine Antwort mehr kam, so führte der junge Mann, der doch in Zukunft volljährig wird und somit bald über sein Vermögen verfügen kann, bei dem zuständigen Vormundschaftsgericht Burgheim Beschwerde. Statt dem erhofften Geldbetrag wurde ihm vom Vormundschaftsgericht folgende Antwort:

„Sie haben alle Ihre Ausgaben, die Sie machen, genau aufzuschreiben und die Aufstellung vorzulegen. Außerdem haben Sie sich eifrig und sofort um Beschaffung einer anderen Arbeitsstelle umzusehen, da Sie nach Ihrem Brief an den Vormund schon seit dem 20. März ohne Arbeit sind. Sollten Sie sich keine andere Arbeit baldig beschaffen, wird der Vormund diesbezüglich angewiesen werden, Sie nach Hause zu holen und als landwirtschaftlichen Arbeiter zu beschäftigen.“

Burgheim, den 24. April 1912.

Rgl. Amtsgericht.

Weil also der junge Mann als Sattler innerhalb 4 Wochen keine passende Arbeit in der Großstadt finden konnte, so wird der Vormund „diesbezüglich“ ihn sofort „nach Hause zu holen“ und als „landwirtschaftlichen Arbeiter zu beschäftigen“. Das würde dem braven Vormund so passen. Er „holt“ sein Bündel einfach auf Grund des amtlichen Schreibens, das er ja in der Tasche hat, in Frankfurt a. M. ab und beschäftigt ihn als — Anecht. Der Landwirtschaft würde auf diese „einfache“ Art und Weise ein gelernter und tüchtiger Sattlergehilfe als billige Kraft zugeführt. Der junge Mann ist natürlich nicht auf diese Einleitung eingegangen, da er inzwischen Arbeit auf seinem Berufe wieder gefunden hat. Das Wort „Arbeitslosigkeit“ scheint man in Burgheim nicht zu kennen und als ein Verbrechen anzusehen, welches mit „Ueberführung“ auf das Land geahndet werden muß.

Hinterpommersche Kulturbilder.

Bekanntlich besitzen die konservativen Abgeordneten immer wieder die Unverfrorenheit, ein Loblied auf die patriarchalischen Zustände des flachen Landes anzustimmen, wo so schön für die Arbeiter geforgt werde. Hierzu ein paar Bilder, die etwas anderes besagen. Eine Zwergschule fristet in Biecke bei Langitz im Winter ihr Dasein. Ihre Schülerzahl umfaßt die heilige Zahl sieben. Am 1. Mai wird allemal Schluß gemacht. Dann holen die Schulpflichtigen ihre Weisheit im benachbarten Krosow. Man fand nun, daß das Schulhaus nicht rationell genug ausgenutzt sei und so pferchte man eine Polenfamilie in den Raum neben der Schule. Da kann „Rann polnisch“ auch noch etwas profitieren von der „deutschen Sprach“. Er braucht nur die Türe zu öffnen, dann sieht er den Lehrer stets und ständig vor sich und kann dem ganzen Unterricht folgen. Es ist aber besser, die Türe bleibt zu, denn selbst durch die geschlossene Tür dringen Düfte, die nicht an die Wohlgerüche Arabiens erinnern. Als dem Lehrer der Zustand im Bereich des Herrn v. Ribebow zu ungemütlich wurde, wandte er sich an die Regierung. Diese erlöste ihn aus der Einsamkeit, von wo aus er nur mit einem Kahn über die unter Wasser gesehten Wiesen und über einen halbkreisförmigen Steg nach dem 20 Minuten entfernten Langitz gelangen konnte.

Einige Kilometer weiter. Man gelangt nach dem Dorfe Scherbin. Da findet man in idyllischer Gemeinschaft Schulhaus und Armenhaus unter einem Strohdach. Das Schulhaus, das vor dem als Arbeiterwohnhaus diente, wurde vor einigen Jahren zur Hälfte von der Gemeinde erworben. Zum Kauf der anderen Hälfte konnte man sich in rührender Sparsamkeit nicht entschließen und so sind „Klipp“ Schule und Armenhaus noch immer friedlich neben einander. Aber Kulturaufgaben leiden nicht. Einige Kilometer weiter. In dem Dorfe Rihow bei Stolp, einem Vorort, in der Nähe von sogenannten Landhäusern, befindet sich in verschwiegener Ecke das Armenhaus. Ursprünglich von 4 Familien bewohnt, befinden sich nur noch zwei dort, da zwei Stuben nicht mehr zu bewohnen sind, was in Hinterpommern viel bedeutet. Der Fußboden ist aus Leinwand in einer schönen Wäldung, so daß das Regenwasser, welches durch das von Stroh entlöste Dach eindringt, sich sammelt. Die Stuben sind topfhoch mit von Regen aufgeweichten Decken. Die Fenster sind Schiebeläden und mit Berg verstopft. Die Türen hängen schief in den Angeln und sind kaum zu öffnen. Am Kaffeetisch fällt dieser entsetzliche Zustand in die Augen, wenn man die in der Nähe befindlichen Villen und die Schweinefäße des „Schulgenhofes“ ansieht. Die letzteren sind im wahren Sinne des Wortes Vasaferre. Wohl beabsichtigt man ein Armenhaus zu bauen, aber auf dem in Aussicht genommenen Lande wachsen Kartoffeln und so muß bis zum Herbst gewartet werden. Inzwischen kürzt vielleicht das Gebäude zusammen und begräbt die Insassen unter sich. Und dann rühmt man, wie väterlich für das Alter geforgt ist.

Verfammlungen.

Die Bureauangestellten der Fabrikbetriebe waren am Montag zahlreich erschienen in einer vom Verband der Bureauangestellten nach dem Raabiter Bürgerläden einberufenen Versammlung. Reichstagsabgeordneter Wiebel sprach über „Die wirtschaftliche Lage der Industrieangestellten“. Er zeichnete an Hand einer vom genannten Verband aufgenommenen Statistik die traurigen Arbeitsbedingungen dieser Angestellten. In der Berliner/Großindustrie sind hier Wochenlöhne bis herunter zu 12 M. an der Tagesordnung. In der Diskussion wurde das Bild noch vielfach ergänzt. Insbesondere wurde auf das Bestreben der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hingewiesen, die jetzt verucht, die Werkstattdirektor und anderen Angestellten für ihren gelben Verein zu pressen, nachdem sie bei der Arbeiterschaft damit abgeblüht ist. Ein Verbandsmitglied ist bereits gemahregelt worden, weil er sich dem von dem Werkmeister ausgeübten Druck nicht gefügt hat. Ein Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes aus den A.-E.-G.-Betrieben gab dem Bundesaußenred, daß die organisierte Arbeiterschaft das schwierige Organisationswerk des Bureauangestelltenverbandes unterstützen möge. Eine große Anzahl der Anwesenden erklärten ihren Beitritt zur Organisation.

Zentralverband der Schuhmacher. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung sprach Dr. Kuczynski, Mitglied des Propagandaausschusses Groß-Berlin, über „Das Berliner Wohnungswesen“. Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Vortrag gab einen lehrreichen Ueberblick über das Wohnungswesen, unter dem die proletarische Bevölkerung Berlins zu leiden hat und wandte sich an die Zuhörer mit dem Ersuchen, durch Agitation in ihren Kreisen die Verbreitung des Propagandaausschusses zu unterstützen, damit der Zweckverband Groß-Berlin veranlaßt werde, eine gesunde, dem Interesse der breiten Massen dienende großzügige Wohnungspolitik zu betreiben. — Hierzu ging die Versammlung zur Erlebung der geschäftlichen Angelegenheiten über. Der Kassierer Wendig begründete einen Antrag der Vertrauensleute: den Lokalbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. wöchentlich zu erhöhen, damit die notwendigen Ausgaben, namentlich die alljährlich wiederkehrende Unterstützung der Raiausgewerbeten ohne Veranlassung von Extrasammlungen gedeckt werden können. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **zwei** und **drei** mal pro Woche — **Freitag** — wöchentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, **Sonntags**, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Antrag ist ein **Dankschreiben** und eine **Satz** als **Bestätigung** beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine **Adressen** mitgegeben sind, werden nicht beantwortet. **Bitte** Fragen tragen man in der **Sprechstunde** vor.

Nr. 17. 1. Ihre Jugendlosigkeit zur sozialdemokratischen Partei ist kein Grund zur Aberkennung des Titels. 2. Sie brauchen nicht Verzicht zu leisten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Grüner Viertel. Bezirk 199 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Thedor Schultheiß**
Wiener Straße 33, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **Sonntag**, den 8. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Reinföln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/2 **Der Vorstand.**

Nach kurzem schweren Leiden verschied im Krankenhaus Bantow am Dienstag, den 4. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Albert Hammel
im Alter von 49 Jahren.
Dies zeigt in tiefer Trauer an
Oedwig Hammel geb. Müller
nebst Sohn.
Nieder-Schönhausen, Eichenstraße 8.
Die Beerdigung findet am **Sonntag**, den 8. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nieder-Schönhauser Friedhofes in der Schönholzer Heide neben der Schule statt. Amie 36. 162

Am 5. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Witlicher** 20035
Wilhelm Reinhardt
im Alter von 42 Jahren. Dies zeigt tiefbetrauert an
Johanna Reinhardt geb. Brinkmann
nebst Kindern, Al. Andreasstr. 18.
Die Beerdigung findet **Sonntag**, nachm. 5 Uhr, auf dem städt. Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Ein sanfter Tod erlöste nach langem Leiden meinen guten, braven Mann, unseren lieben Vater, Schwager, Großvater, Schwager und Onkel, den **Schmied**
Wilhelm Tesch
im 59. Lebensjahre.
Dies zeigt schmerzhaft an
Marie Tesch
geb. Heinze
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet **Sonntag**, den 8. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof, Seestraße, statt. 52

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bez. 284.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Witlicher**
Wilhelm Reinhardt
Al. Andreasstr. 18, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **Sonntag**, den 8. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/1 **Der Vorstand.**

Hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treu-sorgende Mutter
Emma Kronfeldt
geb. Zastrow
heute nachmittags 7 1/2 Uhr (sanft) entschlafen ist
Bantow, 5. Juni 1912.
Otto Kronfeldt
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am **Sonntag**, den 9. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freiwilligen-Gemeinde, Vappellallee, aus statt. 162

Zentralverband
der Böttcher, Weinküter und
Hilfsarbeiter Deutschlands
(Filiale Berlin).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Wilhelm Reinhardt
im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Sonntag**, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
39/4 **Der Vorstand.**

Am Dienstag, abends 10 Uhr, verstarb meine liebe Frau
Anna Tunsch
geb. Schmidt
im 60. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrauert an
Gustav Tunsch.
Die Beerdigung findet **Sonntag**, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Ammelburg, Prinz-Albert-Strasse, aus statt. 722

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 4. Juni verstarb unsere Genossin, Frau
Berta Sternbeck
Schivelbeiner Str. 6.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Sonntag**, den 8. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
229/7 **Der Vorstand.**

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Elise Brock
geb. Franken
sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Paul Brock,
Königsplatz 12.
352

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Böttcher**
Albert Aufgebauer
Baumschulweg,
am 4. d. M. an Gefäßkrise gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Freitag**, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Friedhofes in Treptow aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
118/17 **Die Ortsverwaltung.**

Dankjagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau spreche ich allen Bekannten sowie den Kollegen der Firma **Rotopost**, Gesellschaft meinen herzlichsten Dank aus.
12
August Gadsch.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Frau des Kollegen
Merke
Luise, geb. Rupprecht
Tüftler Str. 82, Bezirk 3, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Sonntag**, den 8. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
73/7 **Der Vorstand.**

Dankjagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Otto Wilcke
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Chef und Personal der Firma **Rosenthal**, dem 6. Reichstagswahlkreis, dem Holzarbeiter-Verband, dem Begräbnisverein „Rote Nelke“, ferner für die trostreichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.
2002
Die trauernde Witwe
Marie Wilcke
und Kinder.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, unserer guten Schwester
Anna Allmer
sagen wir allen Kollegen sowie dem Zentralverband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter unseren innigsten Dank.
Weihenitz, den 5. Mai 1912. 102
Die trauernden Hinterbliebenen.
Max Major und Schwestern.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kränzen bei der Beerdigung unseres unvergesslichen lieben Vaters **Hermann Major** sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma **Alfons Ludwig** und **Schölke Nachf.** unseren tiefempfindenden Dank.
20018
Die trauernden Hinterbliebenen.
Max Major und Schwestern.

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Ueber die Reichstagskämpfe in dem abgelaufenen ersten Sessionsabschnitt wird Genosse Ledebour in folgenden drei Versammlungen Bericht erstatten.

- 1. Am 11. Juni im Pagenhofer Brauereiaussschank, Turmstr. 25/27. Thema: „Die innere Politik“.
2. Am 18. Juni in den Pharusälen, Müllerstr. 142. Thema: „Verfassungsfragen“.
3. Am 25. Juni in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10. Thema: „Die auswärtige Politik“.

Rudow. Am Sonntag, den 9. Juni 1912, nachmittags 4 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokal von Richard Rolke statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Tegel. Am Sonntag, den 9. Juni, findet eine Besichtigung des Reichstagsgebäudes statt. Der Eintrittspreis beträgt pro Person 80 Pf. Treffpunkt 1/11 Uhr vormittags an der Endhaltestelle der Straßenbahn in der Hauptstraße.

Nieder-Schönhausen und Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 9. Juni, früh 8 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von den bekannten Stellen aus. Die Beteiligung aller Genossen erwartet Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten gehörte nach dem Inhalt der Tagesordnung wie nach der Dauer der Verhandlungen nicht zu den „großen“. Sie erhielt aber einen sozusagen feierlichen Anstrich durch ein paar Ansprachen, mit denen der Stadtverordnete Cassel als Stellvertreter des Vorsitzers sie einleitete. Herr Cassel erinnerte an die Reise nach Wien, die eine Anzahl Stadtverordnete und Magistratsmitglieder soeben überstanden haben, und dankte noch einmal öffentlich für die dort genossenen Freuden. Sodann bewillkommnete er die Gäste der Stadt Berlin, die Vertreter schwedischer Städte, die zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung auf der Zuhörertribüne erschienen waren.

Die Verhandlungen boten nicht viel des Bemerkenswerten. Eine notwendig gewordene Nachforderung von Mitteln für die Desinfektionsanstalt, deren Arbeit seit dem vorigen Jahre sich stark gemehrt hat, wurde bewilligt. Genosse Koblenzer begrüßte es mit Freude, daß der Magistrat bei dieser Gelegenheit sich entschlossen hat, den Desinfektoren eine Aufbesserung ihres Einkommens zu gewähren. In der Magistratsvorlage ist davon die Rede, daß die Desinfektionen der Schulen „künftig mit dem Personal in Kostfällen und zum Teil noch aus wirtschaftlichen Rücksichten Sonntags erledigt werden sollen“. Hiergegen wandte sich unser Redner, indem er zugleich den Magistrat um Auskunft über die geradezu unverständliche Begründung ersuchte. Stadtrat Straßmann, den der Magistrat noch immer zum Sachverständigen für das Gesundheitswesen hat, war nicht anwesend. Der Magistrat blieb daher die Antwort schuldig.

Jugendpflege und Kirche, die sonst für einander Geschmach haben, scheinen sich neuerdings in die Haare geraten zu wollen. Auf der Berliner Kreisynode Friedrich-Werder I zog der Generalsuperintendent D. Lohusen in der an ihm schon genügend bekannten Art über die Berliner her, die am Sonntagvormittag in den Wald gehen statt in die Kirche. Für den Wald genüge der halbe Tag, so daß die andere Hälfte der Kirche gewidmet werden könne. Daran anknüpfend, mißbilligte es Herr Lohusen, daß die großen nationalen Jugendorganisationen Jungdeutschland, Pfadfinderverband und Wandervogel ihre Ausflüge schon auf den Sonntagvormittag verlegen. Können man keinen anderen Gebrauch ausfindig machen, so müsse wenigstens für diese Jugendorganisationen am Sonntagvormittag ein Feldgottesdienst stattfinden, damit die jungen Leute nicht den ganzen Sommer über der Kirche entzogen werden.

Wir finden das ganz in der Ordnung. Denjenigen Eltern, welche sich für den nationalen Jugendrummel begeistern, kann es nicht schaden, wenn sie auch noch die kirchlichen Hoffschäße angehängt bekommen. Das junge Kriegsvolk wird wohl weniger davon erbaut sein und bald aus dem Lager der Ritter und Heiligen desertieren.

Das Achtklassen-system der Berliner Gemeindefschule soll, so meint die „Pädagogische Zeitung“, erhalten bleiben. Das Lehrblatt erfährt, daß die Beratungen über den Lehrplan für die Volksschulen Groß-Berlins jetzt abgebrochen seien. Es teilt über das Ergebnis mit:

Die Gestaltung des neuen Lehrplans ist dem achtklassen Schulsystem angepasst. Der Stoff ist unter Aufhebung von mancherlei Ueberflüssigem auf acht Schuljahre in der Weise verteilt, daß nach dem siebenten Schuljahre ein Abschlus erfolgt, der Stoff für das achte Schuljahr sich aber durchaus im Rahmen des Volksschulwissens hält. Wie wir weiter erfahren, soll die Zählung der Klassen der einzelnen Gemeinden überlassen bleiben, so daß die achtklassenigen Schulen von VIII bis I, die siebenklassigen von VII bis I zählen. Die Vertreter der Vororte waren zumeist für eine Ia Klasse oberhalb der siebenten Klasse, die Vertreter Berlins aber hielten mit erfreulicher Energie an der Achtklassigkeit des Systems fest.

Die „Päd. Ztg.“ hält hiernach die Versuche, das Achtklassenproblem durch die Ia-Klasse zu erledigen, für gescheitert. Sie begrüßt die jetzige Lösung als eine glückliche Wendung des langen und heftigen Streites und hofft, daß die in Berlin erhalten gebliebene Achtklassenschule ihre vorbildliche Kraft geltend machen und den Vorortgemeinden ein Ansporn sein wird, ihr siebenklassiges System über kurz oder lang in ein achtklassiges umzuwandeln.

Die Zukunft wird lehren, ob dieser Freudenausbruch des Lehrblattes so ganz berechtigt war. Verdächtig ist das, was für Berlin eine „Reform“ gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten soll: nämlich der Beschluß, daß „nach dem siebenten Schuljahr ein Abschlus erfolgt.“ Wir vermuten, daß fortan aus den Kreisen der Eltern die Besuche, ihre Kinder vorzeitig aus der Schulpflicht zu entlassen, noch zahlreicher als bisher kommen werden. Und wir fürchten, daß bei der Schulverwaltung die Bereitwilligkeit, dieses Verlangen zu erfüllen, noch zunehmen wird.

Wenn dann die ersten Klassen immer leerer werden, wird die Schulverwaltung unserer Stadt sich in nicht zu ferner Zeit am Ziel der Wünsche des Berliner Stadtfreimisses sehen. Sie wird immer mehr erste Klassen einziehen „müssen“, weil die vorchristmähige Füllung nicht zu erreichen ist. Das „Achtklassen-system“ der Gemeindefschule Berlins besteht dann auf dem Papier weiter, aber die für das achte Schuljahr bestimmte Klasse I wird man als Karikatur mit der Laterne suchen müssen.

Eine neue Waldverwüstung bei Berlin ist geplant. Uns wird geschrieben: „Diesmal soll die Art den allen Berlinern wohl-bekanntem Park im Schloß Ruhwald bei Bestend niederlegen, natürlich um Raum zu gewinnen für Spekulation und Bebauung. In dieser Gegend liegen noch weite Gelände brach. Ausgerechnet macht man sich an dasjenige heran, welches mit seinem herrlichen Baumbestande erhalten werden sollte. Die Räte des Grunewalds hat damit nichts zu tun, denn Wald und Park sind zweierlei. Bereits erhebt sich aus der Mitte der zunächst am meisten interessierten Charlottenburger starker Protest gegen die beabsichtigte Naturverwüstung. Man hofft, daß die Stadtgemeinde Charlottenburg, die sich das bei ihren guten Finanzen leisten kann, die Spekulation aus dem Felde schlagen und den Schloßpark Ruhwald, der seit Jahren dem Publikum zugänglich ist, in ihren Besitz bringen wird. Es ist ja doch nur eine Frage der Zeit, daß sich die hässliche Entwicklung, die am Bestender Krankenhaus vorläufig Halt gemacht hat, weiter bis nach dem Spandauer Wald hinaus ausdehnt. Dann hat die Stadt Charlottenburg dort einen Stadtpark von großer Schönheit und ist der Sorge um die Reuanlage eines solchen enthoben.“

Befähigt. Im Berliner Rathaus ist gestern die Befähigung der Wahl des Beigeordneten Bernd-Rainz zum besetzten Stadtrat von Berlin an Stelle des verstorbenen Stadtrat Vohm eingetroffen. Wann der Gewählte sein Amt antritt, steht noch nicht fest.

Zur Vernichtung von geschichtlichen und Naturdenkmälern tragen, wie der Kultusminister in einem Erlasse hervorhebt, die sogenannten „Klotter“-schen Bedingungen vom Jahre 1894 (I) dort, wo sie bei Anlegung von Chauffeen noch zur Anwendung gelangen, bei. Aber auch sonst lasse das Verfahren bei Begehauten nicht selten die wünschenswerte Rücksichtnahme auf die Interessen des Heimatschutzes und der Naturdenkmalspflege vermissen. Der Schutz des Landschaftsbildes werde sich aber in den meisten Fällen durch rücksichtsvolle Linienführung des Weges ohne weiteres erreichen lassen. In Ansehung der Einzelheiten ist darauf zu achten, daß z. B. Feldgebilde, schmächtige Bäume, Fundstellen seltener Pflanzen usw. soweit irgend möglich, vor Vernichtung bewahrt bleiben. In einzelnen Verträgen sowohl wie neuerdings wieder in der Presse sei besonders darauf hingewiesen worden, wie die für manche Landesstelle sehr charakteristischen freiliegenden erratischen Blöcke, die sogenannten Findlinge, infolge der Begehauten mit völliger Vernichtung bedroht und schätzbare Wahrzeichen in hohem Maße bedroht sind. Die Oberpräsidenten sollen auf unläßliche Förderung der bedrohten Heimatschutzinteressen durch die staatlichen und kommunalen Organe hinwirken. Als eine allgemeine Schutzmaßregel dürfte vor allem in Frage kommen, die interessierten Heimatschutzvereine frühzeitig von dem geplanten Neubau oder Umbau einer Chauffee usw. in Kenntnis zu setzen. Selbstverständlich bliebe die Pflicht der Behörden bestehen, möglichst auch selbst auf die Erhaltung schutzwürdiger Naturdenkmäler Bedacht zu nehmen. Am den Anordnungen der Behörden und den Wünschen der Interessenten Nachdruck zu verleihen, empfehle es sich, die Bewilligung von Verträgen, wie sie Provinzial- usw. Verbände zu Begehauten gewähren, mit Bedingungen im Sinne des Heimatschutzes zu verknüpfen. Auch die Verträge mit den Unternehmern von Chauffee usw. Bauten würden zur Schonung der geschichtlichen usw. Denkmäler vertraglich anzuhalten sein.

Der Kultusminister sollte vor allem seinem Kollegen von „der anderen Fakultät“, nämlich dem Forstminister, eine Vorlesung halten, daß auch Wälder Naturdenkmäler sind und daß diese in erster Linie vor Verwüstung bewahrt werden sollten.

Im Streit um die Tegeler Inseln ist gestern vom Kammergericht Berlin das Urteil gefällt worden. Die Klage des Magistrats, durch die der Gutsherrin von Tegel, Frau v. Heinz, das Vorlaufsrecht auf die Inseln bestritten wurde, ist vom Kammergericht zurückgewiesen worden. Im Einzelnen wird berichtet: Vor dem Kammergericht stand gestern in dem Prozeß, den die Stadt Berlin gegen die Gutsherrin von Tegel, Frau v. Heinz, angestrengt hat, ein neuer Termin an. Es handelt sich, wie mehrfach berichtet, darum, daß der Berliner Magistrat Frau v. Heinz die Ausübung des aus dem Jahre 1882 stammenden Vorlaufsrechtes auf die Inseln Scharfenberg, Lindwerder und Baumwerder im Tegeler See bestritt. Berlin hat diese Inseln von dem Rentier Ad. Voss für den Gesamtpreis von 850 000 M. zu dem Zweck erworben, um sie als Stützpunkt für die Druckrohren des geplanten Wasserwerks Heiligensee zu verwenden. Da besondere Aufbauten hierzu nicht nötig sind, ist ferner in Aussicht genommen, die Inseln, von denen sich besonders Scharfenberg durch seine wertvollen dendrologischen Anlagen auszeichnet, für den Zweckverband Groß-Berlin als Freiland zu sichern. Schon einmal scheiterten wegen dieses Prozesses Vergleichsverhandlungen, die jedoch Ende vorigen Jahres scheiterten. Nun hat das Kammergericht das Urteil des Landgerichts Berlin I bestätigt, das im Oktober 1910 die Feststellungsfrage zurückwies. Die Stadt Berlin hat jedoch die Inseln gar nicht nötig, um die Druckrohren des Wasserwerks zu legen. Der Voss'sche Verkauf an den Magistrat ist nunmehr null und nichtig.

Verhaftung eines Stillschleppers. In der Nähe der Spätischen Baumkulturen konnte gestern ein Stillschlepper verhaftet werden, der die fünfjährige Tochter eines Labemisters aus Tempelhof nach der Briger Wiesen am Teltowkanal gelockt und in einem Kornfelde vergewaltigt hatte. Der Verhaftete ist ein Arbeiter Wegener aus Reuthal. Er wurde dem Berliner Polizeipräsidenten zugeführt. Der Vater des Kindes hat sofort Strafanzeige erstattet. Das Mädchen mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Wegener gab bei seiner Vernehmung an, daß er schon mehrere Male im Irrenhause gewesen sei.

Eine mysteriöse Affäre beschäftigt zurzeit die Spandauer Gerichtsbehörden. Im März d. J. wurde aus der Havel die Leiche des Kaufmanns Jost aus Rogdeburg gelandet, der nach Unterschlagung von 100 000 M. flüchtig geworden war. Neuerdings ist nun der Verdacht aufgetaucht, daß dem Toten die hunderttausend Mark gestohlen worden sind. Die Verhältnisse des Anzugs war zerrissen. Die Leiche soll jetzt wieder ausgegraben werden, um festzustellen, ob der Tot wirklich der Kaufmann Jost ist. In der seltsamen Affäre ist bereits eine Verhaftung erfolgt.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 18 Jahre alte Arbeiter Erich Ritz aus der Jannstr. 45, der, wie wir mitteilen, in der Kohlenstiftfabrik von Gebrüder Siemens u. Co. zu Väterberg von einem Treibriemen erfaßt und so heftig auf den Fußboden geschleudert wurde, daß er außer Wunden beider Arme und Beine schwere innere Verletzungen davontrug. In der Charité, wohin er mit einem künftigen Krankenwagen gebracht wurde, stellte man Nieren- und Lungenvereiterung fest, an deren Folgen der Verunglückte kurze Zeit nach der Einlieferung starb.

Zet aufgefunden wurde Mittwochsabend gegen 10 Uhr in den Anlagen am Humboldthafen ein ungefähr 40 Jahre alter Mann, dessen Verfassung sich nicht feststellen ließ. Ein Schuttmann, der den Mann daliegen sah, brachte ihn zur Charité, wo die Ärzte aber nur noch seinen Tod feststellen konnten. Der Unbekannte, der dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint, ist 1,65 Meter groß, hat

rotblondes Haar und Schmirbart und trug einen dunkelkarrierten Jackettanzug, eine Schirmmütze und braune Sandalen.

Aus der Selbstmordchronik.

Im Gasthause vergiftet und erhängt hat sich gestern der 80 Jahre alte frühere Wädr Josef Sellin aus Frankfurt a. d. Ober- Arbeits- und Mittellofigkeit haben sicherlich den Mann in den Tod getrieben, da man in seinen Taschen kein bares Geld mehr fand.

Häusliche Zwistigkeiten haben den 26 Jahre alten Stubenmaler Max Blumide aus der Franckestr. 41 in den Tod getrieben. Der Mann erhängte sich am Bettposten.

Krankheit hat die 44 Jahre alte Handelsfrau Witwe Veria Kerstke geb. Vogel zum Selbstmord veranlaßt. Die Frau litt seit längerer Zeit an den Nerven und mußte wiederholt dieserhalb Heilanstalten aufsuchen. Hier fand sie aber auch keine dauernde Besserung. In einem schweren Anfälle ihres alten Leidens erhängte sie sich gestern in ihrer Wohnung in der Fischestraße 28. Als man sie auffand, war sie schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schanhanse gebracht.

Auf dem Arlonaplatz erschossen hat sich in der vergangenen Nacht der 62 Jahre alte Arbeiter Emil Landsberg aus der Bernauer Straße 75.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Im Flur des Hauses Eisenbahnstr. 9 fanden Bewohner gestern abend ein verpacktes, in gelbes Packpapier und einer Zeitung eingewickelter Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Das Kind scheint gleich nach der Geburt erstickt und dann verpackt worden zu sein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schanhanse gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochsabend gegen 9 Uhr vor dem Hause Kommandantenstraße 24. Die bei einem Kaufmann in der Meyer Straße 42 bedienstete Marie Ludwig verließ den Hinterton eines Motortwagens der Linie 48 B an jener Stelle während der Fahrt, kam dabei zu Fall und blieb neben dem Zuge bewußtlos liegen. Die Ludwig erlitt eine sehr schwere Kopfverletzung und erhielt die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Kommandantenstraße. Von dort wurde sie nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Zunächst wurden eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. Eine größere Debatte entspann sich über die Errichtung einer Markt- und Bedürfnisanstalt auf dem Reichsfinanzplatz, die der Magistrat mit einem Kostenaufwand von 43 000 M. unterirdisch erbauen will, während eine oberirdische Anstalt nur 20 000 M. erfordern würde. Stadtr. Jollenberg (lib.) betonte, daß eine oberirdische Anstalt praktischer, handlicher, leichter erreichbar und beliebter sei. Genosse Lehmann regte an, auch auf dem Platz D im Norden der Stadt sowie am Liegensee eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, der speziell auch die Frage, ob oberirdisch oder unterirdisch, einer näheren Prüfung unterziehen soll.

30 000 M. zu einem Barackenbau für das Krankenhaus Bestend wurden ohne wesentliche Debatte bewilligt. Der Bau ist notwendig, um Räume zur Unterbringung von Personen zu haben, die von einer gemeingefährlichen Krankheit (Cholera, Pocken und ähnliche) befallen oder krankheitsverdächtig sind. Auf Grund des Seuchengesetzes ist die Stadt zur Bereithaltung solcher Räume verpflichtet und muß dem Polizeipräsidenten den Nachweis der Bereithaltung liefern. Bisher konnten zwei halbe Pavillons der allgemeinen Infektionsabteilung für diese Zwecke frei gehalten werden; doch ist dies bei der von Jahr zu Jahr gestiegenen Zahl der Infektionskranken nicht mehr möglich. Schon im Januar hatte deshalb der Magistrat die Mittel für diesen Barackenbau verlangt, damals erklärten aber die Liberalen mit dem Aufwand großer Lungenkraft eine solche Vorsicht für überflüssig, obwohl sie von unseren Genossen sehr energisch auf die Folgen dieser üblen Sparlosigkeit hingewiesen wurden, die dahin führen müßte, daß die Stadt von der Polizei zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung auf dem Gebiet der Seuchengefährdung angehalten würde. Zwischen haben die Liberalen wohl eingesehen, wie blamabel das wäre, und bewilligten lang- und klanglos, was sie vor knapp vier Monaten als überflüssig gestrichen hatten. Genosse Vogel hielt ihnen ihre jetzt eingestandene Sparlosigkeit am falschen Ort gefällig vor, was sie mit herlegenem Schweigen hinnahmen. Kaustlich handelt es sich bei diesem Barackenbau nicht um eine Verknappung einer etwa ausgedehnten Epidemie, sondern lediglich um die nach dem Gesetz notwendige Bereithaltung von Räumen zur Unterbringung der ersten verdächtigen Fälle von Cholera, Pocken und ähnlichen Krankheiten; bei Ausbruch einer wirklichen Epidemie würden weit umfassendere Maßregeln getroffen werden müssen.

Zu einer etwas erregten Auseinandersetzung führte eine Vorlage, die 1500 M. zur Beschaffung und Aufzucht von Blumenschalen für die Berliner Straße forderte. Stadtr. Gander (alte Fr.) fragte lebhaft über die Vernachlässigung der Berliner Straße, die immer mehr geradezu zu einer Dorfstraße herabsinkt; während sie vor 20 Jahren im Konversationslegion noch als eine hervorragende Prachtstraße genannt wurde, sei sie in der neuen Auflage nicht mehr erwähnt. Er forderte mehr Wohlwollen für das alte Charlottenburg und beantragte, die geforderte Summe zu verdoppeln, um auch die Südseite der Berliner Straße mit Blumenschmuck versehen zu können.

Der Oberbürgermeister Schuffechnus bestritt energisch, daß der Magistrat für Alt-Charlottenburg und die Berliner Straße kein Herz habe, für diese Straße sei sogar sehr viel geschehen; daß sie im Interesse geraten sei, liege an der Entwicklung des Verkehrs, der von Berlin nach dem Grunewald geht und dem Ausbau des Kurfürstendamms, der Kanstraße und der Bismarckstraße zugute gekommen sei. Die Berliner Straße werde erst wieder gewinnen, wenn sie ein Hinterland bekomme, und das sei nur möglich durch Aufschließung des Stadtteils nördlich der Spree. Was der Magistrat dazu tun könne, werde er tun, wie er ja zu diesem Zweck auch die Jungfernbau für 1/2 Millionen erworben habe.

Die Vorlage wurde mit der vom Stadtverordneten Gander beantragten Verdoppelung der Summe angenommen.

Neukölln.

Eine Revision der Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten beschäftigt der Magistrat demnächst vorzunehmen. Hierfür sind in den diesjährigen Etat 20 000 M. eingestellt worden. Da etwa 1100 Personen in Betracht kommen, so entfallen auf den Kopf gerade 18 M., das macht auf das Halbjahr von Oktober 1912 bis Ende März 1913 verteilt, pro Woche 70 Pf. aus. Eine solche Lohnaufbesserung, die eine Steigerung der Löhne um nur 2-3 Proz. bedeutet, ist natürlich gegenüber den anhaltend hohen Lebensmittelpreisen ganz unzureichend. Wenn aber geplant sein sollte, nur einzelne Kategorien aufzubessern - selbener wurde von 600 Personen gesprochen -, so ist das noch schlimmer, da dann die andere Hälfte vollständig leer ausgehen würde. Die letzte Lohnaufbesserung im Oktober 1909 war aber ebenfalls ganz unzulänglich; nur mit großer Mühe war es damals der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gelungen, eine Lohnzulage von täglich 25 Pf. durchzudrücken. Auch die Forderung, die Höchstlöhne schon nach einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren zu zahlen, konnte nicht erreicht werden; es gibt heute noch Gruppen, die diese Höchstlöhne erst nach 8-10 Jahren erhalten. Die Bezahlung der Ueberstunden ist vollständig unregelmäßig; in vielen Betrieben drückt man sich um die Bezahlung herum. Auch

Die Arbeitszeit bedarf noch einer weiteren Regelung. Während zum Beispiel die Maschinenisten und Heizer in der Gasanstalt die achtstündige Arbeitszeit bereits haben, arbeiten dieselben Berufsgruppen im Krankenhaus und in der Pumpstation noch 9 Stunden. Eine Gleichstellung ist schon längst versprochen, bis jetzt aber noch nicht durchgeführt worden. Vom Pflege- und Hauspersonal im Krankenhaus wird noch eine 14 stündige Dienstbereitschaft gefordert, und auch die Omnibusangestellten haben noch eine 13stündige Arbeitszeit, wozu noch häufig Überstunden kommen.

Um zu dieser bevorstehenden Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten Stellung zu nehmen, hatte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu Mittwochsabend eine Versammlung nach den „Bürgerläden“ einberufen. In der vorigen Woche hatte sich schon eine Vertrauensmännerversammlung mit dieser Frage beschäftigt, welche sich über die Art des Vorgehens einigte. Danach sollen dem Magistrat die Wünsche der gesamten städtischen Arbeiter und Angestellten unterbreitet sowie die Forderung aufgestellt werden, einen Lohnvertrag auf der Basis der Tarifverträge abzuschließen. Die allgemeine Versammlung erklärte sich nach einem eingehenden Referat des Genossen Polenske mit den Vorschlägen der Vertrauensmännerversammlung einverstanden und nahm darauf folgende Resolution einstimmig an:

Die am 5. Juni 1912 in den „Bürgerläden“, Bergstr. 147, versammelten Handwerker, Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten der städtischen Betriebe Neufüllns beauftragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zur bevorstehenden Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die nachstehenden Anträge zu stellen:

Die Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt auf der Grundlage eines zwischen der Stadtverwaltung und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter abzuschließenden Tarifvertrages.

Dieser Tarif soll enthalten:

1. Entlohnung. a) Einführung von Wochenlöhnen an Stelle der bisherigen Stunden- und Tagelöhne. Aufbesserung der Löhne um mindestens 2 M. pro Woche.

b) Bezahlung der Überstunden mit 25 Proz., der Sonntags- und Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag.

2. Arbeitszeit. a) Die achtstündige Schicht für alle kontinuierlichen Betriebe.

b) Die neunstündige Arbeitszeit für alle übrigen Betriebe exklusive des Omnibusbetriebes und des Pflege- und Hauspersonals des Krankenhauses.

c) Die zwölfstündige Arbeitszeit für den Omnibusbetrieb und das Pflege- und Hauspersonal des Krankenhauses.

Wilmersdorf-Paläste.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Von den 18 Gegenständen, mit denen die Stadtverordnetenversammlung sich in ihrer Sitzung vom Mittwoch zu beschäftigen hatte, wurden die meisten im Geheimen erledigt. Selbst die doch immerhin belangreiche Magistratsvorlage, die für Schulhäuser und andere städtische Bauten die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark empfahl, löste nur eine kurze Debatte aus. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf ein von der Stadt Wiesbaden eingeführtes Verfahren hingewiesen, das nicht die sonst übliche ratenweise, sondern eine einmalige Tilgung der Anleihe durch vorführt und dadurch eine günstigere Aufnahme der Schuldverschreibungen bewirken soll. Nachdem einige Redner die gegen das Wiesbadener Verfahren erhobenen Bedenken hervorgehört hatten, fand die vom Finanzausschuss in verschiedenen Stadien abgeänderte Magistratsvorlage Annahme.

Geno stimmte die Versammlung einer Magistratsvorlage zu, die die Übernahme des bisher vom Gemeinnützigen Verein geleiteten Arbeitsnachweises in städtische Verwaltung bezweckt. Bei diesem Gegenstande wurde von sozialdemokratischer Seite betont, daß es an der Zeit sei, den bis jetzt nur für weibliches Dienstpersonal in Betracht kommenden Arbeitsnachweis nach Schöneberger Muster weiter auszubauen. Wie wir schon mitgeteilt haben, wird der im Hause Gafstner Str. 11 befindliche Nachweis im Hause Trautenaufstr. 4 eine Filiale erhalten.

Eine Anzeigerlegung gab es bei der Erörterung der Magistratsvorlage, wonach für eine Müll- und eine Armenhaus von der durch Herrn Haberland vertretenen offenen Handelsgesellschaft B. Gutmann in Dresden ein an der Forderungsbekanntmachung belegen Grundstück gekauft werden soll. Während einige Fachleute den vereinsarten Preis von 815 194 M. für das 600,37 Quadratrußen große Grundstück als viel zu hoch bezeichneten, beklagte Stadtdirektor Dr. Heiny sich darüber, daß gerade die Gegend am Bahnhofs-Schmargendorf, in der doch als Fierde der Stadt das Amtsgericht errichtet werden solle, auch einige öffentliche Gebäude von zweifelhafter Güte erhalten werde. Ihm trat der Genosse Schröder mit dem Bedenken entgegen, daß nach seinen als Redakteur gemachten Erfahrungen ein Gerichtsgebäude oft auch bei anständigen Menschen nicht gerade ansehnliche Empfindungen auslöse. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet seien die Gefäße, die der Anblick eines Armenhauses wecke, immerhin dem Allgemeininteresse dienlicher; und daher brauche man sich auch nicht auf alle Fälle der von Herrn Dr. Heiny ausgeprochenen Genehmigung über die Magistratsvorlage anzulassen, die das Armenhaus als Hintergebäude errichten und es so dem Anblick der Straßenpassanten entziehen will. Auch diese Vorlage fand schließlich Annahme.

Eine weitere Magistratsvorlage, die das Ausschneiden der Stadtgemeinde Wilmersdorf aus der Brandenburgischen Beamten-, Witwen- und Waisenversorgungsanstalt und die Gründung eines eigenen Fonds für die Witwen- und Waisenversorgung zum Ziel hatte, wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

Hierauf sollte eine Angelegenheit zur Beratung kommen, die in der Öffentlichkeit die Gemüter lebhaft bewegt hat. Das von der Regierung an die Stadt verkaufte Grundstück des Joachimshalschen Gymnasiums enthält einen großen Schulgarten, den der Magistrat zum Teil der Bewahrung überantworten will, während die Bevölkerung ihn ganz als Park erhalten sehen möchte. Eine Aussprache über diese Angelegenheit war dringend notwendig, aber die maßgebende konservative Fraktion hatte es anders beschloffen. Der fortschrittliche Stadtdirektor Cohn trat in kurzen Worten für Erhaltung des Parks ein, und der Stadtkonrat Herrring suchte den Magistrat von dem Verdachte zu reinigen, daß er nicht auf Förderung der Kultur bedacht sei. Dann erhob sich der Stadtdirektor Dröse als Vorsitzender der großen Fraktion, um die Minderheit mit der Erklärung zu überraschen, daß ein Schlußantrag gestellt werde. Gen. Schröder wandte sich mit Schärfe gegen diese in Wilmersdorf öfter angewandte Vergewaltigung der Minderheit; er hob hervor, daß die Mehrheit mit dem von ihr beliebigen Verfahren sich selbst einen Bärendienst leiste, weil die Unterdrückung der Aussprache die Stadt Wilmersdorf in ein außerordentlich ungünstiges Licht stelle. Aber der Beschluß der Komitoviten wurde unter dem einseitigen Protest der Opposition mit knapper Mehrheit durchgeführt. Die einzige Genugtuung, die sich die Minderheit verschaffen konnte, bestand darin, daß sie durch den Demokraten Doll gegen die zweite Lesung der Vorlage Einspruch erhob. Dadurch wurde erreicht, daß die Parlangelegenheit in der nächsten Sitzung noch einmal beraten werden muß.

Boxhagen-Rummelsburg.

In einer Impassante von etwa 2000 Personen besuchten Vorkommnisse im Garten des „Casé Bellevue“ referierte am Dienstag Genosse Dr. Breitfeld über das Thema: „Ich bin eine Preuze“. Nach einem historischen Rückblick über die Vergangenheit der Hohenzollern und des preußischen Junkertums geißelte der Referent an Hand der letzten Ereignisse die ständischen Zustände Preußens. Der Wahlrechtskampf müsse mit größerer Verbe als bisher geführt werden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag entspann sich eine Diskussion, in der u. a. auch die Ereignisse in Budapest besprochen wurden. Allgemein wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß es die Pflicht der Arbeiterklasse sei, sich auf größere entscheidende Kämpfe vorzubereiten. Die Versammlung

wurde mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Laufwig.

Kinderspiele. Am nächsten Sonntag veranstaltet der Bildungsausschuss Kinderspiele auf unserem Platz, Ecke Mühlen- und Lutherstraße. Beginn 3 Uhr. Bei Regenwetter finden die Spiele bei Schulz, Mühlenstraße, statt.

Weißensee.

Schiffe Rathmann spielt zurzeit, daß er amtsüßig wird. Zum 1. Juli will er sein Schöffenamt niederlegen, das er im Februar nächsten Jahres abläuft. Die Kandidaten auf eine Wiederwahl sind nicht die besten, daher der vorzeitige Entschluß. Sein Name wird bekannt bleiben, weil er sich seinerzeit weigerte, eine erhaltene Provision von 2000 M. herauszugeben, welche in seine Tasche stieß, als die Gemeinde ein Friedhofsgelände in Wartenberg kaufte. Damals sollte er auf Beschluß der Gemeindeverwaltung sein Amt niederlegen; aber der Landrat empfahl ihm zu bleiben. Als Direktor des Bauvereins und Agent von Länderverkäufen sollte es sein Beruf sein, Provisionen einzuflecken, auch wenn er als Gemeindegewählte seiner eigenen Gemeinde Land vermittelte. Die Begriffe sind eben verschieden. Seinen Posten als Brandinspektor legt er nicht nieder, trotz seines hohen Alters.

Herzfelde.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich am Dienstag abend auf der im Bau befindlichen Kalkhandsteinfabrik am Stienitzsee zugetragen. Dem Arbeiter Kiele aus der Strausberger Straße hier selbst fiel ein Pfahlgewitz, der zum Transport eines Keils in das Gebäude benutzt wurde, auf den Schädel, wodurch ihm schwere Verletzungen zugefügt wurden. Er brach blutüberströmt zusammen und mußte sofort nach dem Rittersdorfer Krankenhaus gebracht werden. An dem Aufkommen des Bedauernswerten, der übrigens ein sehr eifriger Parteigenosse ist, wird ernstlich gezweifelt.

Spandan.

Die zum Mittwoch abend nach der Brauerei Pichelsdorf einberufene Volksversammlung war trotz des herrlichen Wetters so stark besucht, daß der große Saal der Brauerei nicht im entferntesten alle Anwesenden fassen konnte, so daß sämtliche Vorkallen überfüllt waren und ein Teil der Versammlungsbesucher im Garten Platz nehmen mußten. Im Saale selbst herrschte eine solche Schwüle, daß die Samariterhilfe mehrmals in Anspruch genommen wurde. Es mögen wohl an 3500 Personen, darunter ein Drittel Frauen, anwesend gewesen sein. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann referierte über das Thema: „Der Mißbrauch der Religion zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken“. In dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag brachte der Referent durch zahlreiche Beispiele den Beweis, daß die herrschenden Klassen die Religion zum Zwecke der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung und zum Eigennutz mißbrauchen. Zum Schluß erwähnte der Referent insbesondere die anwesenden Frauen und Mütter, die Kinder im Sinne der proletarischen Bewegung zu erziehen und forderte alle, die mit der Kirche gebrochen haben, auf, sich der freireligiösen Gemeinde anzuschließen.

Gerichts-Zeitung.

„Georg Wertheim. Eine öffentliche Anklage.“

Ein umfangreicher Prozeß wegen versuchter Erpressung und Verleumdung begann gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt war der Kaufmann Otto Verkon, jetzt in Hamburg wohnhaft.

Der Anklage liegt im einzelnen folgendes zugrunde: Der Angeklagte war vor mehreren Jahren Angestellter der Firma A. Wertheim. Da es ihm gelungen war, das besondere Vertrauen des Kaufmanns Georg Wertheim zu erlangen, wurde ihm von diesem ein besonderer Vertrauensposten zugeteilt. Dieser bestand darin, daß er während des Baues des Warenhauses in der Leipziger Straße die Bezeichnungen bei den Lieferanten zu machen und dann mit diesen abzurechnen hatte. Wie sich später herausstellte, mißbrauchte der Angeklagte diese Vertrauensstellung. Er ließ sich, nach seinem eigenen Geständnis, von mehreren Lieferanten Provisionen für die Zuerstellung von Aufträgen in Höhe von vielen tausend Mark zahlen. Trotzdem es sich herausstellte, daß hierbei auch verschiedene fingierte Rechnungen und auch nachträglich erhöhte Rechnungen eine Rolle spielten, wurde von den Brüdern Wertheim mit Rücksicht auf die Familie des Angeklagten kein Straf Antrag gestellt. Er wurde sofort entlassen, nachdem er sich verpflichtet hatte, wenigstens einen Teil der Beträge, um die er die Firma Wertheim geschädigt hatte, zurückzahlen. Der Angeklagte erklärte sich dem Justizrat Dr. Welschlohn gegenüber bereit, an die Firma Wertheim sein Konto von circa 25 000 M. von der Deutschen Bank herauszahlen zu lassen. Dies geschah dann auch bald darauf. Längere Zeit darauf richtete der Angeklagte an Georg Wertheim einen Brief, in welchem er seine augenblickliche schlechte materielle Lage schilderte und mitteilte, daß er nicht einmal das Geld für eine Augenoperation seines Kindes habe. Die Firma Wertheim ließ sich auch dazu herbei, die Operationskosten in Höhe von etwa 450 M. zu bezahlen, während weitergehende Ansprüche zurückgewiesen wurden. Diesen Akt der reinen Liberalität soll der Angeklagte, wie die Anklage behauptet, später durch schändlichen Undank belohnt haben. Er trat plötzlich mit der Behauptung hervor, daß jene seinerzeit an die Firma Wertheim gezahlten Summen seine Erspornisse gewesen seien, die mit den Provisionen nicht das geringste zu tun haben. Sein Verlangen, die ganze Summe wieder herauszugeben, wurde mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. In mehreren Briefen drohte er dann mit „Entschädigungen“ über gewisse Vorgänge bei der Firma Wertheim. Diese Drohungen verdrängten sich schließlich zu einer in Genua gedruckten Broschüre mit dem Titel „Georg Wertheim. Eine öffentliche Anklage“. In dieser Broschüre behauptete er hundertfache Entschädigungen. Er warf der Firma u. a. Falschrechnungen, Bestechungen von Zollbeamten und Beamten der Bau Polizei usw. vor. Diese Verdächtigungen, die sich sämtlich als unrichtig herausstellten, veranlaßte die betreffenden Behörden, Straf Antrag gegen den Angeklagten wegen Verleumdung zu stellen. Diese Straf Anträge wurden später jedoch zurückgenommen, nachdem der Angeklagte erklärt hatte, daß er jene Beschuldigungen nach keiner Richtung hin aufrechterhalten könne. Von der sehr umfangreichen Anklage blieben dann nur noch zwei Fälle der versuchten Erpressung und eine Verleumdung des Justizrats Dr. Welschlohn übrig. Bezüglich der letzteren hat der Angeklagte inzwischen die Erklärung abgegeben, daß er sich von der Unrichtigkeit überzeugt habe und die Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.

In der gestrigen Verhandlung erklärte Justizrat Dr. Welschlohn in seiner Eigenschaft als Nebenkläger, daß er trotz jener entschuldigenden Erklärung des Angeklagten sich noch nicht entschließen könne, den Straf Antrag zurückzunehmen, sondern daß er erst die völlige Klarstellung in der Verhandlung selbst abwarten wolle. — Für die Verhandlung, die im Schwurgerichtssaal des Landgerichts II stattfindet, sind vorläufig drei Sitzungstage in Aussicht genommen. — Wir werden das Ergebnis mitteilen.

Eine mohtätige Diebin.

An die Legende vom heiligen Crispin, der bekanntlich Leder gestohlen haben soll, um den Armen Stiefel daraus zu machen, erinnert die Handlungsweise der Frau Marie Neumann, die sich unter der Anklage des Diebstahls vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu verantworten hatte. Die Angeklagte wurde am 6. April d. J. von einem Polizeibeamten festgenommen, der beobachtet hatte, wie sie ein Stück Fleisch von der Auslage eines Schlächters entnahm. Auf der Polizeiwache gab die Angeklagte an, daß sie das Fleisch nicht für sich selbst, sondern für eine arme Frau haben wolle, deren Mann erkrankt war und die mit ihren Kindern hungern mußte. Eine Nachfrage ergab, daß die Angeklagte, die selbst in

ärmlichen Verhältnissen lebt, tatsächlich jener Frau Wiederholt ein Stück Fleisch geschenkt hatte, damit diese ihrem kranken Manne eine kräftigende Suppe kochen konnte. — Da die Angeklagte bisher völlig unbescholten ist, erlannnte das Gericht auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von 1 Tag Gefängnis. Der Angeklagten wurde jedoch von dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Bennenwih, mitgeteilt, daß das Gericht beschloffen habe, sie der sogenannten bedingten Verurteilung zu empfehlen, so daß die Angeklagte bei guter Führung die Strafe nicht zu verbüßen braucht.

Grenzen des polizeilichen Verfügungsrechts.

An die Terraineigenschaft Marauenhof, welche einen Bauplatz in Königsberg i. Pr. für Luftbarkeitszwecke (Scharfells, Schaufen, Schieß- und Würfelbuden usw.) verpachtet, war eine polizeiliche Verfügung ergangen, durch welche der Gesellschaft unterlagt wurde, dort weiter solche Luftbarkeiten veranstalten zu lassen. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Besucher dieser Veranstaltungen ständen sich zum Teil aus Strolchen im jugendlichen Alter und aus liebedürftigen Frauenzimmern zusammen. Es komme fast jeden Abend in der Nähe zu schlimmen Ausschreitungen, namentlich nach Schluß der Vorstellungen usw. sei die Benutzung der Lutherstraße für Frauen so gut wie ausgeschlossen, da sie sonst Verächtigungen zu ermarken hätten.

Springer, einer der beteiligten Schausteller, erhob nach vergeblichen Beschwerden Klage beim Obergerichtsverwaltungsgericht. Das Obergerichtsverwaltungsgericht setzte am Montag die Verfügung der Polizei mit folgender Begründung außer Kraft: Aus der Verfügung gehe hervor, daß sie erlassen sei, weil sich Unzuchtlichkeiten nicht aus den Schaustellungen selber, sondern aus den Annehmlichkeiten des Publikums ergäben, welches durch die Schaustellungen angelockt würde. In einem solchen Falle könne die Polizei nur gegen das Publikum einschreiten, das die Unzuchtlichkeiten herbeiführe. Wegen die Veranstaltungen (Schaustellungen, Schaufen, Würfelbuden usw.) könne die Polizei nur einschreiten, wenn diese Veranstaltungen selbst und unmittelbar polizeiwidrige Zustände auf der Straße herbeiführten. Das würde zum Beispiel dann der Fall sein, wenn der Betrieb einer Schauler der Straße so nahe gerückt sei, daß dadurch das Scheuen von Pferden und somit Störungen der Sicherheit auf der Straße herbeigeführt werden könnten.

Aus aller Welt.

Pommersche Geistesblitze.

Einige pommersche Großgrundbesitzer haben in vereinter Geistesanstrengung einen verflucht geschelten Gedanken geboren. Es handelt sich um nichts weniger, als um die endgültige Vernichtung der proletarischen Organisationen. Das ist schon des Schwere des Entens wert und so hat denn einer der Denker, das Mitglied des Herrenhauses, Herr v. Herzberg-Rottin, den seltenen Gedankenblitz sehr süberlich zu Papier gebracht und der geistesverwandten „Deutschen Tageszeitung“ übermitteln. Dort erblickt denn auch das Wunderwerk pommerscher Junterfchläue unter dem Titel: „Wegen die Sozialdemokratie!“ das Licht der Öffentlichkeit.

Da wird der staunenden Welt verkündet, daß, wenn nicht bald die bürgerliche Gesellschaft — Juden haben freilich keinen Zutritt — gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zur Selbsthilfe greife, wir mit Riesenschritten der Revolution entgegengehen. Die preußische Fahne müsse aufgerollt werden und unter dem Schlagspruch: „Monarchie, Autorität und Christentum“ der Kampf gegen die rote Rote bis zum endgültigen Siege durchgeführt werden. Die Feinde des Terrorismus und Anhänger des Christentums entwickeln weiter folgende Idee:

Es sind nun ja alle möglichen Vereine gegründet, um die Jugend der Sozialdemokratie zu entreißen — das sind aber doch nur Wechsel auf eine ferne Zukunft, welche vielleicht einmal eingelöst werden. M. E. muß der Feind direkt angegriffen werden, und zwar an seiner empfindlichsten Stelle, der sozialdemokratischen Organisation. Dieser Organisation müssen solche der bürgerlichen Gesellschaft entgegengesetzt werden, welchen die doppelte Aufgabe zufällt, erstens die außerhalb der sozialdemokratischen Organisation stehenden Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Terrorismus zu schützen, und zweitens die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter allmählich gang von den Arbeitstätten raatserhaltender Betriebe auszuschalten. Der Anfang zu solcher Organisation ist in Pommern durch einen Aufruf einiger Grundbesitzer zur Bildung eines Verbandes pommerscher Bauhern gemacht worden. Die Mitglieder sollen nur solche Bauunternehmer beschäftigen, welche sich verpflichten, ihre Bauten ausführen zu lassen durch nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter. Es wird auch beabsichtigt, gleichzeitig damit Vorkehrungen für das materielle Wohl der Bauarbeiter zu treffen. Der Verband soll in nächster Zeit ins Leben gerufen werden.

Das Ei des Kolumbus hat nur einen Fehler — es ist ein Weibel! Denn bei Ausschaltung der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter aus dem modernen Wirtschaftsleben könnte es leicht passieren, daß die wackelnden Herren eines elendigen Hungertodes sterben müßten. Aber vielleicht ist beabsichtigt, eine Genossenschaft zur gegenseitigen Hilfe bei Bauausführungen auf pommerschen Gütern zu gründen: Herr v. Böhlendorff-Kölpin manert, Herr v. Herzberg-Rottin trägt den Kall. Als Polier wäre Herr Dr. Dertel zu empfehlen, der dann durch seine strenge Zucht dafür sorgt, daß seine Gefellen in den Zustand treten.

Schiffskatastrophen.

Nach einer Kollision mit dem Dampfer „Ingermanland“ sank gestern morgen an der norwegischen Küste bei Sundsvall der Duglierdampfer „Sturhjörn“. Von den 11 Mann der Besatzung des Schiffes konnten nur der Kapitän und zwei Mann gerettet werden.

Wie aus Bresl gemeldet wird, herrscht an der ganzen Nordwestküste von Frankreich ein fürchterlicher Sturm, der bereits mehrfach zu Unglücksfällen geführt hat. So ist der Schlepper „Flavie“ mit Mann und Maus untergegangen. Bis jetzt konnten die Leichen der Mannschaft noch nicht geborgen werden. Man nimmt an, daß die Besatzung aus acht Mann bestanden hat. Auch das Fischerboot „St. Anne“, das aus Duimper ausgelaufen war, ist mit seiner aus vier Mann bestehenden Besatzung untergegangen. Ferner ist noch ein kleiner Dampfer unbekanntens Namens in der Nähe von Bresl gescheitert. Man glaubt, daß es sich um einen spanischen Dampfer handelt. Mehrere Leichen sind bereits ans Ufer gespült worden.

Die Durchführung altpreussischer Sparsamkeit.

Im August dieses Jahres besuchte Wilhelm II. die Stadt Rerfeld. Die dazu notwendigen Vorbereitungen mochen sich schon jetzt bemerkbar. Wir lesen darüber in einer Rerfelder Zeitung folgende Notiz: Während der Dauer der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers in Rerfeld Ende August d. J. ist die Unterbringung von etwa hundert Dienern erforderlich, für die die Einquartierungsdeputation geeignete Privatquartiere in der Nähe des königl. Schlosses sucht.

Die geringe Anzahl von Dienern ergibt sich aus den verkehrten Lebensverhältnissen, die auch das Kaiserl. Hofmarschallamt zwingen, sich in den engsten Grenzen zu halten.

Der konfiszierte Reiseführer.

Oesterreich will hinter der neu-preussischen Kultur nicht zurückbleiben. Wenn in Berlin Herr v. Jagow die Aufführung eines Rosenrothschen Dramas verbietet, übertrumpfen österreichische Behörden ihn, indem sie einen Reiseführer durch die Verächtesgadener Alpen konfiszieren. Der Verfasser, ein Schriftsteller Zeller, soll darin das furchtbare Verbrechen der Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hofes begangen haben. Die Beleidigung wird erklidet in der folgenden wahrheitsgetreuen Schilderung des Jagdgebietes des Erzherzog-Thronfolgers im Wälderbachtale:

„Die Jagdverwaltung scheint den Verfall der ‚Wegservitute‘ auf folgende Weise erreichen zu wollen: Man treibt jeden Touristen, den man erwischt, mit Anwendung von mehr oder weniger Gewalt, je nach Bedarf, durch Gendarmerie talwärts und beruft sich dann wohl nach einer Reihe von Jahren darauf, daß diese Uebergangswege vom Wälderbachtal auf die drei Gebirgsstöcke ‚Uebergangene Alpe‘, ‚Steinernes Meer‘ und ‚Hagengebirge‘ nicht mehr begangen werden, um so unter Zuhilfenahme von allerlei Praktiken die Lösung des Desfentlichkeitsrechts für dieselben zu erlangen. Außerdem baut die Jagdverwaltung im Hintergrunde des Wälderbachtales überall neue Wege, die natürlich Privatwege sind und macht die alten öffentlichen Wege nach Möglichkeit durch Sprengungen und dergleichen ungangbar, oder läßt sie zum mindesten gänzlich verfallen. Hier kann die Touristik unter keinen Umständen mehr ruhig zusehen. Der beste Weg wäre wohl der eines regulären Prozesses gegen den Jagdinhhaber.“

Es ist ja auch leichter, ein Buch zu konfiszieren, als einen Thronfolger zur Einhaltung der Befehle zu zwingen.

Kleine Notizen.

Eine Kulturlust des 20. Jahrhunderts. Im Hofe des Landgerichtsgebäudes in Leipzig wurde gestern der vom Schwurgericht wegen Raubmordes an dem Zigarrenhändler Weug zum Tode verurteilte Geschichtsführer Klemann mittels Guillotine hingerichtet.

Vom Blig erschlagen. In Waltersdorf in Schlesien wurde auf dem Felde eine Tochter des Gutsbesitzers Herbst vom Blige getötet, eine andere gelähmt. Der Vater und zwei Söhne wurden betäubt.

Die schwarzen Böden. Bei einem Kinde sind in Dirschau schwarze Böden festgestellt worden. Die aus sechs Köpfen bestehende Arbeiterfamilie wurde in die Hölterbarade des dortigen Johanniter-Krankenhaus eingeliefert. An hundert Personen wurden Schutzimpfungen vorgenommen.

Schweres Automobilunglück in Frankreich. Im Walde von Compiègne ereignete sich am Mittwochabend ein Automobilunglück, bei dem eine Nichte des Direktors des hiesigen Zollwafens Escobar getötet, dieser selbst und drei andere Damen lebensgefährlich verletzt wurden.

Drei Personen ertranken. In dem lothringischen Orte Lagarde ertrank der Schiffer Lecocq sowie dessen Frau im Rarnelanal. Ein gebürtiger Sachse, der den Eheleuten nachsprang, um sie zu

retteten, ertrank ebenfalls. Ein Schiffer Millard konnte alle drei nur als Leichen an Land schaffen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin: Sonntag, den 3. Juni, Wanderung von Lehmitz nach Grabowsee, Bernäme, Roffenheide. Abfahrt vom Stettiner Vorortbahnhof nach Lehmitz, früh 5.50. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Veranstaltungen am 3. Juni: Besuch von Potsdam und Sanssouci. Gang durch die Stadt, Russische Kolonie, Kaminberg, Sanssouci und anschließende Gärten, gemeinschaftliche Kaffeestafel im Bornstedt-Waldpark. — Teilnahmekarten a 35 Pf. inkl. Nammitagskaffee in unseren drei Hauptstellen. Treffpunkt 1/2—1/8 8 Uhr Potsdamer Hauptbahnhof. Abfahrt 7.32.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 38. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die proletarische Faust. Von Friedrich Kautsky. — Wien. — Deconomie und Beherrschbarkeit. Von R. Kautsky. (Schluß). — Der Separatismus in Wien. Von Otto Bauer. — Eine Improvisation. Von Paul Lenck. (Schluß). — Die Wurzeln des Sozialismus in Frankreich. Von Gustav Eckstein. (Schluß). — Literarische Rundschau: Graham Wallas, Politil und menschliche Natur. Von R. Beer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Marktbericht von Berlin am 5. Juni 1912. nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel)

100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—55,00. Limen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,80. Rindfleisch, Baufleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,80. Hammelfleisch 1,80—2,80. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Kale 1,00—3,20. Bander 1,80—4,00. Hechte 1,80—3,20. Barsche 1,00—2,00. Schjele 1,40—4,00. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Witterungsübericht vom 6. Juni 1912.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. u. 6 u. m. d. N.	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. u. 6 u. m. d. N.
Stromede	761	SW	wolkig	15	Daprannda	767	SE	4 wolkenl	10
Damburg	759	SE	4 halb dd.	17	Petersburg	767	SW	1 wolkenl	11
Berlin	762	SE	1 bedekt	15	Scilly	755	SW	halb dd.	13
Frankf. a. M.	761	SE	2 halb dd.	15	Aberdeen	755	RR	3 bedekt	10
München	762	SE	1 wolfig	17	Paris	760	SE	4 wolfig	13
Wien	762	SE	1 wolkenl	17					

Wetterprognose für Freitag, den 7. Juni 1912.

Stetlich warm, vielach heller, aber noch veränderlich bei mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	5. 6.	4. 6.		5. 6.	4. 6.
Remel, Mühl	137	0	Saale, Großh.	58	-6
Bregel, Ansternburg	43	-5	Saale, Spandau ¹⁾	30	-2
Weiße, Rathor	278	-58	Saale, Rathenow ¹⁾	12	0
Oder, Krossen	154	-0	Spree, Spremberg ¹⁾	68	0
Frankfurt	196	-40	Spree, Weesfoto	82	-1
Wartze, Schrimm	220 ¹⁾	-4	Elbe, Münden	128	-2
Landberg	32	-2	Elbe, Minden	193	-3
Bordamm	-7	+5	Elbe, Rastmühlensau	506	0
Leitmeritz	0	-1	Elbe, Rast	268	-4
Leitmeritz	-83	+5	Elbe, Rast	254	-5
Berch	-158	-6	Elbe, Heilbrunn	50	+5
Magdeburg	88	-12	Elbe, Rast	117	-2
	82	-8	Elbe, Rast	30	-4

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall - ²⁾ Unterpegel, ³⁾ höchster Wasserstand: 228 cm am 4. um 8 Uhr abends.

Tafelbergbräu (fall)
Tafelbergbräu Labinn (fallbräu)
Kronenbräu (Anfönnal)

*finden in Tafelberg und Tafelberg
überall vorzüglich. Nachfrage
bis abwärts ausbreitung mit
Info Maxton*

Die Qualität ist unverwundbar!

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel. A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen mit den dunkelgrünen Bändern!

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 7. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kal. Oberhaus. Der Mühlhäh.
Kgl. Schauspielhaus. Die Welt,
in der man sich langweilt.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Irania. Von Meran zum Driser.
Deutsches. Ruff.
Kammerstücke. Frühlings Erwachen.
Kefung. Die Fiebermaus.
Römische Oper. Wasdichter.
Wefen. Die schöne Helena.
Königgräzer Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kurfürstendoper. Der Lanzameil.
Neues Schauspielhaus. Parfett-
ig Nr. 10.
Neues. Der liebe Augustin.
Westend. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. Ein Windhund.
Berliner. Große Rollen.
Schiller O. Die Geschähtin.
Paracelsus.
Schiller. Charlotteburg. Der
Probepfiff.
Neues Obereten. Der Kongreg
von Sevilla.
Kofe. Der Warrer von Kirchfeld.
Thalia. Antolischen.
Kleines. Der Unerschämte. Der
Welt seiner Ehe. Der Herr
mit der grünen Kravatte.
Werra. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollon. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshaus. Stettiner Sänger.
Sanatorium Sonnenfich.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Friebr. Wilh. Schauspielhaus.
Die feuchte Suzanne.
Kofe Caprice. Parifiana-Ensemble
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.30 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Raub
der Cabinnerinnen.

Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallmer-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Gefährin — Paracelsus.
Der grüne Kakadu.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Nachruhm.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kyria-Pyria.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probepfiff.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Grün Lea.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. Hierauf: Die Medaille.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rollen.

Theater in der Königgräzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Anfang 8 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Die große
Jahresrevue: Tulu! Es ist erreicht.

Theater des Westens
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von R. Hennequin
und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: Alles
für die Firma.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Hausen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
Wahrscheinlich musikalische Komödie in
3 Akten aus dem Englischen völlig
frei bearbeitet von J. Freund. Musik
von R. Kellon. U. a. Länge v. 2 1/2. Bishop.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Vollständig neues Programm!
10 große Attraktionen.
Kaffagettes, Wunderhunde.
Paul Beckers.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Dorfstraße 56.
Deute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. vom Ausstattungstüd m. Tanz
und Gesang in 5 Akten. Musik
u. B. Beleuchtungsgefeste usw. usw.
u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kaffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf.; Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei
Schalterkassen.

LICHT-SCHAUSPIEL HAUS
O. KOPPENSTRASSE 29.
AM FRANKFURTER TOR
Freitag: Volkstag!
Entree auf allen Plätzen 20 Pf.
ohne Abruf.

LUNA PARK
Sonabend, den 8. Juni:
Grandioser Elite-Tag!
Das größte, je gezeigte Pracht-
Feuerwerk (Doichmann u. Gall-
witz) — Kongo frei!
Entree 1 M., bis 6 Uhr 50 Pf.
Kinder bis 6 Uhr frei!

Hagenbeck's
INDIEN BERLIN
Tempelhofer-Feid.
Täglich:
Gr. Vorstellungen
von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr
abends gestloft.
Entree 50 Pf.
Res. Sitzplätze: Loge 2 M.
I. Tribüne 1,50 M.
II. Tribüne 1,— M.

Königstadt-Kasino.
Herrliches Sommer-Theater.
Täglich abends 7 1/2 Uhr, Son-
tags 7 1/2 Uhr: Vorstellung
(Theater und Varietes). Vom
1. bis 16. Juni 8 Spezialplatz-
nummern u. Paulas Rechte.
Gr. Operettenbühne v. B. Gerde.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß neu:
Sanatorium
Sonnenstich.
Zurück-
kunft von Reg. J.
Anfang
Freitag, 8.
Sonntag
7 1/2 Uhr.

IKLA
Intern. Kongreg Lebender
Abnormitäten.
Die größte
Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
Kinder, Sold. 25 Pf.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Zeit einziger Eis-
palast Deutschlands
Allabendlich das sensationelle
Eisballett „Yvonne“.
Weltmeister Bror Meyer.
Bis 6 Uhr und nach 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nordend, Nr. 1229. Charlottenstraße 3. Amt Nordend, Nr. 1987.

Sonntag, den 9. Juni 1912, vormittags 10 Uhr:

Verammlung

aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter im großen Saale der Brauerei Friedrichshain am Friedrichshain 16-23.

1. Bericht über die gepflogenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.

Die Vertrauensleute treffen sich zu einer Vorbereitungsversammlung um 9 Uhr im kleinen Saal.

Die Mitgliedbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen. Kollegen! Sorgt für vollständigen Besuch der Versammlung.

118/16 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagessordnung: Bericht vom Verbandstag München.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, wegen der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedebuch legitimiert. 145/15 Die Verwaltung.

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.

Damen-Stiefel Herren-Stiefel

- | | |
|--|---|
| schwarz im Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur 4.75 | schwarz Rindbox-Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig, Straßentiefel, auch Zug und Schnalle, . . . jetzt nur 5.95 |
| schwarz Chevreaux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons . . . jetzt nur 5.95 | schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, . . . jetzt nur 6.95 |
| schwarz prima Chevreaux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur 7.95 | schwarz Chevreaux-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur 8.95 |
| braun Chevreaux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur 4.95 | braun Chevreaux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur 6.95 |
| braun la Chevreaux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons . . . jetzt nur 6.75 | braun la Chevreaux-Herrenstiefel, neueste Formen . . . jetzt nur 8.25 |
| braun la Chevreaux, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur 8.95 | braun la Chevreaux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, . . . jetzt nur 9.75 |

Kinder-Stiefel Halbschuhe

- | | |
|---|---|
| schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35 1.55 2.95 3.25 3.75 | Damen, im Chevr. mit Lackk., jetzt nur 3.95 |
| braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35 2.95 3.45 3.75 4.25 | braun Chevreaux m. Lackkappe, jetzt nur 4.25 |
| Kinderhalbschuhe 3.75 | schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur 4.95 |
| | braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur 5.75 |
| | Lack-Schnürschuhe amerik Fass., jetzt nur 5.95 |
| | Lackm. Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur 5.95 |

H. & P. Uder, Berlin 80, 18, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

General-Depot von F. J. Burrus St. Kreuz i. L.

Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents

Spezialität: **Shag Tabake u. Zigaretten.**

Amt Moritzplatz 3014.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, in der Neuen Welt: Eröffnungsfeier zum Verbandstage.

Eintrittskarten sind auf allen Bahnhöfen und bei den Oblanten zu haben. 84/16 Die Ortsverwaltung.

Pichelswerder.

Umstände halber ist mein großer Saal Sonntage im Monat Juni an geschlossene Gesellschaften frei zu vergeben. Der Alte, G. Freund.

Preisräsident

Schreibe ich nicht aus, dafür enthält jedes Paket des so beliebten Dr. Genter's Preischreibpulvers eine reizende „Goldperle“ ein reizendes Geschenk. Kleinerer Fabrikant auch des süßigen Metallpulvers „Gentol“: Carl Genter, Fabrik chem.-tech. Prod. Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin: 900/12* Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 216. Tel. Neukölln 9290.

Zur Aufklärung!

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (Sich Offenbach a. M.), der etwa 150 000 Mitglieder zählt hat für diese eine Einkaufs-Genossenschaft ins Leben gerufen, durch deren Vermittlung den Mitgliedern und auch anderen radfahrenden Arbeitern der Einkauf nur besserer Ware zu annehmbaren Preisen ermöglicht wird.

Die Genossenschaft, **Fahrradhaus „Frischauf“** in Offenbach am Main ein Zentrallager sowie in fast allen Städten Filialen unterhält und im Jahre 1911 bereits für 1 Million Mark Waren umsetzte, hat sich den Hochpreis der Konsumenten auf dem Fahrradmarkt in steigendem Maße erregt.

Die in dem Bunde deutscher Fahrrad- und Kraftfahrzeughändler vereinigten Händler streiten den Arbeitern das Recht ab, sich ihren Bedarf auf dem genossenschaftlichen Wege zu beschaffen und betreiben den Fahrradhandel als ihr Privileg. Nach der Meinung der Händler sind die Arbeiter verpflichtet, bei ihnen zu kaufen. Die bekämpften die Genossenschaft der Arbeiter in der schärfsten Weise, wobei sie die Fabrikanten der Branche als Werkzeuge benutzten. Diese haben sich den Händlern gegenüber verpflichtet, an die Genossenschaft, das Fahrradhaus „Frischauf“, keine Waren zu liefern; die Fabrikanten, die diese Verpflichtung nicht einhalten, werden von den Händlern boykottiert. Die an „Frischauf“ liefernden Firmen sind wegen ihrer Vertragskreuzung dem Fahrradhaus „Frischauf“ gegenüber in der Öffentlichkeit den schwersten Angriffen ausgesetzt.

Das Fahrradhaus „Frischauf“ hat bisher das Treiben der Händler ignoriert. Die Leitung des Unternehmens sieht sich jedoch jetzt genötigt, zur Abwehr zu schreiten und alle radfahrenden Arbeiter um Unterstützung gegen das unehrliche Vorgehen der Händler anzugehen.

Die Händler wollen die Genossenschaft der Arbeiter-Radfahrer unterdrücken, weil diese Reklamtät und Ehrlichkeit im Handel hochhält und die Arbeiter vor Lieberverteilung schützt. Im Interesse aller radfahrenden Arbeiter liegt es deshalb, die Genossenschaft zu unterstützen und die Absichten der Händler zu vereiteln. Dies geschieht aber am besten, wenn alle Arbeiter ihre Einläufe in den Filialen der Genossenschaft machen. Solche befinden sich in

Berlin, Brunnenstraße 35, Kottbuser Str. 9.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, Fahrradhaus „Frischauf“, Offenbach a. M.

Betrifft Herren!

welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung juristisch geprüfte Herrenanzüge, Hüter und Valetots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einschließlich auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Einkaufspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen; auch neue Herren-Anzüge 9, 12, 16, 20 M. u. Herren-Anzüge 18, 21, 24, 28 M. u. Valetots u. Hüter 8, 12, 16, 18 M. u. Herren-Anzüge 7, 10, 12, 15 M. u. Rock-Anzüge 12, 16, 19, 22 M. u. Herren-Anzüge 2, 3 bis 6 M.

Verrichtung von eleganten Grad- und Gesellschafts-Anzügen.

Haupt-Geschäft: **J. Wand, Große Frankfurter Straße 116, Andreassstraße.**

II. Geschäft: **Chausseestr. 89. III. Geschäft: Jägerstr. 11.**

Für 10 Pfennig

3 Teller guter Suppe!

Das erhalten Sie nur mit

Knorr's Suppenwürfel.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

- zum Sonntag, den 9. Juni.
1. Abt.: 7 Uhr: Räderdorf (Rall. berge). 1 Uhr: Stralau (Vogelst.) Start: Willowstr. 68.
 2. Abt.: 5 Uhr: Fersch am Schwielowsee (Kloster). 1 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. Start: Schönelehnstr. 6.
 3. Abt.: 5 Uhr: Budow (Schweizerhaus). 2 Uhr: Stralau Start: Lauffer Weg 11.
 4. Abt.: 6 Uhr: Grünheide (Berl.). 1 Uhr: Räderdorf (nicht Altem). Start: Rührer Weg.
 5. Abt.: 3 Uhr: Brandenburg. 1 Uhr: Räderdorf. Start: Ostium.
 6. Abt.: 6 Uhr: Halbtour (Richtung Kauen). 1 Uhr: Pichelswerder. Start: Oberberger Str. 28.
 7. Abt.: Am 8. 8 Uhr abends: Budow (Markt. Schweiz). 1 Uhr: Gornitz. Start: Schützstr. 29.
 8. Abt.: 4 1/2 Uhr: Budow (Markt. Schweiz). 1 Uhr: Stralau (Neu-Seeland). Start: Lepegowstr. 21.
 9. Abt.: 8 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. 1 1/2 Uhr: Pichelswerder (Alter Freund). Start: Schillingstr. 22.
 11. Abt.: Am 18. 9 Uhr: Tiefensee. Start: Große Hamburger Str. 18.
- Jugendliche Bundesgenossen 11 Uhr: Bernau-Steinsee. Start: Stralauer Brücke.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

- zum Sonntag, den 9. Juni.
1. Abt.: 7 Uhr: Räderdorf (Rall. berge). 1 Uhr: Stralau (Vogelst.) Start: Willowstr. 68.
 2. Abt.: 5 Uhr: Fersch am Schwielowsee (Kloster). 1 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. Start: Schönelehnstr. 6.
 3. Abt.: 5 Uhr: Budow (Schweizerhaus). 2 Uhr: Stralau Start: Lauffer Weg 11.
 4. Abt.: 6 Uhr: Grünheide (Berl.). 1 Uhr: Räderdorf (nicht Altem). Start: Rührer Weg.
 5. Abt.: 3 Uhr: Brandenburg. 1 Uhr: Räderdorf. Start: Ostium.
 6. Abt.: 6 Uhr: Halbtour (Richtung Kauen). 1 Uhr: Pichelswerder. Start: Oberberger Str. 28.
 7. Abt.: Am 8. 8 Uhr abends: Budow (Markt. Schweiz). 1 Uhr: Gornitz. Start: Schützstr. 29.
 8. Abt.: 4 1/2 Uhr: Budow (Markt. Schweiz). 1 Uhr: Stralau (Neu-Seeland). Start: Lepegowstr. 21.
 9. Abt.: 8 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. 1 1/2 Uhr: Pichelswerder (Alter Freund). Start: Schillingstr. 22.
 11. Abt.: Am 18. 9 Uhr: Tiefensee. Start: Große Hamburger Str. 18.
- Jugendliche Bundesgenossen 11 Uhr: Bernau-Steinsee. Start: Stralauer Brücke.

Reinickendorf.

1. und 2. Abt.: 8 Uhr: Zur Unterbezirksversammlung. Start: Vereinslokal.

Sonntag, den 9. Juni. 2. Bezirk.

9. Bezirksfest in Stralau, bei Schonerl, Neu-Seeland, Start zur Kutschfahrt, Rastgänsdamm 34, nachmittags 2 1/2 Uhr. 11/16 Um rege Beteiligung erbittet Die Bezirksleitung.

Lieferwagen und alle Sorten Räder Volladentriebe 101. 19425

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules

tragen. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.



Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark. Gär.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 27 Gr. Frankfurterstr. 20 Schönberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis und franko

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Für Wanderer! Silva - Karten

Eberswalde Märkische Schweiz 6 farbig mit Orts-Register und Wegbeschreibung Preis pro Karte 75 Pf.

Silva-Märkischer Wanderatlas

mit Ortsregister und Wegbeschreibung mit 14 Karten 6 farbig kartoniert 1 M. mit 22 Karten 6 farbig gebunden 1,50 M. mit 26 Karten 6 farbig gebunden 2 M.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kat. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. * Lieferant für alle Krankenfahnen. * Abonnenten erhält 10% Rabatt.